

---

# UGM ag

LINKSRADIKALE BETRACHTUNGEN

---

#1 | 01/2012  
1,00 € Schutzgebühr



# RIOTIDEAL

Ihr haltet gerade die erste Ausgabe des UGMAG, Untertitel: Linksradikale Betrachtungen in der Hand. Für jene, die es noch nicht wissen sollten: UG steht für ...umsGanze! und soll für das kommunistische Bündnis, in dem sich zahlreiche Gruppen aus dem deutschsprachigen Raum zwischen Wien und Bremen organisieren, nicht nur Name, sondern auch Programm sein. Denn nach wie vor gilt es, die allgegenwärtigen Zumutungen kapitalistischer Verhältnisse in ihrer gesellschaftlichen Systematik sichtbar zu machen und anzugreifen.

Mit dieser schicken neuen Veröffentlichung im Magazinformat wollen wir der Vergänglichkeit von Flugblättern langlebigere Positionen entgegenzusetzen und ihnen die Verbreitung zukommen zu lassen, die ihnen gebührt. Die meisten Texte und Artikel entstanden während des letzten Jahres im Kontext unserer gemeinsamen Praxis. Ergänzt werden sie durch einige kurzfristige Beiträge uns nahestehender kreativer Produktivkräfte.

Als kommunistisches Bündnis innerhalb der österreichischen und deutschen antikapitalistischen Linken, bleiben wir auch in der Moderne des »Post«-anything der Antifa-Bewegung eng verbunden. Zwei Kurzberichten über die Proteste gegen den Naziaufmarsch in Dresden am 13. Februar und gegen den WKR-Ball in Wien am 27. Januar 2012 werden deshalb durch ein »Plädoyer für ein linkes Dazwischen gehen« ergänzt. »Der Klügere gibt nicht nach« muss die Devise einer antifaschistischen Praxis in Zeiten von kulturellem Rassismus und religiösem Fundamentalismus sein.

Um dem nachzukommen, starteten wir schon 2011, angesichts der »Sarrazin-Debatte« und einem anhaltenden Klima gesellschaftlicher Entsolidarisierung, die Kampagne: »Vielen Dank für die Blumen – gegen Integration und Ausgrenzung«. Mit mehreren Artikeln holen wir Themen Sozialchauvinismus, Rassismus und Kulturalisierung vom Balkon, die gerade jetzt, wo der universelle Verwertungszusammenhang die Krise bekommt, von Relevanz sein dürften.

Auf ganzen sieben Seiten präsentieren wir euch die Highlights des zweiten ...umsGanze-Kongresses in Bochum 2010 – eine lang vermisste Auswertung für Dagewesene und die, die das noch nie Dagewesene verpasst haben. Wir dokumentieren einen Beitrag von Rüdiger Mats – das »Gespenst Kapitalismus« und 4 Thesen zum Kommunismus – sowie Frieder Otto Wolfs Notizen zu einem unterschätzten Problem: »Praktische Kritik und kritische Praxis«.

Erneut veröffentlicht wird der Text »Imagine there's no countries/ it isn't hard to do«, der anlässlich der Proteste gegen die alljährliche Bratwurstorgie im Namen des nationalen Zwangskollektivs aka „Tag der deutschen Einheit“ entstand. Die Kritik an einer idealistischen Herleitung spezifisch deutscher Ideologie wird hier erneuert und das Primat ihres Ursprungs aus unveränderlichen »wesensdeutschen« Eigenschaften gegenüber den wechselnden Erfordernissen kapitalistischer Verwertung bestritten. Das wir als Bündnis, mit dezidiert antinationalen Horizont, nicht an den deutschen oder österreichischen Grenzen des Wahnsinns halt machen, versteht sich von selbst. Deshalb liefern wir einen besonderen Einblick in die Situation der griechischen Linken mit dem Text: »Mythos oder Realität? Antinationale Politik in Griechenland zu Zeiten der Krise«.

Im Anschluss folgt ein Blick nach vorn: Denn gerade jetzt, während dieses Magazin entsteht, laufen die Vorbereitungen für m31 – european day of action against capitalism auf Hochtouren. Um der Idee eines antinationalen Internationalismus zur Realität zu verhelfen, wollen wir den 31. März 2012 zum Auftakt einer europaweiter Zusammenarbeit machen. Das erklärte und unbescheidene Ziel ist es den herrschenden Zustände ein Ende zu bereiten – in gleichzeitiger Feindschaft zu jeder Form von Nationalstolz und Staatsautoritarismus. Wenn die geneigten Leser\_innen es teilen, seien sie hiermit aufgerufen, sich – in welcher Form auch immer – zu beteiligen. Unter dem Motto »It's not enough to be angry! Fight Capitalism 100%« sagen wir wie und warum. Da dies nicht ohne fundierte theoretische Grundlage geschehen soll, sprachen wir außerdem mit Michael Heinrich über die Krise und mögliche Eingreifpunkte einer antikapitalistischen Linken.

Damit wären hinreichend Erwartungen geweckt. Seit der Gründung von ..umsGanze! im mittlerweile fern erscheinenden Jahr 2007 haben wir unsere Waffenkammer der Kritik beständig aufgerüstet und hauen euch jetzt ein voll geladenes Magazin um die Ohren.

Feuer frei!  
Mr. Communism

## WE♥COMMUNITY

### KOKSKINDER

ARAB – 24.10.2011 – indymedia  
löst euch doch endlich auf –  
5 Jahre sind genug!  
Ums Ganze aber ohne  
Ums Ganze! Ihr zugekoksten  
Studentenopfer!

### NA DAS MUSS GEFEIERT WERDEN!

retmarut – 24.10.2011 – indymedia

Genau: 5 Jahre nix geba-  
cken kriegen außer ein  
bißchen Demo-Schaulaufen.  
Und hat's die Arbeitklasse  
vorangebracht oder die  
Bourgeoisie irgendwo  
geschwächt? – Pustekuchen.  
Aber Arbeiterklasse ist ja aus  
Sicht der UG-Friends sowieso  
voll Moppelkotze, weil anta-  
gonistischen Klassengegen-  
satz gibt es ja nicht mehr. (...)  
Und „kommunistisch“ ist das  
alles auch, sagen zumindest  
die UG-Friends, denn die ha-  
ben schließlich 2-3 Texte von  
Marx gelesen, wenn auch  
nicht so recht verstanden.

### DANKE!

antifaschistin – 26.10.2011 –  
indymedia

(...) danke umsganze für all  
eure bisherigen „leistungen“,  
zb. den massiven verbesser-  
ungen der antinationalen in  
punkto (kritischer)  
israelsolidarität(!) aber mit  
dem feminismus und anti-  
sexismus und der kritischen  
theorie, da üben wir bitte  
noch was! party hard – party  
on (...) luxus für alle!

Lustig? Spannend?  
Von Bedeutung?  
Her damit!  
ugmag@riseup.net



UGMag #1

## IMPRESSUM

[www.umsganze.org](http://www.umsganze.org)  
[facebook.de/umsganze](https://facebook.de/umsganze)

HERAUSGEBER:  
...umsGanze!-Bündnis

REDAKTION:  
UGMag  
c/o Schwarze Risse  
Kastanienallee 85, 10220 Berlin  
ugmag@riseup.net

Marie Müller (V.i.S.d.P.)  
Adresse wie oben

MITARBEIT:  
AK Antifa Köln,  
Autonome Antifa [F],  
Autonome Antifa [W],  
Basisgruppe Antifaschismus Bremen,  
Fast Forward Hannover,  
Gruppe Gegenstrom Göttingen,  
Gruppe Kritik & Intervention,  
Kommunistische Gruppe Bochum,  
Redical [M] Göttingen,  
TOP B3rlin & friends

Die Verteiler\_innen dieser Ausgabe sind nicht identisch mit den Autor\_innen. Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des/der Absender\_in, bis sie der oder dem Gefangene\_n persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine Aushändigung in diesem Sinne. Wird die Zeitung der oder dem Gefangene\_n nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem/der Absender\_in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung der oder dem Gefangene\_n nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile dem/der Absender\_in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

⊙ S.22 BRD-STAAAT, SEXISMUS UND KULTURALISIERUNG

⊙ S.20 MIGRATION BEATS

⊙ S.16 SOZIALCHAUVINISMUS

**VIELEN DANK FÜR DIE BLUMEN**

⊙ S.30 DER KLÜGERE GIBT NICHT NACH

S.26 WKR-BALL

⊙ S.06 IMAGINE

**ANTIFA**

⊙ S.09 KONGRESS BOCHUM

⊙ S.13 PRAKTISCHE KRITIK UND KRITISCHE PRAXIS

⊙ S.43 MARXHERBSTSCHULE

⊙ S.42 WER MIT WEM?

**SO WIE ES IST, BLEIBT ES NICHT**

S.38 M31

**KRISE**

S.36 GRIECHENLAND

⊙ S.40 INTERVIEW MICHAEL HEINRICH

⊙ S.11 GESPENST KAPITALISMUS



S.09 KONGRESS

So, wie es ist, bleibt es nicht! Eine Auswertung des zweiten ...umsGanze!-Kongresses 2010 in Bochum, und offengebliebene Fragen über Krisen, den Kommunismus als theoretischen & praktischen Bezugspunkt, sowie die Möglichkeiten von kritischer Theorie & Praxis.



S.36 GRIECHENLAND

Ein Einblick in die griechische Linke und Probleme einer antinationalen Solidarität in Zeiten der Krise.



S.38 M31

From Anger to Zombie. Der Aufruf des ...umsGanze!-Bündnisses zum europäischen Aktionstag am 31.März 2012 und den Protesten in Frankfurt am Main.



S.40 INTERVIEW

Michael Heinrich im Interview zu Eurokrise, Troika, marxistischer Forschung und warum mit dem Kapitalismus endlich Schluss sein muss.



MS. COMMUNISM

## NACH DEM „ENDE DER GESCHICHTE“

Nach dem Crash des Staatssozialismus 1989/90 wurde aus zwei halben Welten wieder ein Weltmarkt. Der Kapitalismus hatte gewonnen, sein politisches Personal feierte das „Ende der Geschichte“. Wir sollten keine Utopien mehr haben neben der Utopie einer kapitalistisch befriedeten Welt. Ewiger Friede durch endlose Konkurrenz auf allen Ebenen? Klang schon damals unwahrscheinlich, aber das wollte niemand hören.

2007/08 fuhr diese schöne neue Weltordnung dann selbst vor die Wand. Vor ihre eigene. Die globalen Finanzmärkte crashten, und mit ihnen das Versprechen von kapitalistischem Wohlstand für alle. Das neoliberale Wachstumsprogramm erwies sich als riesige Finanzblase. Gewinne waren zu weiten Teilen mit „fiktivem Kapital“ gemacht worden, mithilfe privater und öffentlicher Kredit- und damit Schuldenpyramiden, die niemand mehr überblickte. Nun wurde reflexhaft die „Gier“ von „Managern und Bankern“ angeprangert, die das „rechte Maß“ verloren hätten. Eigentlich erstaunlich, denn deren Geschäftsgebaren war doch über Jahrzehnte gefördert worden, sie galten bis eben noch als Leistungsträger und Stützen der Gesellschaft. „Liberalisierung der Märkte“, das war das ordnungspolitische Mantra der Industrieländer, der Europäischen Union (EU) und des Internationalen Währungsfonds (IWF). Warum? Weil nur auf diese Weise, durch brachiale Rationalisierung, Lohnverzicht und versteckte Schuldenfinanzierung überhaupt noch nennenswerte kapitalistische Profitraten erzeugt werden konnten. Der sogenannte Neoliberalismus war selbst schon ein gigantisches Rettungsprogramm.

Welche Ordnung wird aus seinen Trümmern steigen? Vorerst gar keine. Das deutsche Versprechen eines staatlich gezähmten Kapitalismus, einer sozialen Marktwirtschaft im Weltmaßstab war nur ein Beruhigungszäpfchen. Keiner redet mehr davon. Warum, lässt sich an der tatsächlichen Krisenpolitik ablesen. Sie ist so zerrissen und widersprüchlich wie der Kapitalismus selbst, und damit vorläufig das Modell seiner Zukunft. Eine institutionelle „Schuldenbremse“ in allen europäischen Staaten soll das „Vertrauen der Märkte“ sichern, stranguliert aber deren Wachstum. Deshalb wird um so aggressiver auf „Wettbe-



Mirja Keller, Lena Kögler,  
Moritz Krawinkel, Jan Schlemermeyer

## **ANTIFA** **GESCHICHTE & ORGANISATION**

1. Auflage 2011  
180 Seiten, kartoniert  
ISBN 3-8657-665-8  
10,00 €

» Im Oktober 1987 überfielen Neonazis die BesucherInnen eines Konzerts in der Berliner Zionskirche, die Polizei schaute zu. Einer der OrganisatorInnen des Konzerts war Silvio Meier, der fünf Jahre später in Berlin-Friedrichshain von Nazis erstochen wurde.« (S.35)

»Viele RAF-Mitglieder saßen länger im Gefängnis als jeder MittäterIn am Holocaust. Die überwiegenden Mehrheit der Nazi-Größen wurde in der BRD niemals verfolgt oder gar angeklagt.« (S.48)

»Die historische Antifaschistische Aktion ging aus den antifaschistischen Einheitsfrontbestrebungen der 1920er und 1930er Jahre hervor. Gemeinsam mit SPD und Gewerkschaften strebte die KPD den »roten Massensebstschutz« an, um den Machtantritt der NSDAP noch zu verhindern.« (S.11)

»Allerdings führten die Antifa-Mobilisierungen für die beteiligten Frauen zu einem erheblichen Gewinn an politischem Selbstbewusstsein, indem sie zeigen konnten, dass eine erfolgreiche Kampagne ebenso wie militante Antifa-Aktionen von Frauen gestemmt werden können und es dafür keiner Männer bedarf.« (S.87)

»Die Spontis grenzten sich von den Intellektuellen der APO ab und suchten stattdessen einen direkten Zugang zur politischen Praxis; Spontanität, Emotionen und Identität standen im Vordergrund des politischen Bewusstseins. In dieser »Politik der ersten Person« – also dem Herleiten politischer Praxis aus der unmittelbaren persönlichen Betroffenheit – waren schon zentrale Aspekte autonomer Politik enthalten.« (S.63)

»Um aus der Geschichte lernen zu können, also historische Fehler nicht zwangsläufig zu wiederholen, muss die radikale Linke ihre Geschichte kennen.« (S.7)

»..man wolle nicht wählen zwischen  
»Realpolitik und bürgerlichem Bündnis  
vs. Couchtisch und Lesezirkel« (S.135)

»Auf Anweisung des militärischen Oberbefehlshabers der Übergangsregierung, Gustav Noske (SPD), gingen jedoch schließlich reaktionäre Freikorpsverbände – paramilitärische Einheiten, bestehend aus ehemaligen Soldaten – mit Flammenwerfern und Artillerie gegen die ArbeiterInnen vor, die nicht auf eine solche Konfrontation vorbereitet waren; etwa hundert von ihnen wurden getötet, außerdem eine Vielzahl unbeteiligter ZivilistInnen. Darüber hinaus ermordeten Freikorps fast die gesamte Führung der KPD, darunter am 15. Januar 1919 Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Der Befehl zum harten Vorgehen gegen die BesetzerInnen vollendete den Bruch zwischen der SPD und den RevolutionärInnen.« (S.13)

# WKR-Ball gecrasht

FORTSETZUNG VON S4

werbsfähigkeit“ gesetzt, also auf noch schärfere Konkurrenz von Konzernen und Staaten um Verwertungschancen. ...

... Und genau deshalb scheidet jede übergreifende Regulierung, jede Zählung des Kapitalismus, die diesen Namen verdient. Der Neoliberalismus ist tot, lang lebe der Neoliberalismus.

Inmitten dieser fatalen Sachzwänge ist 2011 etwas Unerwartetes passiert. Man könnte es die Rückkehr des Politischen nennen, jenseits der offiziellen Politik. Dafür stehen vor allem zwei Ereignisse, die arabischen Rebellionen und die Occupy-Bewegung. Die Arabellion hat Diktaturen beseitigt, die jahr-zehntelang vom Westen gehätschelt und finanziert worden waren, für sicheres Öl und regionale Stabilität. Occupy begann mit dem Versuch von ein paar hundert linken Aktivist\_innen, die New Yorker Wall Street zu be-setzen. Nur einen Monat später, am 15. Oktober, liefen weltweit in mehreren hun-dert Städten Demonstrationen unter ih-rem Slogan, „We are the 99%“. Auf dem Tahrir-Platz in Kairo solidarisierte man sich mit Occupy Oakland, einem kom-munalen Generalstreik ganz ohne Ge-werkschaften. Beide Bewegungen entstanden völlig unerwartet, sie hatten keine Führ\_ \*innen im herkömmlichen Sinn, ihr Ausgangspunkt war Empörung über soziale Not und gesellschaftliche Ohnmacht.

Inzwischen wissen wir, dass weder die Arabellion noch Occupy die ideologischen Fesseln ihrer Gesellschaften abstreifen konnte. In Tunesien und Ägypten gewannen islamistische Parteien freie Wahlen mit sozialen Heilsversprechen. Occupy verkam in Deutschland zu einem Club esoterischer Politikberater\_innen und Selbstfindungsfreaks. Und selbst in den USA, wo Occupy weit größeren Rückhalt hat, kratzt man mit steuerpolitischen Forderungen kaum an der Oberfläche kapitalistischer Ausbeutung, an Privateigentum und Lohnabhängigkeit.

Was 2011 als Akt der Selbstermächtigung begann, scheint schon 2012 in den Mahlstrom institutioneller Politik zurückgefallen zu sein. Andersorts wurde der nie verlassen. Wer sich in Deutschland oder Österreich nachdrücklich gegen gesellschaftliche Herrschaft oder auch nur gegen Nazis organisiert, wird oft panisch als „Extremist“ verschrien. Die Landsleute platzen vor Stolz über ihren Erfolg als Standortameisen. Und doch können weder sie noch ihre Regierungen vor den Sachzwängen und Krisen einer bescheuerten Gesellschaft weglaufen, die außer Stress, Unsicherheit, Krisen, nationalem Ringelpiez und iPhones nichts mehr zu bieten hat. Eine vernünftiges Gemeinwesen sieht anders aus. Wir arbeiten dran.



1200 Menschen waren bei der „NO WKR“-Demonstration im 27.01.2012 in Wien.



## Immer wieder Dresden

Am 13. Februar 1945 wurde im Rahmen der militärischen Niederschlagung des Nationalsozialismus Dresden durch die Alliierten bombardiert. Bis zu 25.000 Menschen kamen dabei ums Leben. Dass dies aber entgegen des in Dresden oft aufgebauten Mythos kein „Bombenholocaust“, und dass Dresden auch kein Widerstandsnest der Weißen Rose war, wollte man dort lange Zeit nicht wahr haben.

Dresdner\_innen waren, ebenso wie Berliner\_innen oder Düsseldorfer\_innen, überzeugte Nazis und nicht so überzeugte, Anführer\_innen und Mitläufer\_innen, Profiteur\_innene und Denunziant\_innen. Ohne diese hätte es den Nationalsozialismus, den Krieg und die Vernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen, der Sinti und Roma, die Verfolgung von Homosexuellen und Widerstandskämpfer\_innen nicht gegeben.

Um den Fokus der Dresdener Erinnerungspolitik ein wenig zurecht zu rücken und dem Gedenken ein wenig auf die Sprünge zu helfen, erkundeten wir Dresden am Montag, dem 13. Februar 2012, entlang der noch aufzufindenden, aber nicht mehr erinnerten Täter\_innenspuren.



Jingle zum Täterspurenrundgang: [soundcloud.com/top-b3rlin-1/taeterspuren-13-2-2012-dresden.de](https://soundcloud.com/top-b3rlin-1/taeterspuren-13-2-2012-dresden.de)

# IMAGINE THERE'S NO COUNTRIES / IT ISN'T HARD TO DO / ...

## HERE WE GO AGAIN: ENDGÜLTIGE ANMERKUNGEN ZUR THESE EINER „DEUTSCHEN SPEZIFIK“ NATIONALER IDEOLOGIE

Wie in den vergangenen Jahren auch, haben linksradikale Gruppen gegen die diesjährigen Staatsfeiern zum Tag der deutschen Einheit mobilisiert (1.–3. Oktober, Bonn) (1). Das umsGanze!-Bündnis, dem wir als Berliner Gruppe angehören, hat mit Diskussionsveranstaltungen und Vorabenddemo einen antinationalen Akzent gesetzt. Der Demo-Aufruf „The only PIIG'S the system“ befasst sich vor allem mit Krisenpolitik und Krisennationalismus in Deutschland und Europa (2). Antideutsche Gruppen haben einen zweiten Aufruf veröffentlicht, der sich explizit gegen den antinationalen wendet. Das Demo-Bündnis und umsGanze! unterschlugen eine spezifisch deutsche, nämlich völkische Formierung des hiesigen Nationalismus. Ihr eigener Aufruf „Imagine there's no Deutschland“ gipfelt in der – nicht ganz zwingenden – Unterstellung: „Wer behauptet, Deutschland habe nie einen Sonderweg beschritten oder ihn mittlerweile verlassen, kommt nicht drumherum, Auschwitz und seine Folgen im völkischen Nationalismus zu leugnen, zu verharmlosen oder zu relativieren.“ (3) Vergleichbares wurde in Artikeln und Interviews formuliert (4) und bereits 2010 in Bremen lautete der antideutsche Vorwurf: „linker Geschichtsrevisionismus“.

Was für Außenstehende wie ein Zwist zwischen Jüdischer Volksfront und der Volksfront von Judäa erscheinen muss (5), ist theoretisch und politisch keineswegs trivial. Nationalismus ist die prägende Ideologie der kapitalistischen Epoche, eine „objektive Gedankenform staatsbürgerlicher Kollektive“ (6). Das Verständnis seiner ideologischen Funktionalität, seiner Alltäglichkeit und seiner wiederkehrenden Exzesse ist entscheidend für den Zuschnitt linksradikaler Strategie. Der Imagine-Aufruf nimmt für sich in Anspruch, zumindest den hiesigen Nationalismus einer besonders konkreten und rigorosen Kritik zu unterwerfen. Ausgehend von der Singularität des deutschen Menschheitsverbrechens der Shoah unterstellt er ein spezifisch deutsches, von allen anderen Nationen wesentlich unterschiedenes Staatsprogramm, das historisch tief gründe und über den NS hinaus bis heute fortlebe. Antinationale Kritik wird dem gegenüber als naive, undifferenzierte Haltung denunziert, die auf eine oberflächliche Zivilisierung des deutschen Nationalismus hereinfalle. Wir möchten knapp erklären, warum dem nicht so ist. Anders, als fortwährend unterstellt, ignoriert antinationale Kritik keineswegs die besondere Geschichte und Struktur des deutschen Nationalismus. Sie hat nur aus guten Gründen ein anderes Verständnis von Kontinuität und Wandel des Ideologischen, und setzt deshalb andere politische Prioritäten.

### **VÖLKISCHER NATIONALISMUS – NATIONALCHARAKTER ODER IDEOLOGISCHER REFLEX?**

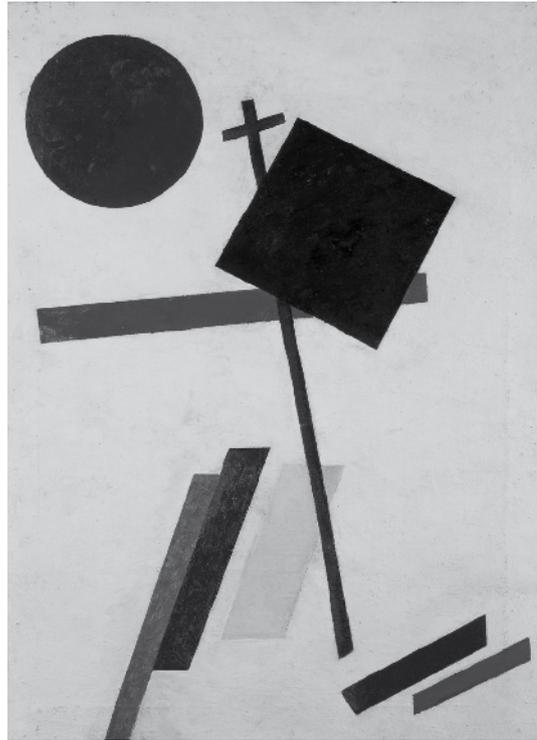
Ohne Zweifel ist der gegenwärtige deutsche Nationalismus von völkischen Motiven durchsetzt. Schon der demokratische Alltagsnationalismus setzt eine Art natürliches Privileg der autochthonen Mehrheitsgesellschaft voraus. Doch es macht einen Unterschied ums Ganze, ob man diese Phänomene in erster Linie als Ausdruck eines historisch durchhaltenden Nationalcharakters deutet, oder als ideologische Reflexe aktueller Konfliktlagen und Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung. Zweifellos unterscheidet sich Deutschland durch eine eigentümliche Geschichte und entsprechend eigentümliche Institutionen und Narrative von anderen kapitalistischen Nationalstaaten. Gerade in Hinblick auf den NS wurde die Bedeutung einer nachholenden, staatlich gelenkten kapitalistischen Moder-

nisierung herausgearbeitet, die Affinität eines autoritären Korporatismus zum reaktionären Kollektivismus der Volksgemeinschaft. Das Selbstmissverständnis des Imagine-Bündnisses liegt nun darin, solche Affinitäten als Ausdruck eines durchhaltenden deutschen Wesens zu verallgemeinern, und darüber die Bedeutung politischer wie intellektueller Kämpfe auszublenden. Völkisches Bewusstsein erscheint nur noch als schicksalhafte Widerspiegelung einer tiefgründigen Identität, und nicht mehr als überschießende Projektion, als prekäre ideologische Aufhebung der unverstandenen Widersprüche und Bedrohungslagen kapitalistischer Vergesellschaftung hier und heute (7). Damit wird das völkische Ursprungs- und Identitätspostulat letztlich für bare Münze genommen. Die unterstellte Kontinuität eines deutschen Nationalcharakters wird zirkulär und idealistisch begründet, mit vagen Verweisen auf reaktionär-kollektivistische „Vorstellungen“ und „Traditionen“ seit Luther. Materialistische Bestimmungsmomente werden gar nicht erst erörtert, etwa die korporatistischen Elemente des deutschen Sozialversicherungswesens, der Gewerkschafts- und Betriebsverfassungsgesetze, oder die spezifische Struktur des nationalen Industriekapitals. Dabei ist gerade der Verweis auf Traditionen ein typisches Element bürgerlicher Ideologie. Fast alle nationalen Traditionen sind Erfindungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Sofern sie heute noch verfangen, sind dafür gegenwärtige Vergesellschaftungsbedingungen ausschlaggebend. Traditionen haben Konjunktur, wo gesellschaftliche Widersprüche kompensiert werden müssen, nicht, wo Identität herrscht.

### **DIE POSTNAZISMUS-THESE ALS TICKET**

Die Hypothese des Völkischen als als durchhaltende deutsche Spezifik verliert weiter an Plausibilität, sobald man sich die traurige Realität des völkischen Nationalismus in anderen Ländern vergegenwärtigt. Die viel bemühte idealtypische Unterscheidung zwischen republikanisch-liberalem und reaktionär-kollektivistischem, „deutschem“ Staatstypus hat historisch ihr begrenztes Recht. Andererseits verunklärt sie gerade den inneren Zusammenhang liberal-kapitalistischer Ordnung und völkischer Ideologie, den Umschlag schutzloser Individualität in aggressiven Kollektivismus. In ausnahmslos allen entwickelten kapitalistischen Staaten hatten völkische und antisemitische Ideologien eine Massenbasis, und in vielen wurden sie Staatsgewalt. Das mag angesichts der Shoah und ihres spezifischen Irrationalismus unwichtig erscheinen, ist für ein Verständnis nationalistischer Konjunkturen aber wesentlich. Hier und heute spricht jede Evidenz gegen eine starke Version der antideutschen Sonderwegsthese: seit Ende des zweiten Weltkrieges haben sich die kapitalistischen Entwicklungspfade in Westeuropa merklich angeglichen; seit dem Fall des Ostblocks verschärfen sich in allen europäischen Staaten ethnisch-nationalistische Tendenzen; seit Ausbruch der Krise sind in zahlreichen europäischen Staaten rassistische, antisemitische und vor allem antiziganistische Übergriffe und Pogrome zu beklagen. Offenbar sind derzeit andere Nationalismen sogar deutscher als der hiesige.

Dass der Imagine-Aufruf all das ausblenden kann, verdankt er einer äußerst schematisch ausgelegten Postnazismus-These. Auch der Begriff des Postnazismus (früher: Postfaschismus) ist nicht gegenstandslos (8). Wie die Autor\_innen zutreffend erläutern, sollte er deutlich machen, dass „die nachnationalsozialistischen Demokratien Deutschland und Österreich Struktur- und Ideologieelemente des National-



sozialismus modifiziert in sich aufgenommen“ haben, über die selbstgefällig proklamierte „Stunde Null“ hinaus. Doch der Begriff Postnazismus hat seine eigene problematische Geschichte als antideutsches Volksvorurteil. Seinen kritischen Gehalt hat er darüber fast gänzlich eingebüßt. Anstatt differenzierte Analysen über die gegenwärtige Zusammensetzung des deutschen Nationalismus anzuleiten, wurde er zum universellen Kampfbegriff und theoretischen Taschenspielertrick: Mit etwas dialektischem Training kann jede Erscheinungsform des deutschen Nationalismus (und ihr Gegenteil) spielend als postnazistisch subsummiert werden, und damit als in völkischer Kontinuität stehend – selbst wenn es sich um vergleichsweise konventionelle nationale Politiken und Ideologeme handelt.

Dass unter solcher Voreingenommenheit die politische Urteilskraft leidet, zeigt sich im Imagine-Aufruf unter anderem an der Bewertung von Ein-Euro-Jobs, die hier als Ausdruck eines spezifisch deutschen, also postnazistischen Arbeitsbegriffs verurteilt werden. In Wahrheit sind Ein-Euro-Jobs eine relativ späte Kopie des angelsächsischen Workfare-Prinzips, und reflektieren in ihrer gesetzlichen wie ideologischen Struktur nur die allgemeine bürgerliche Mystifikation der Lohn- und Leistungsgerechtigkeit. Auch der aktuelle deutsche Krisennationalismus lässt sich ohne spekulative Postnazismusthese als opportunistische Haltung einer führenden Exportnation entschlüsseln. Und selbst die Ideologeme des

deutschen Gedenkens zwischen Verdrängung, Relativierung und Aufarbeitungsstolz folgen im Großen und Ganzen den auch anderswo üblichen narzisstischen Impulsen.

### **DER NEUE KATEGORISCHE IMPERATIV NACH AUSCHWITZ**

Die Fixierung des Imagine-Aufrufs (und vieler anderer antideutscher Bekenntnisse) auf die vermeinte Spezifik des deutschen Nationalismus macht ihn blind und sprachlos gegen die dumpfe Brutalität des globalen Kapitalismus, von seinen aktuellen killing-fields ganz zu schweigen. Damit verfehlt der Aufruf seinen eigenen Maßstab, Gesellschaft von Auschwitz her zu denken. Der kategorische Imperativ nach Auschwitz, wie ihn Adorno formulierte, verlangt gerade nicht, Auschwitz als politisches Mantra einzusetzen. Er verlangt, »Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe«(9). Das ist ein universalistischer Appell, ein Aufruf zu einer kritischen Theorie der Gesellschaft in praktischer Absicht, zu antikapitalistischer Praxis. Seine Dringlichkeit ergibt sich aus der Einsicht, dass die Systemzwänge kapitalistischer Verwertung immer wieder ideologisch eskalieren, dass der Umschlag von Verwertung in Vernutzung und Vernichtung eine reale Gefahr bleibt, gerade in Zeiten kapitalistischer Krisen auf globaler Stufenleiter. Ob diese ideologische Eskalation verhindert werden kann, ob die kapitalistische Fatalität nicht etwa doch durchbrochen werden kann, entscheidet sich in politischen Tageskämpfen hier und heute.

(1) <http://friede-freude-eierkuchen.net>

(2) Das Akronym PIIGS entstammt dem europapolitischen Jargon und bezieht sich auf die vermeintlichen „Schuldensünder“ Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien.

(3) <http://imaginodeutschland.blogspot.de/aufruf>

(4) Freies Sender Kombinat: Was bedeutet der 3. Oktober. In: Transmitter 10 (2011), 4f; Imagine-Bündnis: Imagine there's no Deutschland, Radiointerview im FSK (26.9.2011), <http://www.freie-radios.net/43350>; Justin Monday: Antinationale Interessen. beatpunk-Webzine (2.10.2011), <http://www.beatpunk.org/stories/antinationale-interessen/>; Imagine-Bündnis: Rund 700 Menschen in Bonn (Nachbereitungstext), <http://imaginodeutschland.blogspot.de/>

(5) Vgl. Monty Python's Life of Brian (1979), <http://www.youtube.com/watch?v=7aBwSZTiqQI>

(6) Vgl. ...umsGanze: Staatsbroschüre (2009), [http://umsganze.org/media/Staatstext\\_web.pdf](http://umsganze.org/media/Staatstext_web.pdf)

(7) Ein beiläufiger Hinweis auf die Funktion nationalistischer Ideologie, die „Widersprüche der gesellschaftlichen Modernisierung zu glätten“, bleibt im Imagine-Aufruf konzeptionell bedeutungslos.

(8) Vgl. Clemens Nachtmann: Nationalsozialismus und Postfaschismus (1994); Uli Krug: Der Fall Deutschland – Sonderweg oder Exempel? Bahamas 18 (1995), 34-40; Autorenkollektiv: Zur Theorie des deutschen Sonderwegs. Bahamas 17 (1995), 24-31

(9) Theodor W. Adorno: Negative Dialektik (1966), 358



## WAS INTERESSIERT MICH DEUTSCHLAND?

Gruppe Kritik & Intervention, Bielefeld

Nationalismus ist nicht einfach eine Ideologie unter vielen, im Sinne einer gesonderten Meinung über die Verwaltung der Nation und ihrer Politik, sondern er ist allgemein notwendige Denk- und Verkehrsform der zu Staatsbürgern degradierten Individuen. Indem die Leute im demokratisch verwalteten Kapitalismus dazu gezwungen sind, ihre Einzelinteressen immer auch vom Standpunkt des Staatsbürgers aus zu vertreten, reproduzieren sie fortwährend nationalistisches Denken. Das heißt nicht zwangsläufig, dass sie besonders üble Hetzer\_innen gegen andere Nationen sein müssen oder sich als Teil eines völkischen Kollektivs verstehen. Entscheidend für diesen staatsbürgerlichen Standpunkt des Nationalismus ist der Glaube an das allgemeine Interesse, welches ideell im nationalen „Wir“ halluziniert wird. (...)

Dieses Ideal des nationalen „Wir“ ist aber nicht einfach aus der Luft gegriffen. Objektiv sind die Staatsbürger\_innen in ihrem materiellen Fortkommen auf den Erfolg des nationalen Wirtschaftsstandorts angewiesen, weil ihre eigene Existenz im Kapitalismus von Arbeitsplätzen, staatlichen Transferleistungen oder Bildungschancen abhängt. Die Nationalstaaten bilden deshalb nach wie vor einen primären Bezugsrahmen für jede kapitalistische Ökonomie, wie wir sie heute vorfinden. Die tatsächlichen Klassengegensätze, die die Privatwirtschaft notwendig hervorbringt, werden durch die nationale Reichtumsproduktion objektiv überlagert. Der Wunsch, dass „alle in einem Boot“ sitzen, illustriert die nationalen Ansprüche, die sich die Staatsbürger\_innen gegenseitig aufbürden. So verstehen sich alle zuallererst als Deutsche, weil sie sich als Betroffene ihres schicksalhaft erscheinenden Zusammenhangs sehen müssen, wenn sie sich einen Reim darauf machen wollen, warum ihre Partikularinteressen als Angestellte oder als Unternehmer\_innen nicht zur Geltung kommen. Nationalismus will aber nicht nur den Misserfolg der Staatsbürger\_innen in der kapitalistischen Konkurrenz legitimieren, indem er dessen Ursache im schlechten Zusammenspiel der dem Gemeinwohl verpflichteten Interessen sieht. Vielmehr wird die positive Stellung zu dem Projekt Nation als Voraussetzung des Funktionierens dieses gewaltmäßigen Zusammenhangs ins Feld geführt. Deswegen kennen die gesellschaftlichen Akteure, von Gewerkschaften über Unternehmerverbände und Beamte, keinen anderen Legitimationsgrund für ihr gefordertes Stück vom Kuchen, als die Selbstvergewisserung, dass ihr Interesse auch für die Nation dienlich sei. Auf diese Weise ordnen sich die bürgerlichen Subjekte willentlich demokratischer Herrschaft unter.



## FÜR DEUTSCHLAND KEINEN FINGER KRUMM!

AK Antifa Köln

Der Chor der Erniedrigten und Entwürdigten stimmt am Fließband der Warenproduktion fleißig mit ein. Verrat an der „Opfergemeinschaft der Nation“ begingen jene Mittellosen, die wagten auf den Arbeitsmarkt sich ungenügend feilzubieten. Arbeit als Strafe Gottes – einst christliche Verklärung feudaler Gesellschaftsordnung – gewinnt im Wettlauf auf der Treppe abwärts neue Begeisterung. Ein-Euro Jobs und weitere „Integrationsmaßnahmen“ der ARGen dienen längst als Strafe an überflüssigen Arbeitskräften zum Zwecke der Abschreckung jener, die noch stramm in Lohn und Brot stehen. Die Armut der Einen wird zum vermeintlichen Beleg des Wohlstands der Anderen. [...]

Die Anrufungen des Staates als vermeintlichen Retter in der Not kapitalistischen Elends sind so paradox wie alltäglich. Der Staat, der mittels seiner Gewalt die Bedürftigen von den Gütern ihres Verlangens trennt, der mit seinem Recht auf Privateigentum (an Produktionsmitteln) die Bedingungen für die kapitalistische Konkurrenz erst setzt, ist in den nationalen Anrufungen von Politik und DGB-Gewerkschaften die Instanz, die das gute Leben gewährleisten soll; obwohl seine Gesellschaftsordnung genau dieses ständig verhindert. [...]

Es ist an der antikapitalistischen Linken Vorschläge zu entwickeln, wie eine sozialrevolutionäre Dynamik von sozialen Kämpfen aussehen könnte. Klar ist, dass die Kämpfe um die Reproduktionsbedingungen der Ware Arbeitskraft in ihren Anliegen und der Form nach meist auf das Schweinesystem gemünzt bleiben. Daher gilt es den staatstragenden Forderungen von DGB oder Linkspartei eine klare Absage zu erteilen. So sehr auch ein, zwei Euro mehr für jede\_n Einzelne\_n zu befürworten ist, so bleibt die Abschaffung der Lohnarbeit das sozialrevolutionäre Ziel. Statt einen verbalradikalen Antikapitalismus zu predigen, gilt es, sich auf die Suche nach Formen kollektiver Widerstandspraxis, Aneignung und Subversion zu machen. [...] Mit der antistaatlichen, sozialrevolutionären Kampagne „Kein Finger krumm für Deutschland“ möchten wir zumindest einen Beitrag dazu leisten, dass ein neuer Geist des Ungehorsams wieder in die Köpfe und Kämpfe einzieht. Anlässe und Orte finden sich allemal: Leiharbeitsmessen, der tägliche kleine Kampf an der ARGE oder im Betrieb. Dort, wo der Kitt von Ideologie und kapitalistischer Vergesellschaftung bröckelt, kann ruhig mal der Vorschlaghammer gezückt werden.



Den vollständigen Artikel im Netz lesen:  
[kritikundintervention.org/node/146](http://kritikundintervention.org/node/146)



Den vollständigen Kampagnenaufwurf im Netz lesen:  
[no-racism.de/texte/fuer-deutschland-keinen-finger-krumm/](http://no-racism.de/texte/fuer-deutschland-keinen-finger-krumm/)

KONGRESSAUSWERTUNG:

# SO, WIE ES IST, BLEIBT ES NICHT

Geschafft! Vom 3. bis 5. Dezember 2010 fand an der Ruhr-Uni Bochum der zweite bundesweite Kongress des ...umsGanze!-Bündnisses statt. Es ging um „Arbeit und Krise“ und um Perspektiven linksradikaler Praxis.

Die Krise der vergangenen Jahre erschütterte eine ohnehin konfliktgeladene Welt kapitalistischer Verwertung und Standortkonkurrenz. Krisenursache war nicht das vermeintliche „Versagen“ der kapitalistischen Ordnung, sondern gerade ihr Funktionieren. Konzerne und Staaten handelten gemäß kapitalistischer Vernunft, als sie wie wild Extraprofiten und Wachstumsraten nachjagten, und dabei die „systemischen Risiken“ (Merkel) des Kapitalismus auf andere abzuwälzen versuchten. Sie werden das auch in Zukunft tun. Anders als Regierungen und Staatsfans, muss sich die radikale Linke nicht an den Glauben klammern, der Kapitalismus sei harmonisch regulierbar. Ihre Herausforderung besteht darin, die falschen Hoffnungen





der Politik bloßzustellen, die Zumutungen eines sich neu ordnenden Kapitalismus abzuwehren, und in diesen Auseinandersetzungen eine antikapitalistische Gegenmacht zu entwickeln, die diesen Namen verdient.

Unsere Kongressinitiative zielte vor allem darauf, die komplizierten ökonomischen und ideologischen Bedingungen der aktuellen Krise zu entschlüsseln, und so eine gehaltvolle Diskussion über antikapitalistische Strategie und Praxis anzustoßen. Gelingen ist uns vor allem ersteres. Die einführenden Workshops und Podien haben Maßstäbe einer unverkürzten Kapitalismuskritik entwickelt, und in kritischen Begriffen das Verhältnis von Systemzwang und politischen Kämpfen ausgelotet („Die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus“; „Krise und ‘Finanzialisierung’“; „Verkauft doch eure Inseln!“). Auch die beiden Praxis-Podien am Sonntag haben in verdichteter Form Grundprobleme einer politischen Organisation rekapituliert, die nicht nur zufällig das Richtige tun will („Gespenst Kapitalismus“; „Was heißt radikale Kritik organisieren?“).

Um so mehr bedauern wir, dass eine gemeinsame Diskussion jenseits der Podien viel zu kurz kam. Das lag einerseits am zu dichten Kongressprogramm, vor allem aber am Übergewicht „frontaler“ Referate, die teilweise deutlich zu lang ausfielen. Auch wenn wir diese Form der Selbstschulung grundsätzlich für sinnvoll halten, teilen wir die Kritik aus dem Publikum, dass in Zukunft mehr Raum für offenen Austausch organisiert werden sollte. Nur so können die unterschiedliche theoretische und praktische Erfahrungen wirklich politisch zugespitzt und zusammengeführt werden. Ein zweiter legitimer Kritikpunkt war die relativ geringe Zahl von Frauen auf den Podien. Obwohl wir zu unserer Entlastung sagen können, dass weit mehr Referentinnen angefragt waren, müssen wir auch hier beim nächsten mal besser werden.

Der Kongress war sehr gut besucht. Es hat uns wirklich überrascht und gefreut, dass wir mit unserem Programm so viele Interessierte und Gruppen drei Tage lang bei Schneeregen an die hässlichste Uni der Welt locken konnten. Übers gesamte Wochenende haben wir 500 Teilnehmer\_innen gezählt. Schön dass ihr da wart! Der umsGanze!-Kongress war auch eine riesige logistische Herausforderung. Neben der Organisation von Geld, Räumen und Übernachtungsmöglichkeiten mussten über Monate hunderte kleine und große Probleme gelöst werden. Wir danken an dieser Stelle allen Referent\_innen, die gegen vergleichsweise geringe Entschädigung ihr Wochenende für uns geopfert haben. Vor allem danken wir unseren Bochumer Genoss\_innen, die vor Ort Tag und Nacht die Verantwortung getragen haben. falschen Hoffnungen der Politik bloßzustellen, die Zumutungen eines sich neu ordnenden Kapitalismus abzuwehren, und in diesen Auseinandersetzungen eine antikapitalistische Gegenmacht zu entwickeln, die diesen Namen verdient.

Unsere Kongressinitiative zielte vor allem darauf, die komplizierten ökonomischen und ideologischen Bedingungen der aktuellen Krise zu entschlüsseln, und so eine gehaltvolle Diskussion über antikapitalistische Strategie und Praxis anzustoßen. Gelingen ist uns vor allem ersteres. Die einführenden Workshops und Podien haben Maßstäbe einer unverkürzten Kapitalismuskritik entwickelt, und in kritischen Begriffen das Verhältnis von Systemzwang und politischen Kämpfen ausgelotet („Die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus“; „Krise und ‘Finanzialisierung’“; „Verkauft doch eure Inseln!“). Auch die beiden Praxis-Podien am Sonntag haben in verdichteter Form Grundprobleme einer politischen Organisation rekapituliert, die nicht nur zufällig das Richtige tun will („Gespenst Kapitalismus“; „Was heißt radikale Kritik organisieren?“).

## WERNER BONEFELD Podium „Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleitegriechen“

»Nach Brecht heißt es doch, zuerst das Brot auf den Tisch und dann die Moral. Und das heißt, man muss sich über die Ökonomie verständigen. Über die Ökonomie verständigen heißt ja auch ums Ganze zu gehen. Ökonomie heißt letztlich nichts anderes, wie wir als Gesellschaft unsere gesellschaftliche Arbeitskraft organisieren, um uns zu reproduzieren, um zu existieren. Und die Kritik der Ökonomie heißt dann auch, warum wir als Gesellschaft uns so konstituieren, dass es eine Klasse der Hände und eine Klasse der Besitzer gibt. Und warum die Klasse der Hände immer Klasse der Hände bleibt, die immer wieder sich auf den Arbeitsmarkt begeben muss, um gegen Lohn das zu verkaufen was sie als einziges haben. Also die Frage der Krise der Ökonomie ist nicht nur eine Frage der Ökonomie im Vergleich zur Krise der Kultur oder der Krise der Sprache. Sie ist in Wirklichkeit die Frage, wie wir als Gesellschaft uns konstituieren: wie kriegen wir unseren Pullover an, wer macht unsere Socken, warum ist unser Haus gebaut, wer sorgt dafür das der Abfall weggenommen wird. Wer organisiert das, was wir brauchen, um als Menschen zu leben, ist eine Frage der Ökonomie und darüber hinaus eine Frage der Kritik der Ökonomie, warum in unserer Gesellschaft diese Ökonomie eine klassengespartene ist, wo die, die arbeiten, durch die Magie der unsichtbaren Hand immer wieder genau da hinkommen, wo sie vorher schon waren, nämlich auf die Seite derer, die ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt verkaufen müssen. Und das muss diskutiert werden im Sinne von Griechenland, im Sinne von Deutschland und im Sinne von wo auch immer. Das ist auch die Frage der Solidarität zwischen den Arbeitenden. Wenn gesprochen wurde früher, dass es eine unheilige Allianz gebe zwischen der Bildzeitung und der stalinistischen Linken in Griechenland, dann muss man ja sagen, dass die von der Währungsunion forcierte präventive Entsolidarisierung der europäischen Arbeiterklasse glänzend gelungen ist. Was machen wir allerdings daraus, um darüber hinaus zu gehen, ohne uns sozusagen über den Mißstand dieser präventiven Entsolidarisierung aufzuregen, und im Gegensatz dazu uns zu überlegen, was gemacht werden kann, damit dieser Prozess beendet wird, gestoppt wird. Es geht ums Ganze. Und das Ganze ist nicht der Mißstand. Das Ganze ist der Zustand der die Mißstände möglich macht.«



**Alle Infos zum Kongress und seinem Programm:**  
[kongress.umsganze.de](http://kongress.umsganze.de)

Um so mehr bedauern wir, dass eine gemeinsame Diskussion jenseits der Podien viel zu kurz kam. Das lag einerseits am zu dichten Kongressprogramm, vor allem aber am Übergewicht „frontaler“ Referate, die teilweise deutlich zu lang ausfielen. Auch wenn wir diese Form der Selbstschulung grundsätzlich für sinnvoll halten, teilen wir die Kritik aus dem Publikum, dass in Zukunft mehr Raum für offenen Austausch organisiert werden sollte. Nur so können die unterschiedliche theoretische und praktische Erfahrungen wirklich politisch zugespitzt und zusammengeführt werden. Ein zweiter legitimer Kritikpunkt war die relativ geringe Zahl von Frauen auf den Podien. Obwohl wir zu unserer Entlastung sagen können, dass weit mehr Referentinnen angefragt waren, müssen wir auch hier beim nächsten mal besser werden.

Der Kongress war sehr gut besucht. Es hat uns wirklich überrascht und gefreut, dass wir mit unserem Programm so viele Interessierte und Gruppen drei Tage lang bei Schneeregen an die hässlichste Uni der Welt locken konnten. Übers gesamte Wochenende haben wir 500 Teilnehmer\_innen gezählt. Schön dass ihr da wart! Der umsGanze!-Kongress war auch eine riesige logistische Herausforderung. Neben der Organisation von Geld, Räumen und Übernachtungsmöglichkeiten mussten über Monate hunderte kleine und große Probleme gelöst werden. Wir danken an dieser Stelle allen Referent\_innen, die gegen vergleichsweise geringe Entschädigung ihr Wochenende für uns geopfert haben. Vor allem danken wir unseren Bochumer Genoss\_innen, die vor Ort Tag und Nacht die Verantwortung getragen haben.

RÜDIGER MATS

# GESPENST KAPITALISMUS

Ist Kommunismus ein theoretischer und praktischer Bezugspunkt für die radikale Linke? Und – wenn ja – lässt sich über ihn jetzt überhaupt schon mehr sagen, als dass er das ganz andere wäre? Dazu vier Thesen..

## ERSTE THESE

*Ein vernünftiger Bezug auf Kommunismus – d.h. auch auf seine theoretische und praktische Geschichte – resultiert aus der Kritik des gegenwärtigen Kapitalismus.*

Das mag banal oder selbstverständlich klingen, ist es aber nicht. Ich war vor einigen Wochen auf einigen Veranstaltungen einer von der Gruppe Inex organisierten Reihe in Leipzig, bei der es im Wesentlichen um die Kritik an Stalinismus ging. Bei fast jeder Veranstaltung kam aus dem Publikum die Frage, ob man sich denn angesichts der stalinistischen Verbrechen überhaupt positiv auf Kommunismus beziehen könne. Der Witz an dieser Frage ist, dass sie weder eine positive Antwort liefert, noch überhaupt eine Antwort bekommen will, sondern nur die Funktion hat, einen moralischen Standpunkt zu formulieren: Der Redner bzw. die Rednerin fühlt sich auf der moralisch sicheren Seite, indem er sich vom Realsozialismus distanziert, obwohl daraus gar keine bestimmte praktische politische Konsequenz resultiert.

Statt bei diesem Standpunkt zu bleiben und sich als kritischen Linken zu inszenieren, muss man sich doch angucken, was Kapitalismus ist: Kapitalismus produziert Elend, Kapitalismus zerstört Subjekte, psychisch und physisch. Und die Frage, die man daran anschließen muss, ist erstens, ob das nötig ist. Also: Gibt es eine Alternative zum Kapitalismus? Und zweitens: Will man das kapitalistische Elend hinnehmen?

Vielleicht zur zweiten Frage zuerst. Auch sie ist meines Erachtens unter Linksradikele nicht selbstverständlich: Wie man sich praktisch zum Kapitalismus stellt. Wenn man sich linke oder meinetwegen linksradikale Lebensläufe so anschaut, so gibt es häufig die Variante, dass die Leute früher oder später einen zynischen Standpunkt einnehmen. Dass sie sich z.B. entscheiden, ihre Reproduktion an ein akademisches Nischendasein zu hängen und sich politisch praktisch mit den herr-

schenden Verhältnissen abzufinden. Scheinbar „ergibt“ sich das biographisch einfach so – und sie gewinnen gleichzeitig dann noch einen psychischen Mehrwert daraus, dass sie es besser wissen als die affirmative Masse. Durchaus kein untypischer Verlauf von linksradikalem Leben. Ich denke, die Frage, »Will man das eigentlich hinnehmen?«, ist deshalb keine rhetorische, sondern eine, die durchaus praktische Konsequenzen hat, wichtigere Konsequenzen als so einige theoretische Differenzen, zu denen viele Kongresse abgehalten und Aufsatzbände veröffentlicht werden...

Wenn man sich dem Kommunismus von dieser Seite nähert – von einer Beurteilung des Kapitalismus und der Entscheidung, das nicht hinnehmen zu wollen, dann glaube ich, dass schon mal deutlich wird, dass das keine geschichtsphilosophische Übung ist. Mit Marx kann man zeigen bzw. Marx hat gezeigt, welche besondere Stellung in der heute herrschenden Gesellschaft die Ökonomie hat, kapitalistische Gesetzmäßigkeiten, die sich systematisch bedingen und verstärken. Wenn man also das Elend, das durch Kapitalismus produziert wird, nicht hinnehmen will, gelangt man zu der Frage, ob bzw. wie Kapitalismus als System abzuschaffen ist und durch was er zu ersetzen sein könnte. Das ist schon mal eine sehr viel konkretere Frage als die, ob man sich positiv auf den Kommunismus beziehen will, oder ob man das besser nicht tun sollte.

## ZWEITE THESE:

*Ein Bezug auf Kommunismus muss zumindest auch positiv sein.*

Denn wenn man die Frage so stellt wie eben von mir umrissen – was genau ist denn eine Alternative zum Kapitalismus? –, dann ist das schon ein positiver Bezug auf den zentralen Ansatzpunkt der kommunistischen Tradition. Und zwar unabhängig davon, wie viel Kritik man dann an dieser Geschichte übt. Man kommt zu einer in wei-

ten Teilen ähnlichen Frage und hat damit schon mal eine wesentliche Gemeinsamkeit, auch wenn man in vielen Hinsichten zu anderen Antworten kommen muss als Kommunist\_innen früherer Zeiten.

Dass der Bezug auf die kommunistische Tradition ein weitestgehend kritischer sein muss, setze ich hier voraus. Wenn man sich insbesondere die Geschichte des Realsozialismus anschaut, kann man erstmal feststellen, dass er nicht mehr existiert. Was ja auch schon in gewisser Weise gegen ihn spricht – zumindest was seine Praktikabilität angeht. Zweitens – und das kann ich hier auch nur heranzitieren, aber ich schätze mal, dass hier weitgehend Einigkeit bestehen wird – war der Realsozialismus eine Gesellschaft mit Staat, Geld, Herrschaft, die mit Emanzipation nicht wirklich viel zu tun hatte.

Die zentrale Frage und jetzt wird es vielleicht nicht praktisch, aber konkreter, die zentrale Frage, die man meines Erachtens nach an den Begriff Kommunismus oder vielleicht kann man auch sagen, an unsere Zielvorstellungen richten muss, ist die folgende: Wie hält man es eigentlich mit einem gesellschaftlichen Plan?

Es gibt ja viele Linke, auch Linksradikele, die – nicht zuletzt aus der realsozialistischen Geschichte – die Konsequenz ziehen, dass man von so etwas wie einem gesellschaftlichen Gesamtplan bloß die Finger lassen sollte. Ich glaube – und ich hoffe, ich vergesse jetzt niemanden in der Kritik –, dass es in dieser Mehrheit von Linken, die sich von der Planwirtschaft verabschiedet haben, drei große Richtungen gibt: Das ist zum einen eine sozialistische Ökonomie mit Marktelementen. Das ist besonders vertreten bei Richtungen wie der Linkspartei. Dann, bei Linksradikele ein bisschen beliebter, die Vorstellung einer ganz strikten Dezentralisierung von gesellschaftlichen und damit auch ökonomischen Prozessen. Und die

dritte Richtung, die auch noch mal ein bisschen anders ist, ist Erwartung, dass unser Ziel eine unmittelbare Assoziation sein müsse: dass also die gesellschaftliche Reproduktion und der politische Zusammenhalt sich letztlich von selbst und ganz spontan finden werde. Individuen tun sich völlig frei als Einzelne zusammen und machen das, was gesellschaftlich getan werden muss. Alle diese drei Richtungen halte ich nicht nur für nicht überzeugend, ich halte sie für Quatsch.

Erstens: Ein Sozialismus mit Marktelementen kommt an notwendige, konzeptionelle Widersprüche, was ich hier nicht ausführen kann. Entweder der Markt funktioniert nur halb, also gar nicht. Oder man hat tendenziell genau die Erscheinungen, deretwegen man den Kapitalismus ja abschaffen will. Zweitens: Eine strikte Dezentralisierung ist eine Unterschätzung von Machtpotenzialen kleiner, unstrukturierter Einheiten. Wenn ich mir vorstelle, eine Vollversammlung von z.B. 5000 Leuten hätte eine völlige Verfügungsgewalt über meine Lebensbedingungen, verschafft mir das kein sichereres Gefühl als der Gedanke an einen gesellschaftlichen Gesamtplan. Drittens: Der Gedanke, gesellschaftliche Reproduktion funktioniere so dass der die Einzelne vor seinem PC sitzt, To Do-Listen ins Internet stellt und sich da sich dann schon Leute finden, die das gemeinsam abarbeiten, ist eine völlige Unterschätzung von materiellen Prozessen in einer Gesellschaft und sich daraus ergebender Macht. Die Konsequenz aus dieser Einschätzung ist: Es gibt im Grundsatz keine vernünftige Alternative zu einer gesellschaftlichen Planung.

Wenn wir also Kapitalismus nicht hinnehmen wollen, und die genannten drei Richtungen von gesellschaftlicher Alternative schon im Konzeptstadium in sich zusammenbrechen und nicht konsistent sind, dann hat sich die Frage, ob man sich positiv auf den Kommunismus beziehen kann, recht schnell

verwandelt in die Frage, ob und wie eine gesellschaftliche Planung möglich ist ohne Herrschaft, und das schließt ein ohne Geld. Ausgerichtet an Bedürfnissen, ausgerichtet an der größtmöglichen Bestimmung der Einzelnen über die Bedingungen ihres eigenen Lebens.

### **DRITTE THESE:**

*Ein zentraler Plan trägt Tendenzen zur Herrschaftsbildung in sich.*

Eine Tendenz zur Hierarchiebildung ist kooperativen Prozessen ohnehin eigen. Spezialisierung, Herausbildung von Expertenwissen etc. führt tendenziell dazu, dass einige scheinbar wichtiger sind als andere. Das kann jeder von euch sicher an seinen eigenen Organisationserfahrungen überprüfen. Betrachtet man die leninistische Tradition, wird einem schlecht, wenn man liest, wie wenig das als Gefahr eingeschätzt wurde von Leuten, die vor der Oktoberrevolution ja in vielen Fragen durchaus akzeptable Standpunkte vertreten haben. Das ist keine abstrakte, sozusagen demokratietheoretisch motivierte Kritik. Das würden jetzt Leute z.B. im Umkreis des Gegenstandspunkts einwenden, die sagen würden, dass es doch nur darauf ankommt, was entschieden wird – und Fragen von Beteiligung und Hierarchie gar keine Rolle spielen. Schaut man sich aber z.B. die Geschichte des Realsozialismus an, dann wird recht früh deutlich, dass die große Mehrheit dort so strikt von Informationen und Entscheidungsprozessen ferngehalten wurde, dass sie gar nicht in der Lage waren zu beurteilen, ob, jetzt mal gegenstandspunktlicher gesprochen, da ihre Zwecke realisiert werden oder nicht, mal ganz abgesehen davon, dass sie zu Zeiten einer funktionsfähigen realsozialistischen Staatsgewalt kaum eine praktische politische Konsequenz hätten ziehen können, wären sie zu dem Ergebnis gekommen, dass da einiges faul ist. Es blieb das dumpfe Gefühl, dass diese Art von Sozialismus nicht für sie da ist, was dann am Ende schnell in Affirmation des Klassenfeindes umschlagen konnte. Diese Entgegensetzung von „Inhalt“ der Entscheidungen und der Frage, wer sie treffen darf, ist so also schon falsch.

Zumindest meine eigene Erfahrung ist, dass in linksradikalen Gruppen ganz deutlich die Tendenz zur Herausbildung informeller Strukturen gibt. Entscheidungsprozesse laufen dann häufig so ab, dass hinterher keiner mehr weiß, wie sie denn

überhaupt zustande gekommen sind. Dass es an dieser Stelle nicht schon zu Herrschaft kommt, hat damit zu tun, dass wir so marginalisiert sind, dass – zumindest im Normalfall – die eigene politische Gruppe nichts mit den Bedingungen der eigenen Reproduktion zu tun hat. Das wäre ja bei einem gesellschaftlichen Gesamtplan eindeutig anders – und die Konsequenzen deshalb weit ungemütlicher als in der Feierabendantifa.

Wenn ich gesagt habe, dass meiner Einschätzung nach ein gesellschaftlicher Plan die Tendenz zur Herrschaftsbildung in sich trägt, dann argumentiere ich da nicht mit menschlicher Natur oder Ähnlichem, sondern schlicht damit, dass ich mir recht sicher bin, dass auch in einer kommunistischen Gesellschaft so etwas wie Interessensgegensätze existieren werden. Andere als heute, aber es gibt keinen Grund, von naturwüchsiger Harmonie zwischen allen auszugehen.

Wenn das so ist, wir also erstens Kapitalismus abschaffen wollen, zweitens die einzig sinnvolle Grundlage für eine Alternativgesellschaft ein gesellschaftlicher Gesamtplan ist, aber drittens es auch nach Ende des Kapitalismus Interessensgegensätze geben wird und zwar nicht nur in einer Übergangsgesellschaft, sondern dauerhaft, dann resultiert daraus auch wieder etwas Problematisches. Nämlich, dass politische Institutionen – ich habe bisher hauptsächlich über Ökonomie geredet – für uns von Interesse sein sollten. Institutionen, die diese Interessensgegensätze vermitteln. Wenn man gleichzeitig, und dafür gibt es gute Gründe, von so etwas wie Staaten nicht viel hält, resultiert daraus die schwierige Frage, wie denn solche Institutionen möglich sein sollen ohne einen Staat zu haben. Oder andersherum gesagt, wie man Institutionen schaffen kann, die freie und gleiche Entscheidungsmöglichkeiten sicherstellen können, ohne so etwas wie staatliches Recht zu stiften.

### **VIERTE THESE:**

*Der Bezug auf den Kommunismus ist heute schon eine Frage der Praxis.*

Ich habe eben schon, durchaus mit Absicht, auf unsere heutige Organisationspraxis hingewiesen. Denn ich kann mir nicht vorstellen, dass es von Gruppen, die heute von informellen Strukturen und von Hierarchien geprägt sind, Gruppen, die teilweise eher erweiterte Freundes-

kreise darstellen, dass es von diesen Gruppen einen kontinuierlichen Weg gibt zu der Übernahme gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse und Ressourcen, Aneignung von Produktionsmitteln, etc. – wie immer man es nennen will.

Eine gängige Haltung dazu ist, zu sagen: „Revolution steht doch heute nicht auf der Tagesordnung“ – was auch immer das sein soll... – deshalb könne man sich doch die Frage irgendwann mal stellen, wenn die Revolution denn auf der Tagesordnung stehe. Ich bin da sehr skeptisch, denn ich glaube nicht an Tagesordnungen und ich befürchte, dass in so einer Situation, in der wir nicht mehr so marginal sind wie heute, wir andere Probleme haben werden, als Konzepte zu diskutieren, wie man denn Entscheidungsprozesse vernünftig organisieren könnte. Dies hängt damit zusammen, dass dann natürlich Fragen ganz anderen Ausmaßes anstehen, und es hat auch damit zu tun, dass die momentan fast luxuriöse Position, dass wir mit staatlicher Repression in der Regel nur in Randbereichen unserer Arbeit zu tun haben, gerade mit dieser „Tagesordnung“ zusammenhängt.

Mit staatlicher Repression meine ich jetzt nicht Überwachung, sondern Repression der etwas härteren Gangart, die sich – selbst wenn wir nur doppelt so viele sind wie heute – mit Sicherheit radikal ändern wird. Die Frage, wie man denn überhaupt organisieren kann, ohne in Macht und Herrschaft abzugleiten, ist heute schon eine Praktische, weil sie gar nicht nur eine Erkenntnisfrage ist sondern wesentlich auf Grundlage von Erfahrungsprozessen beantwortet werden muss. Diese Prozesse bedürfen einer Einübung und es gibt überhaupt keinen gedanklichen Weg, sich vorzustellen, das könne in einer revolutionären Situation mal eben nachgeholt werden. Insofern glaube ich, dass die Organisationsfrage und die Frage, was der emanzipative Gehalt unserer heutigen Organisationsform ist, eine Frage darstellt, die von uns dringend diskutiert werden muss.

*Rüdiger Mats ist Autor und Lektor, promovierte über die Ökonomie des Realsozialismus und veröffentlicht regelmäßig zu linken Politikkonzepten und zur Idee, Organisation und historischen Defensive des Kommunismus.*

FRIEDER OTTO WOLF

# PRAKTISCHE KRITIK UND KRITISCHE PRAXIS

Notizen zu einem unterschätzten Problem.

In der marxistischen Tradition gibt es mit gutem Recht das Postulat der Einheit von Theorie und Praxis, das sich auch mit gutem Recht verallgemeinern lässt (wie dies in anderen radikalen sozialen Bewegungen auch immer wieder geschehen ist): Eine Theorie der Befreiung von Herrschaft lässt sich nicht losgelöst von einer Praxis der Befreiung von Herrschaft gewinnen und ausarbeiten – und eine Praxis der Befreiung von Herrschaft kommt nicht ohne eine Theorie der Befreiung aus. Hier gibt es sicherlich immer wieder Formulierungs- und Umsetzungsprobleme; aber als Prinzip ist dieses Postulat schwer bestreitbar. Und es gibt auch gute Gründe für das zusätzliche Postulat, dass unter den modernen Bedingungen strukturalisierter Herrschaft eine Praxis der Befreiung nur als eine kritische Praxis möglich ist – und dass eine praktische Kritik als kritische Theorie ausgearbeitet werden muss.

Dennoch hat sich in den letzten 240 Jahren, d. h. seit mit der US-amerikanischen Befreiung aus der kolonialen Abhängigkeit, der französischen Revolution (sowie den von ihr inspirierten Revolutionen bis hin zur Sklavenrevolution von Haiti) und der industriellen Revolution in England die gegenwärtige Großepoche der Menschheitsgeschichte begonnen hat, ein grundsätzliches Problem mit diesem Prinzip ergeben: Wir wissen heute einfach nicht mehr so richtig, was die beiden Seiten dieser Einheit denn sind. Oder genauer, wir glauben, es zumeist sogar ziemlich genau zu wissen – können uns aber nicht stabil darüber verständigen.

Ich will versuchen, zu einer Klärung in dieser Hinsicht beizutragen – gestützt zum einen auf meine jahrzehntelange Beteiligung an den intellektuellen Debatten (nicht nur in Deutschland), die sich auf die Sache der Befreiung bezogen haben, auf der einen, und meine ebenso lange Tätigkeit auf dem Felde der Philosophie – die ja ganz überwiegend damit beschäftigt ist, Argumente dafür aufzubauen, dass Theorie und Praxis der Befreiung als solche unmöglich sind. Auch wenn dabei immer wieder vieles fragmentarisch geblieben ist, argumentiere ich also auch aus einer Art der Einheit von Theorie und Praxis heraus.

## 1. THEORIE UND PRAXIS ALS PHILOSOPHISCHE BEGRIFFE

Louis Althusser hat bekanntlich die von ihm im Pariser Verlag Maspéro herausgegebene Buchreihe „Theorie“ genannt. Das war kein Ausdruck von ‚Theoretizismus‘, also von einer übermäßigen Hochschätzung von Theoriearbeit gegenüber den praktischen Kämpfen, sondern ein Ausdruck dafür, das nach seiner Auffassung, die spezifische Aufgabe von Intellektuellen in den Kämpfen eben diese Theoriearbeit sei. Soweit also nur eine Spezifizierung des eingangs genannten Postulats, keine Hinterfragung oder gar Bestreitung.

Aber was ist denn diese Theoriearbeit?

Hier ist es vermutlich sinnvoll, erst einmal an ein paar begriffsgeschichtliche Fakten und Befunde zu erinnern, deren Vergessenheit zur Verwirrung beigetragen hat. Ich will hier nur drei herausgreifen: Die aristotelische Unterscheidung von Theorie, Praxis und Poiesis (die in ihrer verstellenden Erneuerung durch Martin Heidegger und Hannah Arendt in der neueren Debatte eine unübersehbare Rolle gespielt hat), die Doppeldeutigkeit des Praxisbegriffs bei Kant (etwas im „Faktum der praktischen Vernunft“ einerseits und der Kritik an dem Gemeinspruch nach Kant „Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis“ andererseits) und die oft übersehene aristotelische These, dass „auch die Theorie eine Praxis ist“.

Louis Althusser hat bekanntlich immer wieder daran gearbeitet, zu artikulieren, was in diesem Sinne „Theorie“ ist. Ich möchte hier den Strang seiner Überlegungen herausheben, in dem sich ihm immer schärfer die Differenz von „Wissenschaft“ und „Philosophie“ profiliert hat – mit der Konsequenz, dass sich die Frage der Einheit von Theorie und Praxis in ihnen ganz unterschiedlich stellt – und nicht etwa nur noch in der Philosophie als „Klassenkampf in der Theorie“. Wissenschaft zeichnet sich in ihrer befreienden Radikalität gerade dadurch aus, dass sie rücksichtslos ihr gegenständliches Feld verfolgt – sofern sie es mit historischen und gesellschaftlichen Prozessen und Verhältnissen zu tun hat, wohl wissend, dass sie selbst in diese eingebettet ist und auf ihrer Grundlage forscht; Philosophie „hat keinen Gegenstand“, ist dennoch nicht bloß „verkleidete Politik“, sondern hat „in der Theorie“, in der sie mit Argumenten kämpft, ihre eigene ‚Strenge‘ und ‚Sachlichkeit‘, durch die sie allein der ‚Sache der Befreiung‘ treu dienen kann: als radikale Philosophie, die sich der herrschenden, herrschaftsaffirmativen (bzw. herrschaftsapologetischen) Philosophie entgegenstellt, auf einem ‚Kampfplatz‘, auf dem sie immer wieder aus einer Position der Unterlegenheit heraus subversiv agieren muss, solange die bestehenden strukturellen Herrschaftsverhältnisse moderner Gesellschaften nicht überwunden sind.

Dabei kann am Exempel des historischen Marxismus eine wichtige Lektion gelernt werden: So wenig, wie es eine „proletarische Wissenschaft“ geben kann, die sich nur durch die Identifikation mit dem Standpunkt des Proletariats gegen die „bürgerliche Wissenschaft“ stellt (historisch ‚durchgespielt‘ am Beispiel der Lyssenko-Episode im theoretischen Stalinismus), so wenig kann es etwa eine durch bloße Identifikation mit dem Frauenstandpunkt definierte „feministische Wissenschaft“ geben. Und auch in der Philosophie ist eine derartige ‚Standpunktlogik‘ nicht akzeptabel.

Übertragen wir diese Überlegungen auf die noch einmal zugespitzte Fragestellung nach dem Verhältnis von „praktischer Kritik“ und „kritische Praxis“! Ich denke, wir sollten hier „praktische Kritik“ als den Begriff für die intellektuelle Arbeit der Kritik (was noch keinerlei ‚Arbeitsteilung‘ zwischen unterschiedlichen Trägern impliziert) und „kritische Praxis“ als den Begriff für die Praxis in der wirklichen Bewegung der historischen Kämpfe zur Überwindung der genannten Herrschaftsverhältnisse verstehen. Dann ist vermutlich klar, dass einerseits ein Durchbrechen der Mystifikationen, wie sie für moderne strukturalisierte Herrschaftsverhältnisse charakteristisch sind, im intellektuellen Diskurs (bzw. in kognitiven Prozessen) nicht in Gang kommen wird, ohne dass eine kritische Praxis existiert, in der Erfahrungen gemacht worden sind, die „zu denken geben“, also zumindest Fragen aufwerfen, dass aber andererseits eine solche kritische Praxis sich nicht entfalten kann, ohne dass durch „praktische Kritik“ die Illusionen und Mystifikationen des Common Sense durchbrochen werden, wie sie zunächst und zumeist das Denken der agierenden Subjekte und die Prozesse der öffentlichen Diskurse beherrschen. Wie bei vielen anderen Prozessen moderner Gesellschaften macht es hier wenig Sinn, sich in einer Pseudodialektik von Henne und Ei zu verstricken. Denn es gilt immer schon, dass faktisch dieses Dilemma bereits gelöst worden ist, wenn wir darüber nachdenken: „Im Anfang war die Tat!“, wie Marx zu diesem Thema Goethes Faust zitiert.

## 2. RADIKALE PHILOSOPHIE

„Radikale Philosophie“, wie ich sie in Auseinandersetzung mit der angelsächsischen Radical Philosophy (und impliziter auch in Auseinandersetzung mit LeCourt, Balibar, Rancière und Badiou) formuliert habe, meint hier zunächst nichts anderes, als einen expliziten Umgang mit diesem Dilemma – und den Versuch, die Bewegungsformen der ‚eigentümlichen Materialität und Widersprüchlichkeit‘ der Tätigkeit von Philosoph\_innen so weit zu durchdringen, dass sie gezielt – strategisch und nicht nur taktisch – die Verbindung von kritischer Praxis und praktischer Kritik befördern können – durch das Wegräumen von Hindernissen ebenso wie durch Initiativen zur Eröffnung neuer Fragen und Problemfelder.

Die Krise des Marxismus hat für unsere Problematik zwei Problemfelder eröffnet, die lange Zeit – nicht nur in den ‚offiziellen Marxismen‘ verdeckt geblieben sind: Zum einen das Verhältnis von Philosophie und Wissenschaft „in der Theorie“ und zum anderen das Problemfeld, wie in der kritischen Praxis ein adäquater Umgang mit der Tatsache der Pluralität von Herrschaftsverhältnissen gefunden werden kann. Der Klarheit halber sollte ich gleich hinzufügen, dass diese Krise des Marxismus nicht bedeutet hat, dass in der im weiteren Sinne marxistischen Tradition nichts für die weitere wissenschaftliche und philosophische Debatte Wichtiges mehr produziert worden wäre – offensichtlich ist das Gegenteil der Fall (vgl. Elbe 2009 und Hoff 2010). Aber es geht um den Stellenwert, den diese Ergebnisse heute für praktische Kritik und für kritische Praxis haben können.

Das erste Problemfeld habe ich schon gelegentlich unter dem Stichwort der „Endlichkeit des Marxismus“ angesprochen: Sofern und insoweit der Marxismus Träger wirklicher Wissenschaft ist (und da ist er bekanntlich ein durchaus „unvollendetes Projekt“ und

wie jede Wissenschaft auch, genau genommen, unvollendbar), bezieht er sich auf ein bestimmtes, endliches Gegenstandsfeld, das seinen historischen Anfang hat und wohl auch sein historisches Ende finden wird und das auch in den gegenwärtigen modernen bürgerlichen Gesellschaften nur eine bestimmte Dimension thematisiert und untersucht: nämlich die kapitalistische Produktionsweise und ihre Herrschaft. Diese hat zwar erhebliche Auswirkungen auf andere moderne Herrschaftsverhältnisse – Geschlechterverhältnisse, politische Ökologien, internationale Hierarchien und gesellschaftliche Ausgrenzungen – ist aber nicht dazu in der Lage, deren eigene Materialität und Widersprüchlichkeit theoretisch zu durchdringen – und kann sie nicht etwa als bloße ‚Überbauphänomene‘ oder als ‚Nebenwidersprüche‘ für prinzipiell sekundär erklären. Mit anderen Worten: Auch ein kritisch erneuerter Marxismus – wenn es ihn denn gäbe – wäre nicht die integrale Gesellschaftstheorie, die uns den Schlüssel für die theoretische Durchdringung aller Mystifikationen aufgrund moderner Herrschaftsverhältnisse an die Hand geben. Andere wissenschaftliche Untersuchungen und kritische Theorien werden gebraucht, um diese anderen modernen Herrschaftsverhältnisse zu untersuchen und entsprechend jenseits der Illusionen des Common Sense theoretisch zu artikulieren – und ihr Zustand ist eher noch problematischer als der der historischen Marxismen. Nur als groben Indikator möchte ich erwähnen, dass es für das Ruinenfeld der historischen Marxismen und ihrer Kritiker\_innen immerhin das Historisch-Kritische Wörterbuch des Marxismus gibt, entsprechende Aufarbeitungsversuche etwa von feministischer, anti-kolonialer, antirassistischer oder auch anarchistischer Seite aber nicht vorliegen – obwohl sie alle unverzichtbare Beiträge zu einer in der Gegenwart wirksamen praktischen Kritik zu leisten hätten.

Besonders wichtig scheint es mir an diesem Punkt, zu betonen, dass radikale Philosophie hier nicht die Rolle des „Ersatzes“ spielen kann und darf. Sie werden sich alle nicht mehr an den „Kaffee-Ersatz“ der Nachkriegszeit erinnern – ich kann Ihnen aus meinen Kindheitserinnerungen versichern, dass er nicht einmal schlechter Kaffee gewesen ist. So wie die Marxist\_innen selber daran arbeiten müssen, ihr historisches Trümmerfeld aufzuarbeiten, damit die praktische Kritik der Gegenwart von ihnen etwas Wichtiges lernen kann, müssen dies auch die anderen Bereiche kritischer Wissenschaft und Theorie selber tun. Das wird sich nicht „ersetzen“ lassen – aber energisch darauf hinzuweisen und sich exemplarisch an dieser Aufarbeitung zu beteiligen – das können und sollen radikale Philosoph\_innen durchaus.

Allerdings entfällt mit dieser Einsicht in die Nicht-ersetzbarkeit der spezifischen Kämpfe (und der wissenschaftlichen Durchdringung der auf ihren Feldern herrschenden Mystifikationen) auch das „philosophenpolitische“ Programm einer „Verwirklichung der Philosophie“: So wichtig auch das Selberdenken in der Philosophie als ein Exempel befreiter Tätigkeit ist, kann doch integrale Befreiung keine bloße ‚Philosoph\_innen-Sache‘ sein.

## 3. PARTEILICHKEIT: „ORGANISIERUNG“ UND „MOBILISIERUNG“ ALS VORAUSSETZUNG THEORETISCHER REFLEXION

Auch hier ist ein doppeltes Dilemma zu konstatieren:



# Den Burschentag in Eisenach zum Desaster machen! Zweite Phase – Der Countdown läuft!

Aktionen ++ inhaltliche Veranstaltungen ++ Zeitung +++ Infos ++ Demonstration

## Antifaschistische Demonstration Samstag, 2.6.2012 | 14.30 Uhr | Marktplatz Eisenach

[gegenburschentage.blogspot.de](http://gegenburschentage.blogspot.de)

Erstens bleibt es einerseits unzureichend, praktische Kritik als bloß individuelle, gleichsam psychologische Tätigkeit zu konzipieren: sie ist mit Notwendigkeit immer eine durch viele Individuen hindurchgehende diskursive und kognitive Praxis einer ‚Masse‘, einer ‚Menge der Vielen‘ (multitudo), in der sich wissenschaftliche Einsichten und praktische Erfahrungen immer wieder von Neuem verbinden; andererseits ‚funktioniert‘ diese Praxis aber nicht als Tätigkeit eines ‚kollektiven Subjektes‘, das die einzelnen denkenden und argumentierenden Individuen als bloße verschwindende Momente nutzen kann, sondern bleibt an die eigene Erfahrung und das Selberdenken eben dieser Individuen gebunden. Die Forderung nach der ‚Freiheit der Kritik‘ auch innerhalb radikaler Organisationen beschreibt erst einmal hinreichend die Bewegungsform, die für den hier unausweichlich bestehenden Widerspruch gefunden worden ist – auch wenn sie offenbar nicht so einfach in die Organisationspraxis umzusetzen ist. Zweitens ist der Gedanke der notwendigen Organisation eines derartigen Prozesses in hinreichend dauerhaften Formen, so dass historische Erfahrungen verarbeitet werden können, offenbar dadurch kompliziert, dass wir es nicht nur mit einer Art von ‚kritischer Praxis‘ zu tun haben, der dann eine bestimmte Art von ‚praktischer Kritik‘ entspricht, deren Zusammenhang dann idealiter in einer bestimmten Art von Organisation hergestellt, reproduziert und immer weiter vertieft wird – wie dies in der historischen Trias von Arbeiterbewegung, Marxismus und proletarischer Partei konzipiert worden war. So schwierig bereits das darin liegende Problem der Schaffung des ‚revolutionären Subjektes‘ namens ‚Proletariat‘ als ‚Vereinheitlichung‘ der Klassenfraktionen und als solidarische Verbindung der nationalen Arbeiterklassen gewesen ist – das Problem entsprechender herrschaftskritischer und transformatorische Bündnisse ist von vornherein komplexer und lässt sich nicht in ein entsprechendes schematisches Modell einsperren. Die Partei der Parteien ist ebenso wenig vorstellbar wie die Theorie der Theorien – und selbst die ‚Bewegung der Bewegungen‘ ist bisher mehr ein Traum als eine ‚wirkliche Bewegung‘. Die Weltsozialforumsbewegung arbeitet erkennbar im Modus der ‚kritischen Praxis‘ an diesen Problemen – und ist dabei inzwischen auch bereits an Grenzen gestoßen. Ich denke, es kommt jetzt darauf an, zu denken, wie hier eine ‚praktische Kritik‘ möglich wird – dies reicht von der Frage der ‚kritischen Theorien im Plural‘ bis zur Fragen von gesellschaftlichen Bündnissen und praktischer Organisation. In den von mir angesprochenen Fragen klarer zu sehen, würde sicherlich dabei helfen, in der nötigen Debatte weiter zu kommen.

*Frieder Otto Wolf: Prof. für Philosophie an der FU-Berlin, gibt z. Z. die Schriften von Louis Althusser neu heraus (2011) und hat zuletzt den Sammelband „Das Kapital neu lesen“ (2007) mit herausgegeben sowie das Buch „Radikale Philosophie: Aufklärung und Befreiung in der neuen Zeit“ (2009) veröffentlicht.*  
[www.friederottowolf.de](http://www.friederottowolf.de)



# WENN DIE GALLE ÜBERLÄUFT...



...KOTZEN DIE BUNDESBÜRGER\_INNEN  
SOZIALCHAUVINISMUS AUS.  
AUS IHREN FALSCHEN VORSTELLUNGEN  
ÜBER DIESE GESELLSCHAFT WÄCHST  
VERACHTUNG GEGEN ALLE, DIE DIESER  
ANGEBLICH SCHADEN.





Plakat der „Vielen Dank für die Blumen“-Kampagne von ...umGanze.



So|zi|al|chau|vi|nis|mus [schowi...; fr:] m; -: Krisenideologie des > Kapitalismus. Feindseligkeit gegen alle, die nicht ins Idealbild einer kapitalistischen Leistungsgesellschaft passen. Ausgrenzung und Erniedrigung von Betroffenen (>unproduktiv«, »faul«, »Schmarotzer«, »Hartz-IV-Betrüger«) als Versuch, den eigenen bedrohten Status zu schützen, und die eigene Nützlichkeit zu untermauern. S. unterschlägt die gesellschaftlichen Ursachen von Massenarmut, und stellt sozialen Ausschluss als selbst verschuldet dar. Die Zumutungen der Standortkonkurrenz (Leistungskult, Verzicht für Staat und Unternehmen) erscheinen als alternativlos. Aggressive Formen des S. (> Sarrazin) nur Ausdruck eines parteiübergreifenden Trends.

Vgl. > Rassismus, > Rechtspopulismus.

## OHH BABY, ITS A WILD WORLD

Es herrscht Empörung überall. Weltweit Empörung darüber, dass die Wirtschaft einfach nicht so tut, wie sie soll. Die erste Welle der Krise ging noch von statten, als hätten sie die Menschen gar nicht bemerkt. Doch seitdem brodeln es gewaltig. Ursachen sollen gefunden werden, oder besser noch Schuldige.

Anfangs waren „gierige Bankmanager“ und ihre tatsächlich obskuren Praktiken Anlass zur Empörung. Da wurde wenigstens noch nicht nach unten getreten. Die jeweiligen Mehrheiten fragen sich angesichts der anhaltenden Verunsicherung jedoch, wie denn ihr Laden – also ihre Nation, ihre Familie etc. – gegen eine mögliche Krise abgesichert wird.

Zum Sündenbock für wirtschaftliche Probleme erklären sie ausgerechnet diejenigen, die ohnehin im sozialen Abseits stehen.

In Westeuropa gewinnen rechtspopulistische Parteien an Fahrt und machen Stimmung gegen echte und vermeintliche Muslim\_innen sowie Arbeitslose oder auch mal gegen Rentner\_innen und Behinderte. In Ländern Osteuropas marschieren waschechte Faschisten auf. In den USA organisierte eine Tea Party den Klassenkampf von oben, um Obamas angeblichen Sozialismus zu verhindern. Dagegen scheinen die deutschen Zustände harmlos. Allerdings nur auf den ersten Blick.

## WAS HAT DICH BLOSS SO RUINIERT?

Von „Deutschen Zuständen“ spricht zum Beispiel der Soziologe Wilhelm Heitmeyer in seiner zehnjährigen Langzeitstudie über Vorurteile gegen Gesellschaftsgruppen. Insbesondere seit 2009 - mit Einsetzen der Krise – habe die Diskriminierung von Arbeitslosen, Obdachlosen und Behinderten zugenommen, auch gehe es gewalttätiger zu. Das Denken werde zunehmend auf Ökonomische ausgerichtet und der Entsolidarisierung Vorschub geleistet. Als Bundestagsvizepräsident Thierse diese Ergebnisse im Dezember 2011 vorstellte, war die deutsche Mehrheit über sich selbst entsetzt. Warum eigentlich?

Die Ergebnisse der Studie zeigen vor allem, dass staatspolitische Argumente zum Sozialabbau unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Turbulenzen besonders gut in den Köpfen verfangen. Die abgewerteten Menschen werden als Kostenfaktor betrachtet. Als solche würden sie nicht nur dem Gemeinwohl – also dem Staat – zur Last fallen, sondern auch noch die „Leistungsgerechtigkeit“ in Frage stellen. Ihr Müßiggang erwecke den Neid anderer, die noch arbeiten – nämlich für einen Scheißlohn, der kaum über Hartz IV liegt. Unterstellt wird, dass viele oder alle sozial Bedürftigen sich in ihrer Situation eingerichtet haben oder sie sogar nur vortäuschen. In dieser Lesart heißt „Fördern und Fordern“, vermeintlich Unfähige zu erziehen und angeblich Faule ab zu strafen. In ihrer Summe sind diese Vorstellungen getrost Sozialchauvinismus zu nennen. Wer zur Gruppe der „Menschen mit Migrationshintergrund“ gezählt wird, steht unter besonderem Verdacht. Sozialchauvinismus versteht sich prächtig mit Rassismus.

Solche aggressiven Weltanschauungen sind nicht bei Neonazis in der Randständigkeit zu Hause. Sie werden in der Mitte der Gesellschaft produziert und folgen gängigen Vorstellungen. Rechtsstaat und Marktwirtschaft werden dabei als Ideale hochgehalten, als bestmögliche Umsetzung von Gleichheit und

Freiheit. Es wird einfach ignoriert, was für ein zerstörerisches Potenzial diesen Idealen innewohnt.

Jahrzehntelang dienten sie zum Beleg der Überlegenheit westlicher Gesellschaften und als Vorbild für die ganze Welt. Insbesondere seit der „deutschen Wiedervereinigung“, gelten sie hierzulande als Garant von Sicherheit und Fortschritt. In der Krise zeigen sich Freiheit und Gleichheit aber von ihrer schlechtesten Seite, ihrer eigentlichen.

Produktionsmittel, welche die Lebensbedingungen vieler Men-

»Es gibt kein Recht  
auf Faulheit  
in unserer  
Gesellschaft.«

GERHARD SCHRÖDER

schen betreffen, werden der freien Entscheidung Einzelner anvertraut. Und zwar, ohne dass sie die Konsequenzen kennen und für diese haftbar wären. Die gültige Gleichheit ist nur eine Gleichheit vor dem Gesetz. Die tatsächliche soziale Ungleichheit der Menschen spielt hingegen keine Rolle, wenn beispielsweise wegen Mietschulden eine rechtlich bewirkte Zwangsraummung ansteht.

## WENN MAN SICH SCHON ILLUSIONEN MACHT, DANN ABER RICHTIG

Die ständigen Frustrationen durch die Erfahrungen der kapitalistischen Konkurrenz erschüttern den Glauben in die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ nicht. Falsche Vorstellungen bleiben die Leitmotive, etwa das der Leistungsgerechtigkeit. Es geht davon aus, dass individueller Erfolg - und damit auch gesellschaftlicher - vor allem vom persönlichen Einsatz abhinge. Aber an sich ist Leistung in dieser Gesellschaft nichts wert.

Entscheidend ist nur, ob sie auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt ist und wie viel dafür bezahlt wird.

Trotzdem fehlt von einer massenhaften Kapitalismuskritik bisher jede Spur. Lediglich eine Erkenntnis scheint in der Gesellschaft angekommen zu sein. Nämlich, dass der sicher geglaubte Wohlstand sich auch einfach in Luft auflösen kann. Um das zu verhindern, schmeißt sich der die deutsche Patriot\_in für den Standort oder den die Arbeitgeber\_in ins Zeug. So beteiligen sich die Leute auch noch an der Verschlechterung ihrer eigenen Lebensverhältnisse. Zum Beispiel hat noch kein Einschnitt am Sozialsystem tatsächlich die Staatsschulden gesenkt. Seit Einführung von HartzIV haben sie sich in etwa verdoppelt, womit wieder neue Einsparungen gerechtfertigt werden. Das Argument, Sozialabbau sei aus Kostengründen „alternativlos“ (Unwort 2010), ist nur ein Taschenspielertrick. Aber einer, der gern geglaubt wird. In unsicheren Zeiten halten die gut abgerichteten Staatsbürger\_innen am besten zur herrschenden Ideologie. Da haben sie es wenigstens heimelig.

Die Ideologie findet ihre Bestätigung in einer Verachtung aller, die sich angeblich einen faulen Lenz machen. Diese Verachtung ist nichts weiter als Ausdruck der eigenen Abstiegsängste. Egal wie tief man sinkt, so tief wie andere wird man nie sinken. Wenn dann die Zerrbilder vom selbstgefälligen Arbeitslosen im Dauerurlaub oder den leichtlebigen Griechen\_innen ins Spiel gebracht werden, soll das eigentlich nur die Leistungsbereitschaft derer beweisen, zu denen man sich selbst zählt, und bei denen der Müßiggang hinten ansteht.

Auch wer selbst gerade eine Armutsphase durchlebt – nach der Ausbildung, dem Studium oder dem Jobverlust – fühlt sich auf der richtigen Seite, wenn etwa „Sozialfahnder\_innen“ im Fernsehen HartzIV-Bezieher\_innen ihr zuckersüßes Lotterleben versalzen. Von den „Pleitegriechen“ fühlen sich so manche deutschen Steuerzahler\_innen höchst persönlich geprellt. Der Neid auf das angeblich sorglose Leben geht einher mit einer Abscheu gegen die von Verarmung Betroffenen. Kapitalistische Strukturprobleme wie Konkurrenz, Lohnabhängigkeit und Profitmaximierung erscheinen so als persönliche Probleme gescheiterter Existenzen.

### **IMMER DIESE WIDERSPRÜCHE!** **WIDERSPRÜCHE, WIDERSPRÜCHE!**

Ängste, Neid und Verunsicherung schüren ein Klima der Entsolidarisierung. Mit autoritärer Politik und medialer Hetze bekommt die Meute, wonach sie verlangt. So werden nicht nur jene diszipliniert, gegen die sich der Sozialchauvinismus unmittelbar richtet. Auch allen anderen werden die fragwürdigen Tugenden einer Gesellschaft eingetrichtert, die ständig Krisen und Armut hervorbringt.

Für die Einzelnen ist der Sozialchauvinismus vor allem ein Versuch, die widersprüchliche Lage der eigenen Person im Kapitalismus von den Widersprüchen zu bereinigen. Aufgelöst werden die selbstverständlich nicht. Dafür muss zunächst einmal mit verbreiteten Mythen aufgeräumt werden, die über die derzeitige Gesellschaft im Umlauf sind. Denn diese Gesellschaft und ihre Spielregeln sind wirklich ein Grund zur Empörung. Genau genommen zur Revolution.



## PROTESTE GEGEN DIE INNENMINISTERKONFERENZ

Am Abend des 22. Juni fand in Frankfurt am Main eine Demonstration gegen die Innenministerkonferenz statt, die dort am 21. und 22. Juni abgehalten wurde. Um aufzuzeigen, dass es bei der Politik der Innenministerkonferenz um falsche Lösungen für soziale Fragen geht, wurden unter dem Motto „Wir kommen um zu stören! IMK auflösen“ Aspekte der dort verhandelten Themen aufgegriffen.

Etwa die Überwachung des öffentlichen und immer mehr auch privaten Raums oder die Politik der Integration, die im Umkehrschluss immer auch Ausgrenzung bedeutet. Pressesprecher Stefan Schwarz zu diesem Protest: „Die Demonstration gegen die Innenministerkonferenz war ein voller Erfolg. Trotz Werktags über 2000 Leute mobilisiert zu haben, ist ein gutes Zeichen für linken Protest in Frankfurt.“ Schwarz weiterhin: „Zusammen mit dem Bündnis „IMK auflösen“ mobilisierten das „sozialrevolutionäre & antinationale Krisenbündnis“, das „internationalistische Bündnis“ und das bundesweite „...ums Ganze!“- Bündnis ein breites linkes und linksradikales Spektrum nach Frankfurt.

Dass dazu noch viele andere Gruppen und die Prostituiertenselbsthilfe Dona Carmen den Aufruf unterstützten, zeigt die Vielfalt der beteiligten Gruppen und das breite Engagement gegen die Innenministerkonferenz und ihre Politik.“ Nach einer Demonstration am Flughafen mit etwa 500 TeilnehmerInnen am Montag und einer Kundgebung am Dienstag war die Demonstration der dritte Teil der Aktionen gegen die IMK in Frankfurt. Während der knapp 2000 Menschen umfassende Demozug sich vom Roßmarkt aus mit guter Stimmung und Parolen wie „Solidarität muss praktisch werden – Feuer und Flamme den Abschiebebehörden“ und „Staat, Nation, Kapital – Scheiße“ auf den Weg machte, hielt sich die Polizei zunächst zurück.

In der Berliner Straße wurde die Stadtwache der Stadtpolizei mit Flaschen angegriffen, daraufhin marschierten weitere Sondereinheiten aus vielen Bundesländern und etliche vermummte Polizeihundertschaften auf und gaben ein martialisches Bild ab, das, so Schwarz, „die Kritik an der Innenministerkonferenz und ihren autoritären Lösungen sozialer und politischer Konflikte spiegelt“. An der Braubachstraße traf der Demozug auf einen kleineren, der als Rave vom IG Farben-Campus gestartet war.



**Bündnisauswertung**

[imkaufloesen.blogspot.de/2011/06/24/2000-auf-demo-gege-die-imk](http://imkaufloesen.blogspot.de/2011/06/24/2000-auf-demo-gege-die-imk)

# MIGRATION BEATS

---

## GEGEN INTEGRATION UND AUSGRENZUNG

Tag für Tag rennen Menschen gegen die Festung Europa an, mit der Hoffnung auf weniger Hunger, auf mehr Sicherheit oder einfach auf ein besseres Leben. Diejenigen, die es nach Europa schaffen, werden hier als Unerwünschte und Illegalisierte empfangen. Die politische Antwort auf Migration in der Gegenwart ist Abschottung nach innen und außen. Längst sind die europäischen Grenzen militärisch gesichert, das Asylrecht wurde in Deutschland 1993 mit der Drittstaatenregelung faktisch abgeschafft und 'Integration' ist zu einem Kontroll- und Sanktionsinstrument seitens der Politik geworden. Migrant\_innen werden nach Herkunft und Nützlichkeit selektiert.

Die fortschreitende Ökonomisierung der Integrationspolitik steht beispielhaft für den allgegenwärtigen Zwang zur immer effektiveren Ausbeutung. Es darf schon lange nur noch kommen, wer auch dem 'Standort Deutschland' nützlich ist, alle anderen werden als Wirtschaftsflüchtlinge denunziert und abgewiesen. Doch nicht nur Flüchtlinge werden ausgegrenzt. Um konkurrenzfähig zu bleiben wird der Niedriglohnsektor weiter ausgebaut und der Kampf „Alle gegen Alle“ – die Grundlage der sozialen Ordnung im Kapitalismus – geht in die nächste Runde. Es scheint selbstverständlich, dass dabei trotzdem auch noch „alle für Deutschland“ rackern sollen. Dass es durch die rasante Entwicklung der Produktivität immer weniger Lohnarbeit bedürfte, wird ebenso ausgeblendet wie der Zusammenhang der Ausgrenzung der Arbeitslosen und der Flüchtlinge mit ihrer mangelnden Verwertbarkeit für die deutsche Wirtschaft.

Mit der anhaltenden Krise des Kapitalismus wird immer deutlicher, dass der hiesige Wohlstand auf tönernen Füßen steht und gegen andere Nationen und gesellschaftliche Veränderungen verteidigt werden muss. Der Wohlstand der westli-

chen Länder beruht vorrangig auf der kolonialen Geschichte und der fortwährenden Ausbeutung der Arbeiter\_innen und Ressourcen in ärmeren Ländern.

Das Aufbrechen der etablierten Strukturen in Nordafrika zeigt nun in ungewohnter Offenheit, dass der industrialisierte Westen auf die autoritären und repressiven Verhältnisse in den armen Ländern auf verschiedensten Ebenen angewiesen ist. Dies wird derzeit in Libyen besonders offensichtlich: Mit dem wachsenden Erfolg der Aufständischen stieg der Ölpreis ebenso wie die Zahl der Flüchtlinge, die mit ihren Booten an der italienischen Küste landeten.

Wen verwundert es, dass Menschen bei freier Entscheidung die Unterdrückung und ihren Hungerlohn in den Ölraffinerien und den Sweat-Shops gegen ein Leben in Europa eintauschen möchten, in der Hoffnung, dort dann auch endlich einmal selbst von diesen Bedingungen profitieren zu können, anstatt weiter unter ihnen zu leiden? Aber im Kapitalismus kann es kein schönes Leben für alle geben – obwohl die Voraussetzungen zur Produktion gesamtgesellschaftlichen Reichtums, der die Bedürfnisse Aller befriedigt, längst gegeben sind.

Die Friedensfreunde in den etablierten Parteien sind sich derzeit hinsichtlich der Revolten in Nordafrika einig: „Nicht die Finger schmutzig machen“. Angesichts der Lage der Flüchtlinge vor den Toren Europas sind diese jedoch sowieso nicht mehr sauber zu bekommen. Wer nun „kein Krieg!“ ruft, blendet aus, dass Europa schon seit Jahren an seinen Küsten Krieg führt. Zehntausende Menschen sterben im Mittelmeer und Atlantik bei den riskanten Überfahrten in die „gelobten Länder“, werden von Europas Vorposten in Libyen und Marokko in Lagern gehalten oder gleich in der Sahara ausgesetzt, wo sie verhungern oder verdursten.

Die Auffanglager in Libyen, in denen erwiesenermaßen systematisch gefoltert und vergewaltigt wird, wurden von Europa geplant und finanziert. Die zögerlichen Reaktionen des Westen angesichts der spontanen Demokratisierungsprozesse im arabischen Raum sind daher wenig verwunderlich. Sollten sich dort demokratische Systeme etablieren, wäre die brutale Verfolgung und Ausbeutung der Migrant\_innen, wie sie dort bis heute mit Unterstützung der EU stattfindet, in diesem Maße nicht mehr möglich.

Aber auch hierzulande herrschen keineswegs Freiheit und Gleichheit, sie existieren nur als formelle Prinzipien in den Gesetzbüchern. Die damit verbundenen Rechte gelten zudem längst nicht für alle. Die nationalstaatlichen Grenzregime wurden zwar an die Außengrenzen Europas verlagert. Aber es gibt unzählige Grenzen im Inneren, viele von ihnen unsichtbar, individuell gültig nach sozialer und kultureller Herkunft: Der Landkreis, den ein Flüchtling aufgrund der Residenzpflicht nicht verlassen darf; die Disko, die eine Person aufgrund ihrer Hautfarbe nicht betreten darf; die Bahnfahrt, die Arbeitslose nicht bezahlen können.

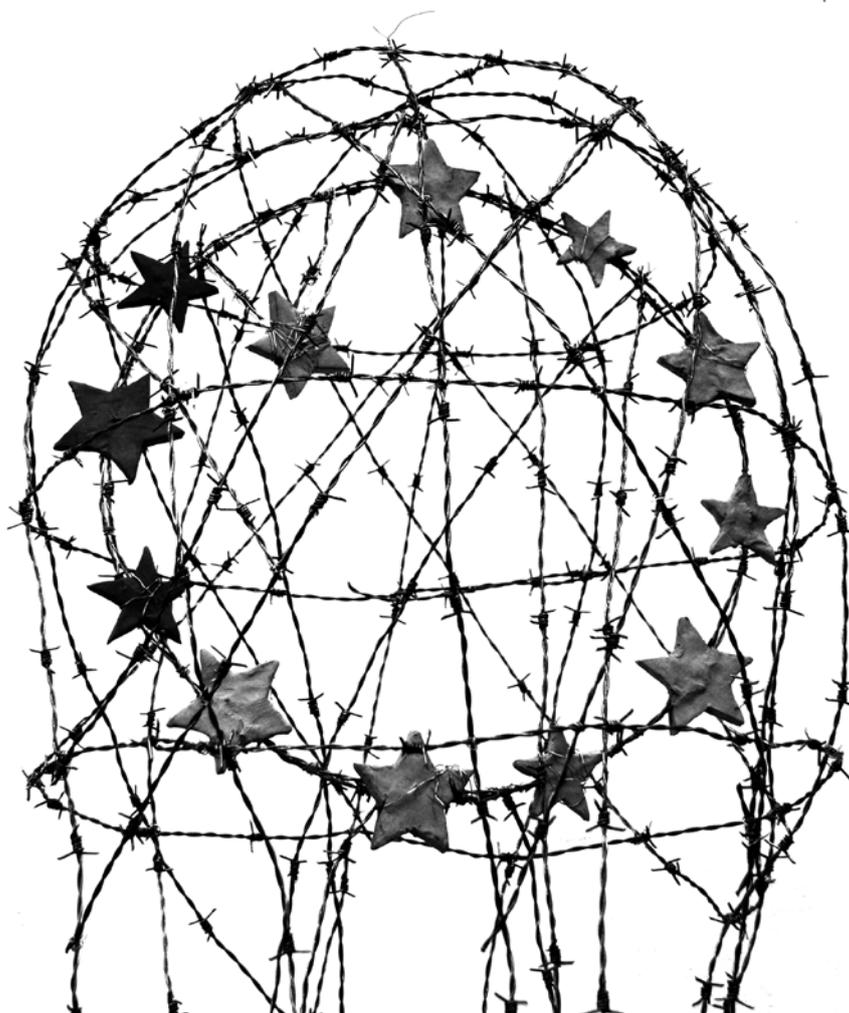
Es geht stets um die Frage, wer dazu gehört und wer nicht. Die Grenzen verlaufen dabei sowohl entlang vermeintlicher kultureller und 'ethnischer' Zuschreibungen als auch sozialer Realitäten. Wer sich nicht integrieren will, ob in die Leitkultur oder die Leistungsgesellschaft, soll raus. Beispielhaft wird dies am Fall Sarrazin: Keine Heizung für Arbeitslose, keine Sozialhilfe für Mütter aus islamischen Regionen. Und Millionen Menschen klatschen Beifall.

Mit Aufklärung allein ist es nicht getan. Dass es weder Rassen noch erbliche sogenannte kulturelle (oder soziale) Eigenschaften gibt, sollte eine weithin bekannte Tatsache sein – dennoch ist Rassismus allgegenwärtig. Der Grund hierfür liegt in der Struktur der gesellschaftlichen Ordnung. Die Leistungsgesellschaft verspricht Freiheit, Gleichheit und dass wer hart arbeite, auch belohnt werde – während die alltäglichen Erfahrungen der Menschen vom Gegenteil geprägt sind. Die Rede von kulturellen Unterschieden erfüllt so eine ganz bestimmte Funktion in kapitalistischen Gesellschaften. Soziale Konflikte werden als 'ethnische' wahrgenommen, nationale und kulturelle Denkmuster verschleiern die schwer durchschaubaren Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse und rechtfertigen sie zugleich. Die Betonung der Zugehörigkeit zum hiesigen nationalen oder kulturellen Kollektiv dient als Anspruchsberechtigung für den stetig schrumpfenden Arbeitsmarkt. Nicht der institutionelle und gesamtgesellschaftliche Rassismus oder die strukturelle Ungleichheit werden als Ursache sozialer Konflikte und schlechter Lebensverhältnisse gesehen, sondern persönliches Fehlverhalten einzelner Menschen, die als 'Integrations-' und/oder 'Leistungsverweigerer' stigmatisiert werden.

Das Wissen über die Zusammenhänge ist kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung, damit wir eine gemeinsame Praxis gegen Rassismus und Ausgrenzung entwickeln. Wir wollen uns vernetzen und austauschen, um gemeinsam zu überlegen, wie Solidarität mit den Flüchtlingen und Ausgegrenzten praktisch und mit dem Kampf um ein besseres Leben verbunden werden kann.

migrationbeats april 2011

Göttingen



# BRD-STAAAT, SEXISMUS UND KULTURALISIERUNG

EIN CHRISTDEMOKRATISCHES MÄRCHEN  
VOM AUFGEKLÄRTEN ABENDLAND



Um es gleich vorweg zu sagen: Sexismus und die Kulturalisierung sozialer Konflikte sind gesellschaftlich verankerte und politisch für diverse Couleur mobilisierungsfähige Ideologien. Trotzdem schärft der Fokus auf christlichen Konservatismus die Analyse, einmal weil er die aktuelle wie historisch langjährige Regierungswirksamkeit des BRD-Staates in den Blick nimmt. Gleichzeitig wirkt er den durchsichtigen Versuchen einer bloß euro-zentristischen Religionskritik entgegen. Religiöse Vereinnahmung des Staates ist nicht nur als ein Problem der Anderen, vornehmlich der Muslim\_innen, zu verhandeln, sondern es muss ebenso die hierzulande „unverzichtbare Rolle bei der Vermittlung der unserem Gemeinwesen zugrunde liegenden Werte“, die „den Christlichen Kirchen“ zugewiesen wird (aktueller Koalitionsvertrag) kritisiert werden. Die C-Parteien unterlaufen damit in wechselnden Koalitionen und Bündnissen offen eine säkulare Struktur des Staates. Nicht nur Migrant\_innen ohne christliche Werteorientierung, auch weiß-deutsche Nicht-Gläubige werden zwangsläufig von der politischen Realität dieser christlich-abendländischen Werteorientierung heimgesucht. Diese Spur wird hier aufgenommen, um die Folgen christdemokratischer Politik und Strukturbildung in der BRD für Frauen und Migrant\_innen greifbar und angreifbar zu machen.

#### **PHASEN VON FAMILIEN/FRAUEN- UND MIGRATIONSPOLITIK**

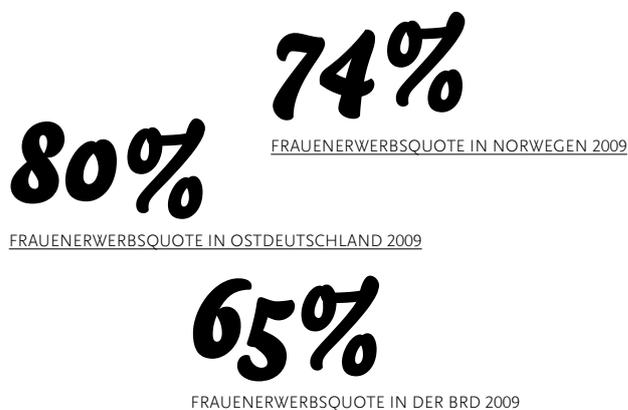
Die Projekte christdemokratischer Politik lassen sich dabei in zwei gegenläufige Bewegungen teilen, in Ausschluss und Integration. Diese Bewegungen waren und sind jeweils zu einem bestimmten Zeitpunkt dominant, finden aber auch gleichzeitig statt.

Es gab eine Zeit der Familienpolitik, in der die Hausfrauen-ehe unhinterfragtes Ideal war. Und bis vor kurzem wurde vehement bestritten, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei und das Faktum einer Immigration in den BRD-Staat politisch einfach nicht ausgesprochen. Historisch haben sich bekanntermaßen beide Vorstellungen überholt. Die Wirtschaft entwickelte eine dauerhafte Nachfrage nach Arbeitskräften im Niedriglohnbereich, die sie gerne mit migrantischen oder weiblichen Erwerbstätigen ausfüllte. Umgekehrt haben migrantische Arbeiter\_innen, war das Leben am neuen Standort eingerichtet, oft keinen Grund gesehen, wieder zu gehen. Hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung von Frauen machte ein allgemein sinkendes Lohnniveau den Nebenverdienst für Mütter zum oft unverzichtbaren Teil der Familieneinkünfte. Die Politik, zumal die C-Parteien, haben zeitlich verzögert auf diese Veränderungen reagiert, letztendlich wurde die Ausschlusspolitik in ihrer Hegemonie immer stärker von Projekten der Integration durchdrungen. Doch betrachten wir die beiden Bewegungen genauer.

Unzweifelhaft waren und sind die Praxen des politischen Ausschlusses gegenüber Migrant\_innen und Frauen sehr verschieden und niemals absolut. So wurde den Frauen in der BRD von Beginn an in der Verfassung die formale politische Gleichberechtigung garantiert, während ihr Zugang zum Arbeitsmarkt zumindest als verheiratete Mütter noch bis zur Familienrechtsreform von 1976 an die Zustimmung des Ehemannes gebunden blieb. Konträr gestaltete sich die Situation für Gastarbeiterinnen, war ihr Aufenthalt in der BRD doch gerade über ihren Nutzen als Erwerbstätige legitimiert. Der Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit und folglich zu politischen Rechten, blieb ihnen und ihren Kindern dagegen bis zur Staatsangehörigkeitsrechtsreform von 1999 fast vollständig verbaut. Nicht zufällig fallen beide Reformwerke in die sozial-liberale und später die rot-grüne Regierungszeit.

#### **FAMILIENPOLITIK, EINE CHRISTDEMOKRATISCHE ERFINDUNG**

Zunächst verdient die christdemokratische Erfindung der Familienpolitik Betrachtung. Denn wie die Aufnahme des Ressorts „Frauen“ in das Bundesministerium für Familie durch die schwarz-gelbe Regierung 1985 zeigt, wird Frauenpolitik von den C-Parteien vornehmlich als Familienpolitik begriffen. Entsprechend sind die Strukturen von Familienförderung grundlegend anders konzipiert, als in sozialdemokratisch oder realsozialistisch geprägten Staaten, wo durch Erwerbsbeteiligung von Frauen deren ökonomische Unabhängigkeit von der Familie gefördert wurde. Erhellend ist der Blick auf die Erwerbstätigenquoten: während in Norwegen 2009 eine Frauenerwerbsquote von 74% bestand, lag diese in der BRD im gleichen Jahr nur bei 65%, geschönt noch hinsichtlich der Situation in Westdeutschland, da die Erwerbsquote ostdeutscher Frauen trotz eines langsamen Rückgangs seit der Wiedervereinigung immer noch bei über 80% liegt.



Doch was meint Familie in christdemokratischer Vorstellung eigentlich? Die BRD-Verfassung schreibt mit dem besonderen Schutz der monogamen Heteroehe und -familie (GG Art. 6) das bevölkerungspolitischen Interesse an der

Ehe als „Keimzelle des Staates“ fest. Familie wird als unpolitischer, staatlichen Zugriffen weitgehend entzogener Privatbereich konstituiert. Folglich werden Eltern mit den materiellen und geistigen Anforderungen des Familienlebens, neben der Erwerbsarbeit, zunächst alleine gelassen. Kinder bleiben währenddessen - soweit nicht nachweislich Opfer physischer Gewalt - unmündige Erziehungsobjekte des jeweiligen Elternwillens. So können auf der öffentlich-gesellschaftlichen Ebene Staat und Kapital ihren Bedarf an Steuerzahler\_innen und Arbeitskräften durch unbezahlte Mühen der familiären (weiblichen) Reproduktionsarbeit bereitstellen lassen.

Wie aber hat christdemokratische Familienpolitik diesen Rahmen gestaltet? Hier lassen sich verschiedene Maßnahmen aufzeigen. Maßgeblicher Einfluss kommt etwa dem berüchtigten Ehegattensplitting im Einkommenssteuerrecht zu. Die Adenauerregierung übernahm es 1951 aus dem Recht des NS-Staates. Wo allerdings die NSDAP unverblümt die Lohnkonkurrentinnen der männlichen Arbeiter ausschalten und Geburtenraten steigern wollte, argumentierte die CDU-Regierung nunmehr mit einer staatlichen Anerkennung der Hausarbeit. Bekanntermaßen verhindert die Regelung bis heute eine ökonomische Eigenständigkeit der geringer verdienenden Partner\_innen. Wer so in der Ehe ökonomisch durchschnittlich die Hosen an hat, darüber lassen die fortbestehenden Lohndifferenzen zwischen den Geschlechtern keinen Zweifel aufkommen. Aber auch die Gründung eines Bundesministeriums für Familie 1953, folgte reaktiven Zielen. Der erste Familienminister, Katholik Wuermeling, fabulierte gar, die gesellschaftliche Spaltung verlief nicht zwischen den Klassen, sondern zwischen kinderarmen und kinderreichen Familien. Ungeniert wurde der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit verleugnet, während man zugleich nach Kräften die übergenerationelle Kontinuität der Klassenreproduktion sicherstellte. Etwa durch Kinderfreibeträge für gut verdienende Steuerzahler, äh Familienväter.

Anstatt anzuerkennen, dass materielle Teilhabe im verfassungsgemäß festgeschriebenen Kapitalismus meist nur durch Erwerbsarbeit realisierbar ist, förderte die Christdemokratie über Jahrzehnte die familiäre Erziehung von Kindern durch ökonomisch abhängige Hausfrauen-Mütter. Dagegen wurde der Aufbau einer bedarfsgerechten Infrastruktur der Kinderbetreuung selbst in der legendären Wachstums- und Babyboom-Phase der frühen 1960er schlichtweg versäumt. Eine gleichstellungspolitische Hypothek, die die heutige Vereinbarungspolitik von Beruf und Familie immer noch abträgt. So werden Frauen oftmals, sei es in der Ehe oder moderner in der Bedarfsgemeinschaft, auf die reproduktive Sphäre des Privaten zurückgeworfen. Einen Ort, wo sie nachweislich öfter als irgendwo sonst zu Opfern von Gewalt und materieller Fremdbestimmung durch männliche Partner werden. Kurz gedacht sind da Maßnahmen wie der „Aktionsplan gegen Gewalt gegen Frauen“ den Familienministerin von der Leyen 2007 vorstellte, mit dem Ziel insbesondere migrantische Frauen und Kinder zu unterstützen. Das Ministerium prangert zwar frauengefährdende traditionelle Männlichkeitsbilder an, drückt sich aber um die Erkenntnis, dass derartige Konflikte, ob in deutschen oder migrantischen Familien, vortrefflich in den Strukturen gedeihen, die der christliche Konservatismus selber aufgestellt hat.

## **MIGRATIONSPOLITIK UND KULTURALISIERUNG**

Als migrationspolitische Initiativen der Christdemokrat\_innen ist in der jungen BRD vor allem die Anwerbung von Gastarbeiter\_innen, zu nennen. Sie verfolgte bekanntlich ökonomische Ziele, nämlich die Einbindung von Arbeitskräften in den Niedriglohnssektor. Hier zeigte sich bereits im Anwerbevertrag mit der Türkei, dass Arbeitsmigrant\_innen aus muslimischen Ländern anders zu behandeln waren als jene aus christlich geprägten Staaten. So war der damalige CDU-Minister für Arbeit und Sozialordnung Theodor Blank angesichts der kulturell-religiösen Unterschiede zunächst gar nicht bereit, auf das Entsendeangebot der Türkei einzugehen. Erst auf Druck der USA kam das Abkommen schließlich mit Sonderauflagen zu Stande, die später auch in entsprechende Verträge mit Marokko und Tunesien aufgenommen wurden. Demnach mussten Einwanderer\_innen aus muslimischen Ländern unverheiratet sein, Familiennachzug wurde zunächst prinzipiell ausgeschlossen und der Aufenthalt grundsätzlich auf zwei Jahre begrenzt. Ungeachtet dieser rigiden Kriterien begann mit Inkrafttreten des deutsch-türkischen Vertrages 1964 die Einwanderung der bis heute zahlenstärksten muslimischen Migrant\_innengruppe in die BRD. Später kamen andere Migrant\_innengruppen, schon in den 1980ern, erst recht aber nach dem Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung stieg die Zahl der Asylsuchenden deutlich an. Allein die Benennung der numerischen Fakten hätte eigentlich dazu führen müssen, die BRD als Einwanderungsland zu bezeichnen. Dies erschien den gewählten Stellvertreter\_innen, der deutschen Staatsangehörigen jedoch lange nicht opportun. Insbesondere das politische Christentum trug und trägt hier kulturalistische Kreuzzüge im Kampf um die erwünschten Kreuzchen auf den Wahlzetteln aus. So wurde die faktische Abschaffung des Asylrechts von den Christdemokrat\_innen bereits 1988 gefordert. Eine gesetzgebende Mehrheit erlangte sie dann 1993 im deutsch-nationalen Taumel des wiedervereinigten Staates, als auch SPD und FDP fürchteten, ihre Stimmen an den „rechten Rand“ zu verlieren. Waren die Christdemokrat\_innen damals politische Vordenker\_innen des strukturellen Rassismus, sahen sie sich später unter Rot-Grün gezwungen diese Politik als „Dagegen-Partei“, sprich als Reformblockierer\_innen fortzusetzen. Anlässlich der rot-grünen Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes, die immerhin das Prinzip Blutsabstammung aufweichte, war der christdemokratische Aufschrei unüberhörbar. Während der Antikommunismus historisch an Erklärungskraft eingebüßt hatte, wurde die anti-muslimische Kulturalisierung hier schon vor dem 11.9.2001 für Christdemokrat\_innen attraktiv. Die Unionsaktivitäten gegen die doppelte Staatsbürgerschaft richtete sich insbesondere gegen türkische Einbürgerungsanwärter\_innen, deren erste Staatsbürgerschaft nach dem türkischen Abstammungsprinzip bei erneuten Einbürgerungen fortbesteht. Schon damals schwang Edmund Stoiber gezielt die Angstkeule des pauschalen Terrorverdachtetes und prognostizierte, mit dem Doppelpass sei die Innere Sicherheit gefährdeter als durch die RAF.

## **INTEGRATION ALS VERHALTENSIMPERATIV**

Mittlerweile stehen aber zumindest für aufenthaltsberechtigter Migrant\_innen die Zeichen auf Integration. Nach langen Widerreden mussten selbst Unionsparteien einräumen,

dass sie in einem „Einwanderungsland“ Politik betreiben. Dabei liegen die gegenwärtigen Zwecke christdemokratischer Migrationspolitik in der volkswirtschaftlichen Nutzenrechnung begründet. Selbst der besondere Schutz von Ehe und Familie muss hinten anstehen, wo Familiennachzügler\_innen der deutschen Sprache nicht mächtig und nur eingeschränkt in Arbeit vermittelbar sind. Das zeigt auch das gerade in Kraft getretene Gesetz gegen Zwangsverheiratung. Wo CDU-Ministerin Böhmer behauptet: „Wir lassen niemanden allein“, sehen sich in die BRD zwangsverheiratete Frauen mit dem Problem konfrontiert, jetzt zwei statt wie bisher drei Jahre auf ein selbstständiges Aufenthaltsrecht warten zu müssen. Wer jedoch umgekehrt die deutsche Schulbildung und Erwerbszurichtung durchlaufen hat, kann sich nun über ein auf zehn Jahre erhöhtes Rückkehrrecht freuen. Schließlich ist Integrationspolitik ist hier vor allem Arbeitsmarktpolitik.

Dass allerdings die BRD-Gesellschaft ihren Reichtum sehr ungleich und bevorzugt an Abstammungsdeutsche verteilt, ist unbestreitbar. So liegt die Armutsquote von Migrant\_innen hierzulande bei 34,3 %, und bei Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund immer noch bei erschreckenden 24,7 %. Die Schuld für dieses Missverhältnis wird von Christdemokrat\_innen einseitig den Migrant\_innen selbst aufgebürdet oder in den multikulturellen Projekten der rot-grünen Regierungsphase verortet. Dabei hat gerade die Schröder-Fischer-Regierung mit Hartz IV ein Disziplinierungsmittel eingeführt, das die ständige Arbeitsverfügbarkeit auch für die überdurchschnittlich betroffene Gruppe der Migrant\_innen verbindlich machte. Der andauernde gesellschaftliche Rassismus als Ursache der Unterschiede in der Reichstumsverteilung wird von den Christdemokrat\_innen, die lieber über „Deutschenfeindlichkeit“ lamentieren, gerne ignoriert. Stilbildend ist die Rede von Ex-Bundespräsident Christian Wulff bei den Einheitsfeierlichkeiten 2010. Er diskreditierte multikulturelle Konzepte, die „das Verharren in Staatshilfe, die Kriminalitätsraten und das Machogehabe, die Bildungs- und Leistungsverweigerung“ unter Migrant\_innen bestärkt hätten. Zugleich formuliert Wulff einen integrationspolitischen Verhaltensimperativ, nämlich: Spracherwerb, Erwerbsarbeit, Verfassungstreue und Antixtremismus. Gegenüber muslimischen Einwanderer\_innen bringt Familien- und Extremismus-Expertin Kristina Schröder das kulturimperialistisch auf den Punkt und fordert einen „deutschen Islam.“ Das heißt: Migrant\_innen die eine muslimische Identität haben, oder denen eine solche plump kulturalistisch unterstellt wird, sehen sich ständig dem Verdacht ausgesetzt, Sozialkassen zu schröpfen und prinzipiell verfassungsfeindlich und sexistisch zu sein. Was dann erst durch einen verfassungsgeläuterten deutsch-muslimischen Glauben zu überwinden wäre. Hier wird eine untertänige Staatsloyalität erwartet gegenüber einem Staat, der seinen christlichen Kirchen zahlreiche Sonderrechte einräumt. Etwa als größter Arbeitgeber-Lohnrücker des Standorts, der auch die persönlichen Lebensverhältnisse seiner Angestellten nach christlichen Maßgaben sanktioniert. Verfassungstreue, von den Muslim\_innen stets eingefordert, wird obskuren christlichen Gruppierungen kaum abverlangt. So durften die Evangelikalen, protegirt durch von der Leyen, ihre sexistischen Ideologien beim Christival 2008 in Bremen mit staatlicher Förderung verbreiten. Hier

rückt das „EU-Abendland“ zusammen. Wir leben in einem Staaten-Bund, der Schulkindern den Anblick eines nackten, gemarterten „Gottessohnes“ am Kreuz zumutet, während Bündnismitglieder die Anwesenheit verschleierter Frauen in der Öffentlichkeit verbieten lassen. Hier bauen sich auch christdemokratische Akteur\_innen dann gerne zum Erfüllungsgehilfen einer feministischen Gleichstellungspolitik auf.

# 24%

ARMUTSQUOTE BEI MIGRANTEN IN DER BRD

# 34,3%

ARMUTSQUOTE BEI „MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND“ IN DER BRD

Was zeigt nun der kulturalistische Diskurs über die geschlechtsspezifischen Verhältnisse der eigenen Gesellschaft? Offenkundig sollen deutsche Frauen (und Männer) mit der Beschreibung von Muslim\_innen als Negativbeispiele eine positive Identifikation mit der eigenen Kultur, Nation und dem angeblich auf einmal deutschen Wert der Gleichberechtigung aufbauen. Sexistische Diskriminierung wird so als Problem der Anderen, besonders der Muslim\_innen markiert, um vom Sexismus der eigenen Politik und Gesellschaft abzulenken, während informell fortbestehende männliche Privilegien großzügig übersehen werden. Tatsächlich, dass belegt dieser Artikel, kollidiert dieser stumpf-abendländische Rekurs frontal mit den strukturellen und materiellen Zumutungen, denen Frauen sich gerade im christdemokratisch geprägten Staat verstärkt ausgesetzt sehen.

# WE LIKE NO WKR!

## EINE AUSWERTUNG VON ...UMSGANZE! ZUR NOWKR-DEMO

Vor ungefähr einem Jahr startete das kommunistische ...umsGanze!-Bündnis unter dem Titel „Vielen Dank für die Blumen - Gegen Integration und Ausgrenzung“ eine Kampagne gegen Sozialchauvinismus und Rassismus. Dabei entstand die Idee, vor dem Hintergrund der Konjunktur reaktionärer Ideologien in Europa und der damit verbundenen Hetze, die nach dem Motto: Schuld an der Misere ist nicht das kapitalistische System, sondern sind „die Anderen“, die „Sozialschmarotzer“ und „Integrationsverweigerer“, funktioniert, ein deutliches Zeichen zu setzen (Stichworte: Thilo Sarrazin-Debatte/ Wahlerfolge der FPÖ - Freiheitliche Partei Österreichs, die mit rechtspopulistischen bis neonazistischen Elementen deutlich über 20 Prozent der Stimmen erhält/ „Pleitegriechen“ usw.). Im Rahmen dieser Kampagne wurde sich auf eine linksradikale Mobilisierung gegen den jährlich stattfindenden reaktionären Ball des Wiener Korporationsrings (WKR-Ball) geeinigt. Dieser Burschenschaftlerball stellt ein europaweites Treffen von Rechtspopulist\_innen bis Neonazis dar: So gaben sich unter anderem Heinz-Christian Strache (FPÖ), Marine Le Pen (Front National) sowie Mitglieder von Vlaams Belang und den Schwedendemokraten am Jahrestag der Auschwitz-Befreiung die Klinke in die Hand. Eröffnet wurde der Ball in der Wiener Hofburg – dem österreichischen Äquivalent zum Schloss Bellevue – vom dritten Nationalratspräsidenten Martin Graf (FPÖ). Dass ein Staatsoberhaupt Österreichs die Rechte Europas am Jahrestag der Auschwitz-Befreiung zum Tanz einlädt („European right wings celebrate on holocaust day“ fasste das CBS-News kurz und bündig zusammen), ist symbolisch für ein Land, in dem rassistische und antisemitische Vorstellungen weit verbreitet sind und ein ausgeprägter Geschichtsrevisionsismus (Österreich als erstes Opfer des nationalsozialistischen Deutschlands) bis heute vorhanden ist. All dies trifft in Österreich auf eine schon immer relativ schwache Linke; was auch die Bezeichnung der 1968er Bewegung als „heiße Viertelstunde“ (Frankfurter Rundschau) verdeutlicht.

### INHALTLICHE STOSSRICHTUNG

In der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg tritt deutlicher zu Tage was zuvor schon der Fall war: der kapitalistische Normalbetrieb und reaktionäre Ideologien gehen Hand in Hand.

Der Ton wird rauer und die Weltmarktkonkurrenz schärfer. Der kapitalistische Reichtum wird universell produziert, aber immer noch privat und national angeeignet. Deshalb gilt die erste Sorge auf der stürmischen See des Weltmarktes dem „eigenen“ Boot und Standort. Dann wird es zur nationalen Tugend, „den Gürtel enger zu schnallen“, um auf dem Weltmarkt zu bestehen; den „Verlierer\_innen“ wird noch hinterher gerufen: „Selbst Schuld, verkauft doch eure Inseln!“ oder auch „Das Boot ist voll“ – und Platz ist nur noch für hochqualifizierte Matros\_innen!“ Sozialchauvinismus und Rassismus sind Fixpunkte einer ideologischen Rationalisierung, um nicht für die Schulden der in der allgemeinen Konkurrenz untergegangenen aufkommen zu müssen. Vor diesem Hintergrund ist der Erfolg reaktionärer Einstellungen zu erklären, der sich durch den von Parteien wie z.B. der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) artikuliert. In diesen kalten Zeiten wird es kuschelig warm im nationalen Interesse. Dabei wird gerne übersehen, dass sich am Ende des Tages doch immer wieder die Frage stellt, wer im gemeinsamen Boot rudern muss, und wer nicht. In diesem Sinne war unsere Mobilisierung gegen den WKR-Ball in Wien ein Versuch, die reaktionären Interpretationen der Krise ins Visier der Kritik zu nehmen - einer Kritik, die Staat, Nation und Kapital endlich auf den „Müllhaufen der Geschichte“ befördern will.

### VORFELD

...umsGanze! beteiligte sich an Aktionen gegen den Ball mit einer eigenen Mobilisierung: unter anderem mit einem Mobi-Video, zahlreichen Infoveranstaltungen, Pressearbeit und mehreren Bussen (Bremen/Hannover, Frankfurt (Main) und Berlin), um möglichst vielen Menschen zur Teilnahme an den Gegenprotesten zu verhelfen. Diese Bemühungen wurden auch von den Medien anerkannt: „Für die lange Reise - die er verschief - hätten die





Organisatoren des kommunistischen ‚Ums Ganze‘-Bündnisses 25 Euro verlangt. „So günstig kommt man nicht einmal mit Ryan-Air wohin.“ (Die Presse) Das österreichische Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) warnte daraufhin schon mal vor den „Demo-Touristen“ aus Deutschland und der „heißesten Veranstaltung der vergangenen Jahre“ (Die Presse). Auch wenn die Mobilisierung aus Deutschland einen Erfolg darstellt, bleibt jedoch festzuhalten, dass es vor der Mobilisierung gegen den Naziaufmarsch in Dresden und dem aktuellen Skandal um die rassistischen Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) nicht möglich war, den WKR-Ball zum hot topic zu machen.

Anders in Österreich: Der WKR-Ball war landesweit das Thema. Dass der Ball in Österreich mittlerweile ein solches hot topic geworden ist lässt sich durch die link(sradikale)n Kampagnen der letzten vier Jahre, die kontinuierlich von autonomer Seite geführt wurden, erklären. Die Medien berichteten schon im Vorfeld ausführlich über den WKR-Ball und die bevorstehenden Proteste. So gelang es immer wieder, linksradikale Positionen einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln. In vielen wichtigen landesweiten Zeitungen (z.B. Der Standard, Die Presse) wurde die antinationale Mobilisierung thematisiert und auch die Internetseite von ...umsGanze! wurde direkt verlinkt. Dies ist umso bemerkenswerter, da es neben der gemeinsamen Mobilisierung von »antifanet« und ...umsGanze! noch weitere Initiativen gegen den Ball gab: ein zivilgesellschaftliches Bündnis (Jetzt Zeichen setzen) sowie ein anderes linkes Bündnis (Offensive gegen Rechts). Zum ersten Mal regte sich gegen den WKR-Ball ein solch breit organisierter Protest. Dies ist wiederum ein ganz klarer Erfolg der autonomen, linken Arbeit der letzten Jahre, die es endlich schaffte, den reaktionären rechten Ball aus seiner öffentlichen Grabesruhe zu hieven.

Dies zeigt deutlich, wie wichtig es für eine linksradikale Bewegung ist, sich zu organisieren – und dies kontinuierlich. Für ...umsGanze! zeigte sich, dass eine antinationale Organisation mit Kontinuität und Struktur es ermöglicht, den Wirkungsgrad der eigenen Inhalte und Politik insgesamt zu erhöhen und an vergangene Erfolge anzuknüpfen, und dies für zukünftige Projekte zu nutzen.

#### **DER TAG**

Die Stimmungsmache des Verfassungsschutzes im Vorfeld (siehe Berichte Die Presse, Kurier) zeigte Wirkung: Ein Bus aus Frankfurt/Main wurde von einem martialischen Polizeiaufgebot bei Salzburg gestoppt und mehrere

„Was geht? Die Grenzen des politischen Protests“ titelt die zittyBerlin in ihrer Ausgabe 15 vom 29.07.2011 und bildet das Banksy-Bild im Original ab, das Grundlage für das Kampagnen-Motiv der „Vielen Dank für die Blumen“-Kampagne von ...umsGanze war.





Stunden lang aufgehallen. Der komplette Bus wurde durchsucht - wie auch alle Reisenden, die sich einer Identitätsfeststellung unterziehen mussten. Ebenso gab es einige Hinweise darauf, dass die noWKR-Demo - wie in den letzten Jahren - verboten werden sollte.

Aufgrund der Konzentration auf möglicherweise notwendige Alternativpläne war die Demonstration zu Beginn work in progress. Dennoch: 1.800 Antifaschist\_innen beteiligten sich an der noWKR-Demo - somit stellt diese den größten linksradikalen Protest in Wien seit Jahren dar. Dies ist definitiv ein immenser Erfolg. Der Demonstrationzug hatte einen kämpferischen Charakter, was auch das Interesse der Medien deutlich anzog. „Dicht zusammengedrängt und versteckt hinter Spruchbändern warfen sie Knall- und Leuchtkörper. Die Showeffekte waren dabei größer als das Gefahrenpotenzial für die zahlreichen Schaulustigen, die dem Spektakel auf Wiens größter Einkaufsstraße - teils in Sicherheitsabstand, teils leicht amüsiert - beiwohnten. Es schien fast so, als ob der berühmte Schwarze Block aus Deutschland die Öffentlichkeit förmlich suchte. Bereitwillig posierten die Vermummten für fast 100 akkreditierte Journalisten, Fotografen und Kameraleute, entrollten Plakate [...]“. (Die Presse) In Wien hat offensichtlich das Konzept des Black Blocks schon aus Gründen der Öffentlichkeitsarbeit Sinn gemacht. Die Medienberichte waren sehr ausführlich und breit gestreut: neben allen österreichweiten Zeitungen gab es einige Berichte in internationalen Medien wie Tagesschau, Spiegel online, L'Express, CBS News, BBC, Washington Post, Tagesschau, Spiegel online etc.

Die noWKR-Demo zog mit „Kommunismus - Schalalala“-Rufen und einem Großaufgebot an Pyrotechnik auf dem Heldenplatz ein - direkt vor der Hofburg, in der die Burschis und ihre Fans feierten. Dort fand auch die Kundgebung des zivilgesellschaftlichen Bündnisses statt, die die Demonstrierenden mit beachtlicher Aufmerksamkeit und Applaus empfingen. Auf der Abschlusskundgebung am Heldenplatz waren bis zu 10.000 Menschen - die mit Abstand größte Manifestation gegen der WKR-Ball bisher. Ab ca. 21:00 Uhr versuchten verschiedene Gruppen die Zufahrten zur Wiener Hofburg zu blockieren. Dies gelang an einigen Stellen sehr erfolgreich, weshalb der Ball erst mit einer Stunde Verspätung beginnen konnte. Viele Ballbesucher\_innen konnten diesen nur mehr unter Polizeischutz erreichen. Währenddessen zerstreuten sich einige Gruppen in der Innenstadt, und es kam immer wieder zum Austausch von handfesten Argumenten - teilweise in unmittelbarer Nähe einer zunehmend „überforderten Polizei“ (Die Presse). Nebenbei sei noch erwähnt, dass am Tag vor dem Ball die Webseite des Wiener Korporationsrings (WKR) gehackt und mit salutierendem Pony, Fahne und Hymne der UdSSR geschmückt wurde.

All das war für FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache Anlass genug, um ernsthaft zu behaupten, die Ballgäste seien „die neuen Juden von heute“. Dass eine solche Aussage, für die „jeder deutsche Politiker zurücktreten müsste“ (ORF), in Österreich zum normalen Ton der FPÖ - einer der größten Parteien des Landes - gehört, zeigt wie weit die völkische Version von Vergangenheitsbewältigung, Nationalismus und Antisemitismus in der österreichischen Gesellschaft noch verbreitet ist.

### **RESÜMEE**

Die diesjährige noWKR-Demonstration war die erste größere Aktion von »...umsGanze!« in Österreich - und ein großer Erfolg. Es gelang, eine der erfolgreichsten linksradikalen Mobilisierungen der letzten Jahre in bzw. nach Österreich zu starten. Das große Medienecho hat uns positiv überrascht. Dadurch war es mögliche antinationale Positionen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, und den Organisationsansatz von ...umsGanze! vorzustellen. Von so viel Aufmerksamkeit kann ...umsGanze! in Deutschland zur Zeit leider nur träumen. Es ist allerdings auch fraglich, inwiefern antinationale Positionen durch kleine Statements in den Medien klar gemacht werden können. Wir denken aber, dass wir immerhin das Interesse bei einigen wecken konnten, und die bestehenden Strukturen in Wien mit diesem Erfolg an die vorangegangenen anknüpfen und weiter aufbauen können. Die Proteste gegen den WKR-Ball haben insgesamt zu einer Verschiebung der gesellschaftlichen Stimmung beigetragen. Unabgegolten aber bleibt unsere Kritik: denn das Problem ist nicht, dass der WKR-Ball in der Wiener Hofburg stattfindet oder dass dieser dem Standort Österreich in der Welt schadet. Unsere Kritik richtet sich nach wie vor gegen den alltäglichen Skandal namens Kapitalismus - und somit gegen gesellschaftliche Verhältnisse, die Sozialchauvinismus und Nationalismus wie auch Rassismus und Antisemitismus hervorbringen, und für viele Menschen leider immer wieder aufs Neue plausibel erscheinen lassen.

Wir bedanken uns bei allen, die die noWKR-Demo unterstützt und ermöglicht haben, und ganz besonders bei unserer Bündnis-Gruppe autonome antifa [w]. Sollte der reaktionäre WKR-Ball nächstes Jahr noch immer nicht auf dem „Müllhaufen der Geschichte“ angekommen sein, werden wir gerne wieder deutlich machen: We don't feel like dancing!

### **HOCH DIE ANTINATIONALE SOLIDARITÄT!**

# DER KLÜGERE GIBT NICHT NACH

ÜBERLEGUNGEN ZU DEN VERSUCHEN  
EINER ANTIFASCHISTISCHEN PRAXIS  
JENSEITS VON KULTURELLEM RASSISMUS UND  
RELIGIÖSEM FUNDAMENTALISMUS. PLÄDOYER  
FÜR EIN LINKES DAZWISCHENGEHEN.



Antifa Teheran“ gegen die deutschen Unterstützer\_innen des iranischen Regimes, Proteste gegen die rassistischen Veranstaltungen von Thilo Sarrazin und anderen Rechtspopulist\_innen, die Verhinderung des Antiislamkongresses 2008 in Köln, Störaktionen gegen den erklärten Fundamentalisten Pierre Vogel, Veranstaltungen gegen die faschistischen Grauen Wölfe, Demos gegen reaktionäre Ideologien, und und und – in den letzten Jahren hat die antifaschistische Linke bundesweit mit einer Reihe von Aktionen versucht, eine Perspektive gegen kulturellen Rassismus und religiösen Fundamentalismus zu entwickeln und auch praktisch stark zu machen. Da wir denken, dass eine Intervention in dieses Spannungsfeld angesichts der sich zuspitzenden Krise des Kapitalismus, die reaktionären Ideologien und Identitätsangeboten insgesamt in die Hände spielt, in naher Zukunft noch wichtiger werden wird, wollen wir im Folgenden einige dieser Versuche zur Diskussion stellen. Nicht zuletzt, weil wir viele der bisherigen linken Ansätze zu diesem Problem nach wie vor, diplomatisch formuliert, ein wenig unzureichend finden.

### **GEFANGEN IN DER WELT DER GEGENSÄTZE...**

Seltsam genug: Die inzwischen offensichtlich chronische Krise des Kapitalismus verdeutlicht bisher vor allem eine Krise der Linken. Da überzeugende Konzepte und eine antikapitalistische Strategie zu fehlen scheinen, haben zumindest in großen Teilen der EU bisher nicht ein emanzipatorischer Antikapitalismus, sondern verschiedene reaktionäre Ideologien und Identitätsangebote Konjunktur. Doch selbst gegen diese gelingt es der Linken nur selten, eine klare antifaschistische Position zu artikulieren. Stattdessen dominieren häufig sehr holzschnittartige Versionen der gesellschaftlichen Realität, bei denen – frei nach dem Motto: was nicht passt, wird passend gemacht – die jeweils störenden Anteile einfach ausgeblendet werden. Das führt immer wieder zu bemerkenswerten Bündnissen. So demonstrieren Trotzki\_innen aus der Linkspartei schon mal zusammen mit ausgewiesenen religiösen Fundamentalist\_innen gegen „Islamophobie“. Während dessen verstehen etwa linke exiliranische Gruppen nicht, wieso es eigentlich problematisch sein soll, mit rechtspopulistischen Bewegungen wie „Pax Europa“ und „Die Freiheit“ gegen den „Islamfaschismus“ auf die Straße zu gehen. Und antideutsche bzw. antiimperialistische Gruppen aus dem (post-)autonomen Spektrum versuchen immer wieder Rassismus gegen Antisemitismus auszuspielen – und umgekehrt. Hier protestiert man am Al-Quds-Tag mit Israel- und USA-Fahnen „gegen Antisemitismus“, dort mit Unterstützer\_innen des iranischen Regimes „gegen Rassismus“.

Auf den ersten Blick kann dieser Zustand irritieren. Doch bei genauerem Hinsehen wird deutlich, dass die Unfähigkeit, eine eigenständige linke Position zu formulieren und praktisch zu vermitteln, das Ergebnis unverdauter historischer Erfahrungen, vor allem des Wegbrechens des „revolutionären Subjektes“

und somit auch eines eindeutigen Identifikations- und Bezugspunktes, ist. An die Stelle von Arbeiterklasse und Sowjetunion scheinen dabei heute wahlweise die „westlichen Demokratien“ in den USA und ihren Verbündeten oder die vermeintlich antiimperialistischen, mehrheitlich autoritären Staaten und Bewegungen der früheren Weltmarktperipherie getreten zu sein. Das meint keine Gleichsetzung. Doch so unterschiedlich die Gegenstände dieser projektiven Solidarisierung heute jeweils sind, so ähnlich und historisch tradiert ist doch innerhalb der Linken die gemeinsame Denkbewegung einer ideologischen Widerspruchsvereinigung. Deren ideeller Mehrwert ist auch aktuell wieder die Entlastung von der mühsamen Aufgabe, selbst einen sozialrevolutionären Standpunkt entwickeln und organisieren zu müssen. Das ist um so problematischer, als diese unverarbeitete Geschichte sich heute mit einer Situation trifft, der mit den traditionellen Strategien linker Politik aus dem 20. Jahrhundert ganz sicher nicht mehr beizukommen ist.

### **... MIT IDENTITÄREN STRATEGIEN UND DER DUMMHIT DER TAKTIKER**

Zwar ist allgemein bekannt, dass sowohl die vom ewigen SPD-Mitglied Thilo Sarrazin öffentlichkeitswirksam artikulierte, rassistische Umdeutung gesellschaftlicher Konflikte in kulturelle Probleme, als auch die religiös-fundamentalistische Vorstellung einer autoritären Befriedung der Gesellschaft rein gar nichts mit einem linken Anspruch zu tun haben. Hier wie dort werden soziale, also potenziell immer veränderbare Verhältnisse und Verhaltensweisen mit irrationalen Letztbegründungen („abendländische Kultur!“, „Allah u akbar!“) festgeschrieben und für unveränderbar erklärt. Soziale Befreiung ist so bestimmt nicht zu machen. Das weiß man zwar eigentlich auch beim Zentralrat der Ex-Muslime oder dem traditionalistischen Teil der Linkspartei, entscheidend scheint hüben wie drüben allerdings allzu oft der Vorrang der Taktik gegenüber der Analyse zu sein. Im Gewand eines angeblich strategisch besonders versierten Antifaschismus feiert so die traditionsmarxistische Idee des Hauptwiderspruchs fröhlich ihre Auferstehung. Anscheinend überfordert von der Komplexität der heutigen Zustände wird nach dem einen Hauptfeind gesucht, hinter dem die Auseinandersetzung mit anderen reaktionären politischen Strömungen nun leider zurück stehen müsse. Die Ungleichzeitigkeit sozialer Realitäten in der Einwanderungsgesellschaft, die wesentlich ein Ergebnis der spätkapitalistischen Zerklüftung der Gesellschaft, d.h. vor allem einer gesellschaftlichen Ordnung ist, die bestimmte Bevölkerungsgruppen, wie Arbeitslose und Migrant\_innen, immer öfter von wichtigen materiellen und symbolischen Ressourcen ausschließt, wird so ignoriert. Dass in der sächsischen Provinz oder auch in Dortmund Neonazis sicherlich eine ganz andere Bedrohung darstellen, als in Köln-Kalk oder im Frankfurter Gallusviertel, während dort (und eben nicht nur in den berühmten „migrantischen Communities“) gleichzeitig Graue Wölfe und/oder religiöse Fundamentalist\_innen inzwischen durchaus politischen Einfluss

[1] <http://antifateheran.blogspot.de/>

[2] <http://de.indymedia.org/2011/03/302871.shtml>

[3] <http://www.fastforwardhannover.net/textarchiv/auswertung-zum-antiislamisierungskongress>

[4] <http://de.indymedia.org/2011/04/305375.shtml?c=on#e711716>

[5] <http://de.indymedia.org/2011/01/298412.shtml>

[6] Vgl. zu diesem Modus linker Politik auch unseren Text zur Friedensbewegung: [http://antifa-frankfurt.org/innerlinke\\_Diskussion/sieben\\_stichpunkte.html](http://antifa-frankfurt.org/innerlinke_Diskussion/sieben_stichpunkte.html) und gegen die Akzeptanz des islamischen Fundamentalismus in der Linken: [http://frankfurt.umsganze.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=276:gegen-linke-bewusstlosigkeit&catid=29:the-cms&Itemid=210](http://frankfurt.umsganze.de/index.php?option=com_content&view=article&id=276:gegen-linke-bewusstlosigkeit&catid=29:the-cms&Itemid=210)

ausüben, kann nicht sehen, wer dieser orthodoxen Form von Volksfrontstrategie den Vorrang vor einer kritischen Analyse einräumt. Doch wie sich die Bedrohung durch Nazis nicht allein an ihren Wahlergebnissen, sondern auch an ihrer Präsenz auf der Straße ablesen lässt, so ist es ebenfalls problematisch, wenn z.B. ultra-konservative islamische Verbände, wie in NRW, mit der Begründung der „Religionsfreiheit“ inzwischen wesentlichen Einfluss auf die Ausgestaltung des islamischen Religionsunterrichtes bekommen.

Wer eine eigenständige emanzipatorische Position der einmal für wahr befundenen Strategie unterordnet, muss sich dementsprechend in ideologischen Verrenkungen ergehen. Beispielhaft dafür steht etwa der ehemalige Kreisvorsitzende der Linkspartei Frankfurt, Volkhardt Mosler, der die Entscheidung seiner Partei beim Auftritt des Fundamentalisten Pierre Vogel in Frankfurt zwar gegen die NPD, aber explizit nicht ge-

Der weit verbreitete Unwille eine eigenständige emanzipatorische Position zu formulieren verweist wieder auf das grundsätzliche Problem: Die Unfähigkeit, eine linke Perspektive heute positiv, also unabhängig von mobilisierungstechnischen Erwägungen und strategisch passenden Feindbildern, bestimmen zu können. Daher rührt wohl auch die Notwendigkeit sich ständig einem imaginären großen Bruder (Mosler: „Die unterdrückten Vorstadtmassen“, Antideutsche: „Die westlichen Demokratien“) an die Brust werfen zu müssen. Dabei zeigt aktuell doch schon ein Blick in die Zeitung, dass dieses Strategie vielleicht zu einem guten Gefühl, aber sicherlich zu keiner emanzipatorischen Perspektive führt. If worst comes to worst:

### AUSGRENZUNG VS. UNTERDRÜCKUNG?

Ein eigener linker Standpunkt tut also Not. Gleichwohl kann der nicht einfach dabei stehen bleiben, sich abstrakt gegen kulturellen Rassismus und religiösen Fundamentalismus zu positionieren. Vielmehr geht es darum diese Ideologien in ihrer jeweiligen Eigendynamik, ihrem historischen und gesellschaftlichen Kontext sowie ihrer Wechselwirkung zu verstehen, um sie bekämpfen zu können.

Kultureller Rassismus und religiöser Fundamentalismus verneinen beide die Mach- und Veränderbarkeit von Geschichte in dem sie die Individuen vorgestellten und vermeintlich widerspruchsfreien Gemeinschaften („dem“ Islam, „der“ abendländischen Kultur) unterordnen, und was nicht rein passt ausgrenzen. Insofern scheinen sich beide auf den ersten Blick ziemlich ähnlich zu sein. Auch sind beide reaktionäre Identitätsangebote, die im gnadenlosen „Alle gegen Alle“ der kapitalistischen Konkurrenz einen Halt und die Mitgliedschaft in einer treusorgenden Gemeinschaft versprechen. Dabei sind sie, entgegen ihrer Selbststilisierung, in ihrer konkreten historischen Gestalt eben keine traditionellen Produkte einer kulturellen bzw. religiösen Gemeinschaft, sondern politische Krisenlösungen, die erst mit viel Aufwand konstruiert werden müssen. Kultur und Religion sind schließlich immer Produkte gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Kultureller Rassismus und religiöser Fundamentalismus spielen sich zudem gegenseitig immer wieder die Bälle zu: Sie knüpfen jeweils an bestehende Achsen gesellschaftlicher Ungleichheit (Ethnie, Geschlecht) an und entwickeln entlang dieser Spaltungslinien ihr reaktionäres Programm. Auch für die Ineinsetzung von Islam und Islamismus, die die kulturrassistischen Rechten von PI NEWS und Co. betreiben (und die sich z.B. an der absurden Behauptung, dass es schlichtweg keine liberalen Muslim\_innen geben könne, zeigt), müssten sich Leute wie Pierre Vogel und andere Salafisten eigentlich bedanken, bestätigt das doch ziemlich genau ihre eigenen Interpretationen, wenn auch unter anderen Vorzeichen. Zudem können christliche Fundamentalist\_innen der Rolle der Religion in islamisch-fundamentalistischen Diktaturen einiges abgewinnen – abgesehen davon, dass es natürlich gerade die falsche Religion ist. Und zu guter Letzt ist das Erstarken beider Ideologien auch eine Reaktion auf bestimmte historische Veränderung des Kapitalismus, wie z.B. die nachlassende Integrationskraft der Nationalstaaten.

An der Art und Weise dieser Reaktion lässt sich gleichzeitig aber auch der entscheidende Unterschied beider Ideologien zeigen. Denn beide reagieren mit einer jeweils spezifischen ideologischen Modernisierung und in einem bestimmten historischen



gen die religiösen Fundamentalist\_innen zu demonstrieren, mit der bemerkenswerten Einschätzung begründete, dass es schlichtweg „keinen schwarzen Rassismus“ gebe und es sich beim islamischen Fundamentalismus gewissermaßen nur um eine negative Variante der Black Panther handele. Ähnlich die Oldenburger Autonomen-Zeitung „Alhambra“, die uns Rassismus vorwirft, weil sie anscheinend jede Thematisierung des islamischen Fundamentalismus für rassistisch hält – und damit auf knappe Art und Weise ihren eigenen Multikulturassismus, in dem die Opfer und Ausgeschlossenen der Gesellschaft erstens immer schon fest stehen und zweites die Guten sein müssen, zum Ausdruck bringt. Same place, different shit: Antideutsche Gruppen versuchten beim genannten Auftritt von Pierre Vogel gegen die Fundamentalisten zu demonstrieren, in dem sie mit USA- und Israel-Fahnen aufliefen, da diese symbolisch für das Recht auf individuelle Freiheit stehen würden. Als hätte man vom menschenverachtenden Normalbetrieb der realexistierenden „westlichen Demokratien“ gegenüber Flüchtlingen (etwa an der US-mexikanischen Grenze), den systematischen Menschenrechtsverletzungen im „Krieg gegen den Terror“, den Rüstungsexporten an Diktaturen wie Saudi-Arabien und Iran, usw. usf. noch nie etwas gehört und sich zudem vom Anspruch, überhaupt noch irgendwen mit seinen „Interventionen“ zu erreichen, ohnehin verabschiedet.

Umfeld. Die nachlassende Integrationskraft der westlichen Nationalstaaten im globalen Kapitalismus, die nicht zuletzt in der technischen Rationalisierung und dem entsprechenden Abbau der klassischen Vollzeitbeitsplätze in der Industrie wurzelt, beantwortet der Rechtspopulismus mit einer Modernisierung des Rassismus. Diese basiert nicht mehr auf der traditionellen Vorstellung der NPD-Nazis, die von einer Bestimmung der Menschen durch „ihr Blut“ ausgehen. Stattdessen flexibilisiert der kulturelle Rassismus diese Vorstellung deutlich in dem er nun auf „die Kultur“ abhebt. So kann er durch die Verschiebung seines Focus vom (biologischen) „Sein“ zum (angeblich kulturell determinierten) „Wollen“ seine wesentliche Funktion, die Legitimation der sozialen Ausgrenzung, erfüllen und zugleich in Zeiten einer globalen Vernetzung der Wertschöpfungsketten gesellschaftlich attraktiv bleiben. Die Zugangskriterien zum nationalen Kollektiv werden flexibilisiert, um rassistische Ausgrenzung insgesamt zu zementieren. Dass es inzwischen auch „Nicht-Weiße“ beim Front National und iranische Migrant\_innen bei „Der Freiheit“ gibt, ist ein Ausdruck davon. So aktualisiert und legitimiert der kulturelle Rassismus den klassischen Wunsch des nationalen Staatsbürgerkollektivs, vom Staat in den Verwerfungen der Standortkonkurrenz für die eigene Loyalität und Disziplin doch bitte schön (und auch nach dem Ende des Kolonialismus) weiterhin bevorzugt behandelt zu werden. Der Zwang, bestimmte Gruppen von Migrant\_innen als „kulturell fremdartig“ zu stigmatisieren, speist sich dabei aus dem Problem, dass deren Bedürfnisse nach sozialer Sicherheit, rechtlicher Teilhabe etc. den eigenen in Wirklichkeit ziemlich ähnlich sind. Wo der zu verteilende Kuchen kleiner wird, erscheint das als gefährliche Konkurrenz. Wie wenig ernst es auch diesen Rassist\_innen mit ihren angeblichen „westlichen Werten“ von „Demokratie“ und „Meinungsfreiheit“ tatsächlich ist, haben sie erst wieder bewiesen, als ihnen zu den Aufständen gegen die Diktaturen in Nordafrika nur ihre eigene Angst vor „Migrantenströmen“ und „Instabilität“ einfiel.

Dagegen ist der Aufstieg des islamischen Fundamentalismus zwar auch eine reaktionäre politische Reaktion auf die Krise der nachholenden Entwicklung der Nationalstaaten der bisherigen Weltmarktperipherie, bzw. insbesondere auf die systematische Verweigerung der Teilhabe für MigrantInnen in den westlichen Staaten. Da er aber in der Regel eher aus einer Position formuliert wird in der es ohnehin wenig zu verlieren gibt, tritt er (vor allem in den sogenannten westlichen Gesellschaften) gleich mit einem postnationalstaatlichen, aber zugleich totalitären Versprechen an. An die Stelle des Nationalstaates soll ein weltweites islamisches Kalifat ohne Rassismus und Nationalismus treten, dessen innerer Zusammenhalt durch eine autoritäre Unterordnung des gesamten gesellschaftlichen Lebens unter religiöse Dogmen erkaufte wird. Dabei gibt sich der religiöse Fundamentalismus – entgegen der, wie bei allen großen Religionen, von Konflikten, Spaltungen und Auslegungstreits geprägten Kulturgeschichte der islamischen Religion als einzig wahrer Vertreter des Glaubens aus. Trotz des orientalistischen Stammtischgeredes über „Tausend und eine Nacht“ hat die heutige Attraktivität dieses reaktionäre Versprechen des islamischen Fundamentalismus wenig mit überlieferten, kulturellen Traditionen oder „dem“ Koran, und viel mehr mit der historischen Ungleichzeitigkeit der kapitalistischen Durchdringung der Welt, also vor allem der Geschichte des Kolonialismus und der aktuellen Form des globalen Kapitalismus zu tun. Dessen gnadenlose Produktivitätskonkurrenz bietet erst

die Bedingung für das Scheitern nachholenden Entwicklung vieler (arabischer) Staaten und stellt insofern auch die Grundlage des religiösen Fundamentalismus als einer reaktionären Globalisierungsbewegung dar. Das zeigt sich insbesondere daran, dass insgesamt die Bedeutung der Religion in den meisten moslemisch geprägten Staaten, noch vor 30 Jahren viel geringer war. In Kabul gab es Anfang der 1970er Jahre z.B. kaum Frauen, die überhaupt ein Kopftuch trugen.

Die religiös-fundamentalistische Vorstellung einer Weltgesellschaft unter islamischer Vorherrschaft erscheint dabei auf gewisse Art und Weise „moderner“ als ihr kulturhistorisches Gegenüber. Das dürfte ein Grund dafür sein, dass viele traditionelle Linke ihn immer noch als fehlgeleitete Form des Internationalismus, gewissermaßen einen „Internationalismus der dummen Kerls“ missverstehen. Sie sind noch zu sehr in den politischen Koordinaten des nationalstaatlich verfassten Kapitalismus des letzten Jahrhunderts gefangen und assoziieren reaktionäre Ideologien allein mit Ausgrenzung. Die Perspektive einer totalitären, unterdrückerischen Inklusion, die man mit einigem Recht wohl als das eigentliche Versprechen des religiösen Fundamentalismus verstehen könnte, kann so gar nicht begriffen werden. Dass der Islamismus im Iran und in Saudi-Arabien zugleich eine enge Verzahnung mit nationalstaatlichen Apparaten eingegangen ist und dementsprechend häufig auch für partikuläre geostrategische Manöver funktionalisiert wird, zeigt dabei nur seine Selbstwidersprüchlichkeit auf: Gesellschaftliche Versöhnung kann auch er zwar behaupten, aber eben nicht wirklich herstellen. Daher schwankt der religiöse Fundamentalismus an der Macht ständig zwischen der Funktionalisierung seines Heilsversprechens für nationale Interessenpolitik und seinem eigenen globalen Herrschaftsanspruch. Phänomene wie die homegrown Terrorists von Al-Quaida in Saudi-Arabien und die häufigen, geostrategisch gesehen eher kontraproduktiven Ausfälle der Mullahs im Iran sind Ausdrücke dieses ideologischen Dilemmas.

### **VORSCHLÄGE FÜR DIE ANTIFASCHISTISCHE PRAXIS**

Was heißt das alles nun für eine antifaschistische Praxis gegen kulturellen Rassismus und religiösem Fundamentalismus in Europa? Vier Stichpunkte damit in Zukunft nichts mehr schief geht.

- **AUF ALLEN EBENEN.** Jeder politischen Auseinandersetzung sollte eine inhaltliche Analyse voraus gehen. Nicht besonders originell, denn erst von da aus kann vernünftig bestimmt werden, in welcher Situation welche Strategie Sinn macht. Für die Auseinandersetzung mit kulturellem Rassismus und religiösem Fundamentalismus heißt das aber, dass die antifaschistische Linke sich schon die Mühe machen sollte eine eigenständige Position zu formulieren und sich gegen alle reaktionären Ideologien zu positionieren – auch wenn die sich (teilweise) feindlich gegenüber stehen. Wer sich diesen Aufwand nicht macht, stärkt – ob gewollt oder nicht – nur allzu oft die jeweils andere reaktionäre Bewegung. Und die Wahl zwischen Pest und Cholera ist keine emanzipatorische Option. Zentral ist es daher gegen die Ideologie vom „Kampf der Kulturen“ den politischen Gehalt der jeweiligen Bewegungen heraus zu arbeiten und deutlich zu machen, dass die vermeintlich kulturellen Unterschiede auf soziale und also veränderbare Verhältnisse und Verhal-

[7] Vgl. <http://marx21.de/content/view/full/1494/32/> Mal abgesehen davon, dass es – siehe die Massaker in Südsudan und Darfur oder auch die faschistischen Grauen Wölfe – selbstverständlich auch „schwarzen Rassismus“ gibt, hilft es nicht weiter Rassismus als allgemeinen Negativbegriff zu nutzen. Die Vielfalt reaktionärer Ideologien wird so unkritischer. Mehr dazu unten. Zu dieser Vielfalt siehe auch die, trotz der fatalen Verwendung des Extremismusbegriffes, lesenswerte Broschüre der GEW: [http://o89-gegen-rechts.de/o89/material/detail-seite/article/broschuere\\_rechtsextremismus\\_in\\_der\\_einwanderungsgesellschaft.html](http://o89-gegen-rechts.de/o89/material/detail-seite/article/broschuere_rechtsextremismus_in_der_einwanderungsgesellschaft.html)

[8] vgl. Alhambra Januar 2011

[9] Wie aufwendig und gleichzeitig ideologisch prekär dieses Projekt stets ist, zeigt sich auch daran, dass sich religiöse Fundamentalisten und Kulturassistenten aller Couleur immer wieder gegenseitig ihre todsicheren Belege aus Bibel, Koran oder Thora um die Ohren hauen, um zu beweisen, dass diese oder jene Religion an sich nun mal so oder so sei.

[10] Siehe zur Frage des Rechtspopulismus auch den Aufruf von Umsganze gegen den „Antislawkongress“ in Köln 2008: <http://umsganze.org/historie/2008-koln-antiislam/15-08-08-koln-paradise-now-fur-den-kommunismus/>

[11] Das gilt zum Großteil auch für den christlichen Fundamentalismus der Evangelikalen in Nord- und Südamerika, in Afrika, sowie auch den Hindufundamentalismus in Südostasien.

[12] In Anlehnung an August Bebel's (SPD) falsche Vorstellung, dass der Antisemitismus nur „ein Antikapitalismus der dummen Kerls“, also ein Missverständnis, sei.

[13] In Zeiten der Sarrazindebatte ist die Rede vom Islamismus, z.B. auf einer Demo in der Offenbacher Fußgängerzone, ziemlich missverständlich. Daher schlagen wir in der politischen Praxis die Verwendung des Begriffs des religiösen Fundamentalismus vor, da dieser eher das Gemeinsame reaktionärer Bewegungen betont und so für Kulturassistenten und Fundamentalisten aller Seiten schwerer zu vereinnahmen ist.

[14] Das zeigt sich übrigens schon an dem Phänomen, dass beispielsweise zentrale Kader der Salafisten hierzulande inzwischen, wie Pierre Vogel oder Sven Lau, waschechte Biodeutsche sind.

[15] Vgl. dazu unsere Grundlagenbroschüre: Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit, Umsganze 2009

[16] Zur Kritik des staatlichen Integrationskurses siehe den Aufruf des Umsganze-Bündnis „Gegen Integration und Ausgrenzung“: <http://umsganze.org/historie/2011-vdfdb/>

tensweisen zurück zu führen sind. Mit anderen Worten: „Freiheit ist nicht westlich oder östlich“ (Antifa Teheran/ Köln). In diesem Sinne sollte die Analyse des gesellschaftlichen Kontextes auch Einfluss auf die eigene politische Strategie und Ausdrucksweisen haben. Das fängt häufig schon bei scheinbaren Kleinigkeiten an. Ziel sollte dabei immer eine erkennbar linke Position sein.

- **GLEICHE RECHTE FÜR ALLE.** Eine Auseinandersetzung mit dem islamischen Fundamentalismus kann dabei insbesondere in den westlichen Staaten, die durch die Jahrhunderte ihres Kolonialismus, institutionellen Rassismus, die anhaltende Dominanz der christlichen Kirchen und die systematische Entrechtung migrantischer Menschen (Residenzpflicht, Arbeitsrecht, Wahlrecht, Sozialrecht, Einwanderungsrecht, etc.) geprägt sind nur emanzipatorisch sein, wenn sie auf explizit antirassistischer Grundlage stattfindet. Mit der CDU zusammen gegen den islamischen Fundamentalismus zu demonstrieren ist nicht nur absurd, weil es – siehe deren Verständnis für christlichen Fundamentalismus und den Papst – ungläubig ist, sondern stärkt auch automatisch kulturellen wie institutionellen Rassismus. Jede politische Auseinandersetzung mit dem Islamismus in Deutschland setzt insofern eine klare Positionierung für gleiche Rechte für alle Menschen voraus. Ganz abgesehen davon, dass die Law and Order-Vorstellung, man könnte eine reaktionäre Bewegung durch Abschiebungen schwächen, ohnehin unsinnig ist. Wer Hassprediger abschiebt, will sich ja gerade nicht politisch mit ihnen auseinandersetzen. Zwar ist klar, dass kein Staat in der Lage ist, der Forderung nach gleichen Rechten wirklich nach zu kommen – würde er damit doch seine eigene Geschäftsgrundlage auf dem kapitalistischen Weltmarkt untergraben. Angesichts des aktuellen gesellschaftlichen Diskurses markiert das Ziel „gleiche Rechte für alle“ als Richtungsforderung gleichwohl einen notwendigen, antirassistischen Mindestkonsens für eine gemeinsame fortschrittliche Praxis, der zudem allen nur bürgerlichen DemokratInnen schnell und sehr praktisch ihre eigene Widersprüchlichkeit vor Augen führen kann.

- **KEINE RELIGION IST EINE LÖSUNG.** Zu Recht hat die antifaschistische Linke in den diversen Streits um den Bau von Moscheen gegen den rassistischen Mob daher immer wieder darauf hingewiesen, dass Religionsfreiheit für alle gelten muss. Ein wenig zu kurz ist dabei jedoch häufig die eigene linke Perspektive gekommen, dass Religionsfreiheit vor allen Dingen Freiheit von der Religion meint. Warum eigentlich, soll es ausgerechnet Aufgabe der Linken zu sein eine weitere Ausbreitung der Religion im Alltag und insofern auch allgemeine Kulturalisierung zu flankieren?! Gerade in Zeiten einer weitgehenden sozialer Ausgrenzung vieler „überflüssiger“ Menschen auch hierzulande, sollte es eher ein Ziel für die Linke sein, die schon bestehende Verfilzung von Religion und Staat zu kritisieren und für eine nachhaltige Säkularisierung einzutreten. Daraus lassen sich sogar ganz realpolitische Forderungen ableiten. Gegen die Ideologie des staatlichen Integrationszwang, dem der konservative Islam als ordnungspolitisches Instrument mitunter durchaus sympathisch ist, wie einschlägige Äußerungen auch christlich-konservativer Politiker belegen, wäre deutlich zu machen: Es gibt kein Islam- sondern ein Partizipations- und Demokratieproblem in diesem Land. Konkret hieße das u.a.: Weg mit der Kirchensteuer! Weg mit jedem

bekennnisorientierten Religionsunterricht! Teilhabe- statt Islamkonferenzen! Geld für soziale Projekte statt für religiöse Strukturen!

- **ALL TOGETHER NOW.** Die Auseinandersetzung um Moscheebauten in Frankfurt, Köln und Berlin, wie auch die Sarrazindebatte haben neben vielen anderen Punkten gezeigt, dass die antifaschistische Linke in Deutschland daran krankt, dass ihre AktivistInnen allzu oft nur aus derselben sozialen Klassenlage (Mittelschicht, Akademikerhintergrund, Biodeutsch) kommen. Gerade die Auseinandersetzung mit kulturellem Rassismus wie auch religiösem Fundamentalismus birgt sowohl die Chance als auch die Notwendigkeit darüber hinaus zugehen. Bündnisse mit linken migrantischen Gruppen oder – besser noch – ernsthafte Versuche endlich den „MigrantInnenanteil“ und die soziale Durchlässigkeit in der eigene „Szene“ zu erhöhen wären vielleicht erste Schritte in diese Richtung.

### **DIE PROBE AUFS EXEMPEL: EINE ANDERE INTERVENTION IST MÖGLICH**

Unsere praktischen Erfahrungen der letzten drei Jahre haben, so glauben wir, gezeigt, dass eine emanzipatorische Intervention in das Spannungsfeld von kulturellem Rassismus und religiösem Fundamentalismus im Sinne des bisher skizzierten möglich ist. Ein praktisches Beispiel dafür können die Antifa-Aktionen gegen den bereits erwähnten Auftritt von Pierre Vogel in Frankfurt im April 2011 sein. Zwar zog er zu seiner Rede mitten in der Frankfurter Innenstadt über 1500 ZuhörerInnen an – während zugleich einige Nazis und Rechtspopulisten versuchten die Gegenkundgebung zu dominieren. Allein: Es gelang ihnen – auch dank der handfesten Intervention engagierter AntifaschistInnen – nicht. Die Neonazis wurden verscheucht und auch die Rechtspopulisten von „der Freiheit“ mussten ihr Transparent wieder einrollen und überstürzt den Heimweg antreten.

Natürlich ist eine Situation in der eine politische Auseinandersetzung an vielen Fronten gleichzeitig abläuft unübersichtlich und ungewohnt. Aber zum ersten Mal wurden die FundamentalistInnen von Vogels Verein „Einladung zum Paradies“ überhaupt mit einer emanzipatorischen Kritik konfrontiert, die sie nicht einfach als rassistische Ausgrenzung abtun konnten. Entgegen der Wahrnehmung eines Teils der Frankfurter Linkspartei kam die Botschaft der Antifas, die mit Parolen wie „Kein Gott! Kein Staat! Kein Vaterland! Wir nehmen unser Leben selber in die Hand!“, „Gegen Rassismus und Fundamentalismus - es gibt ein Leben vor dem Tod!“ und „Weg mit der Kirchensteuer!“ aufwarteten, bei vielen der ZuhörerInnen durchaus rüber – und wurde teilweise mit wütenden Tiraden der salafistischen Ordner gegen die „Scheiß Kommunisten“ und „verdammten Juden“ quittiert. Und manchmal lässt sich Erfolg ja doch daran messen, ob die richtigen Leute verärgert sind. In diesem Sinne war es, wie auch ein Blick auf die Kommentare und Auswertungen der rassistischen Rechten zeigen, sicherlich eine gelungene Aktion. Oder um das Schlusswort ausnahmsweise mal der Frankfurter NPD, die am Tag danach ein recht quengeliges Resümee zog, zu überlassen: „Für jeden anständigen Deutschen waren die Szenen, die sich gestern Abend am Frankfurter Rossmarkt abspielten, ein Schock (...) Die volkstreuere Gruppierungen gingen vereinzelt in der Masse linker Deutschenhasser unter.“

## AUSZUG:

## VON KULTUR ZU KULTURALISIERUNG

Menschen mit Migrationshintergrund sind also zahlreichen Verunglimpfungen ausgesetzt, die sich vielfach auf ihre vorgestellte Kultur beziehen.

Dieser Form kultureller Stereotypisierung liegt ein bestimmter Kulturbegriff zu Grunde: Einerseits wird Kultur als Gegensatz zur Natur gesehen. Keineswegs würden sich KulturalistInnen als

(biologistische) RassistInnen sehen. Gleichzeitig wird Kultur als statisch und nicht durch die Einzelnen veränderbar gedacht. Sie ist homogen und gilt für alle Mitglieder eines vorgestellten „Kulturkreises“. Diese „Kulturkreise“ sind klar definier- und voneinander abgrenzbar. Teilweise werden sie als unvereinbar wahrgenommen, so beispielsweise bei radikalen VertreterInnen der These

vom „Kampf der Kulturen“. Dabei ist der Kulturbegriff jedoch dynamisch genug, um die rassistischen Grundlagen von In- und Exklusion zu verschleiern. Für die Zuschreibung kultureller Stereotype und Rassismen verwenden wir den Begriff „Kulturalisierung“ statt des allgemein gebräuchlichen „Kulturalismus“, um den prozesshaften-temporalen Gehalt dieser diskursiven Praxis hervorzuheben.



Den vollständigen Artikel lesen:

[redical.org/images/redical Times Juli 2011.pdf](http://redical.org/images/redical%20Times%20Juli%202011.pdf)



Ein Vortrag zum selben Thema hören:

[redical.org/media/audio/hörbuchalternative](http://redical.org/media/audio/hörbuchalternative)

## UNDER CONSTRUCTION

## HOW TO BUILD A CULTURE

Der essentialistische Kulturbegriff hat seine Wurzeln im Entstehungsprozess des europäischen Nationalismus im 19. Jahrhunderts. In Abgrenzung zu den Nationalismen der jeweils anderen Staaten wurde einer Nation eine gemeinsame Kultur unterstellt. Die Kolonialisierung durch die europäischen Mächte und die Auseinandersetzung mit der Sklaverei in den USA führten zu einer Definition von minderwertigen und primitiven Kulturen. Der Begriff entstand also keineswegs aus grundlagenwissenschaftlichem Erkenntnisinteresse, sondern muss als Reaktion auf neue Gegebenheiten verstanden werden. Kultur diene sowohl als Selbstversicherung nach Innen im Sinne eines nationalen Selbstbewusstseins gegenüber anderen europäischen Staaten und gegenüber den Kolonisierten, als auch der Optimierung der Ausbeutungsverwaltung von vermeintlich „minderentwickelten“ Kulturen. Im Sinne einer „white mans burden“ (Bürde des Weißen Mannes) sah man sich sogar in der Pflicht, aus der eigenen Überlegenheit heraus die Kolonisierten zu erziehen und ihnen Zucht und Ordnung im

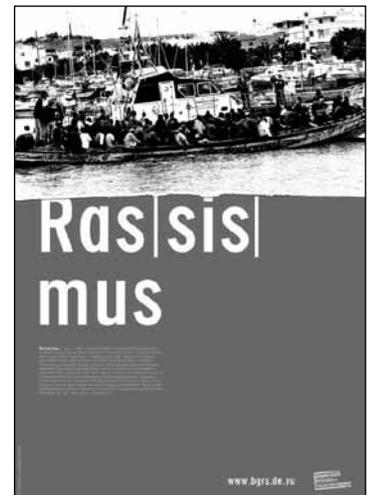
Rahmen einer Zivilisierung beizubringen, die „richtige“ Kultur eben. Sie können jedoch niemals endgültig zu Angehörigen der „höherwertigen Kultur“ werden, sondern werden immer „Kopien“ bleiben, weil ihre eigene Kultur in ihnen verhaftet bleibt. Der innere Zusammenhang kann ihnen nicht verständlich werden.

Diese essentialistische Sichtweise von Kultur gilt zwar in der modernen Ethno- und Kulturwissenschaft als überholt. Dennoch wurde in der Öffentlichkeit nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und damit dem Ende der Systemkonkurrenz 1993 massenhaft Samuel Huntingtons These vom Kampf der Kulturen stark rezipiert. Die alte Einteilung in gute KapitalistInnen und böse KommunistInnen war passé, der Kapitalismus hatte gesiegt, doch Friede wollte nicht einkehren. Huntington behauptete, ein überhistorisches Wesensmerkmal kollektiver Zugehörigkeit sei die Kultur. Nach dem „Ende der Geschichte“ (Fukuyama) würden die Konfliktlinien dann nicht mehr zwischen den USA und ihren Verbündeten und der Sowjetunion,

sondern zwischen „dem Westen“ und den anderen „Kulturkreisen“ verlaufen. In Anlehnung an den Geschichtsphilosophen Oswald Spengler, der mit der „konservativen Revolution“ Vordenker für die Nazis wurde, fürchtete er den Untergang des Abendlandes. Er sah die Hegemonie des Westens durch Dekadenz und Verfall „westlicher Werte“ in Gefahr. Einzige Möglichkeit sei eine stringente Durchsetzung westlicher Werte und Normen durch starke Sicherheits- und Ordnungspolitik. Obwohl es natürlich unterschiedliche, mit den verschiedenen angeblichen Kulturkreisen verbundene Bedrohungen gibt (man denke beispielsweise an die Angst vor einer Übernahme des Weltmarkts durch China, die von Huntington auch besonders hervorgehoben wurde), kristallisiert sich der postulierte Gegensatz zwischen islamischer Welt und Westen als besonders konfliktgeladen und kulturell stereotypisiert heraus. Deshalb, und weil im Moment besonders muslimische Menschen in Europa mit kultureller Stigmatisierung zu kämpfen haben, fokussieren wir uns hier besonders auf dieses Phänomen.



**Rechts|popu|lismus [lat.] m; -:** Modernisierte Politikform von Teilen der extremen Rechten. Basiert auf Konstruktionen einer vermeintlich »christlich-abendländischen Wertegemeinschaft« und »Nationalismus. Bietet autoritäre, vordergründig einfache Lösungen für zunehmende Krisen des »Kapitalismus, indem soziale Konflikte als Kulturkampf umgedeutet werden (>Untergang des Abendlandes«, »Überfremdung Europas«). R. wirbt mit Law-and-Order-Politik. Verspricht Zugehörigkeit zu einer privilegierten Gemeinschaft per Ausgrenzung von Menschen als »Kriminelle« und »Sozialschmarotzer« (> Sozialchauvinismus), und über rassistische Feindbilder insbesondere gegen Muslime, aber auch gegen Sinti und Roma. Methodisch arbeitet R. mit Dramatisierung und inszeniert sich als Tabubrecher. Ein Hauptbetätigungsfeld ist das Internet. Gemeinhin werden Parteien wie PRO DEUTSCHLAND und DIE FREIHEIT als rechtspopulistisch bezeichnet. Ähnliche Positionen werden aber auch in etablierten bürgerlichen Parteien vertreten.



**Ras|sis|mus [it.-fr.] m; -men:** Soziales Verhältnis. Gesellschaftliche (rechtliche, soziale) Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen aufgrund zugeschriebener oder hergestellter Unterschiede. Schaffung eines »Wir« gegen »die Anderen«. Betroffene werden gemeinsame, unveränderliche Eigenschaften unterstellt (Abstammung, Herkunft, Glaube), und als Ursachen gesellschaftlicher Probleme angelastet. Rassistische Herabsetzung unter eine politisch und wirtschaftlich dominante Mehrheitsgesellschaft stützt zugleich deren positive Selbstzuschreibung (> nationale Identität), als Rechtfertigung und Verteidigung eigener Privilegien. Unterschiedliche, teils gegensätzliche Begründungen rassistischer Ausgrenzung (»Rasse«, Kultur) haben insofern die gleiche ideologische Funktion. Rassistischer Anpassungsdruck spaltet Betroffene, und unterwirft sie Ansprüchen wirtschaftlicher Verwertbarkeit.

Vgl. > Integration, > Kapitalismus.

# MYTHOS ODER REALITÄT? ANTINATIONALE POLITIK IN GRIECHENLAND ZU ZEITEN DER KRISE

GRIECHENLAND STECKT IN DER KRISE, STAATSBANKROTT DROHT, DIE MENSCHEN GEHEN AUF DIE STRASSE. WIE SIEHT DIE AKTUELLE POLITISCHE SITUATION AUS? GIBT ES EMANZIPATORISCHE ANSÄTZE IN DEN PROTESTEN, AN DENEN SICH MENSCH ANSCHLIESSEN KANN?

Die ökonomische Krise in Griechenland taucht zwei Jahre nach ihrem Ausbruch weiterhin mit hoher Frequenz in den deutschen Medien auf. Bisher konnte mensch über die „faulen Griechen“ lesen, die nicht wirklich arbeiten wollten, aber auch über die Sparpolitik der griechischen Regierung und ihr wiederholtes Versagen bei dem Versuch, die Schuldenberge abzubauen. Die Berichte werden natürlich mit Fotos von brennenden Barrikaden und fliegenden Molotow-Cocktails geschmückt - Horrorbilder für die bürgerliche Gesellschaft und gleichzeitig begehrter Desktop-Hintergrund für die hiesigen Linken.

In Griechenland selbst herrscht momentan eine einmahlige Situation, in der der ohnehin bereits mickrige Sozialstaat massiv abgebaut, direkte und indirekte Steuern ständig erhöht und bis vor wenigen Jahren undenkbar Maßnahmen - wie die Möglichkeit Beamten\_innen zu entlassen - relativ problemlos durchgeführt werden. Gleichzeitig gibt es einen direkten staatlichen Angriff auch in Bereichen, die auf den ersten Blick vielleicht unabhängig von der Finanzpolitik erscheinen, wie z.B. die weitere Einschränkung des universitären Asyls.<sup>1</sup>

Die Erklärungen für die Ursachen der Krise variieren innerhalb der Bevölkerung sehr stark. Oft wird die Krise lediglich als Problem „von außen“ wahrgenommen, dabei wird hauptsächlich Deutschland und seine „Machtgier“ verantwortlich gemacht. Die Politik der BRD erscheint dann als direkte Fortsetzung des NS mit anderen Mitteln. Andere übernehmen wiederum das hier bekannte Zerrbild des „der Südländer\_in, die über seine Verhältnisse gelebt hat, und propagieren voller christlich-orthodoxer Reue einen Neustart durch die Krise.

Insgesamt zeichnet sich eine klare Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse nach rechts ab. Ein eindeutiges Indiz dafür ist die rechtspopulistische Partei LAOS („Orthodoxer Volksalarm“), die seit 2007 im Parlament sitzt. Nach einem leichten Abschleifen ihres ultrarechten Randes gelang ihr sogar die Beteiligung an der aktuellen Regierung der „nationalen Verantwortung“, an der zusätzlich die zwei großen griechischen Volksparteien (die sozialdemokratische PASOK und die konservative Nea Dimokratia) teilnehmen. Die Formierung einer solchen nationalen Koalition mit größtmöglicher

Mehrheit im Parlament, die für die griechische Politik fast einmalig ist, war in den letzten Monaten mehrmals von der EU als unabdingbare Voraussetzung für den weiteren Kreditfluss gefordert worden.

Die griechische Linke scheint ihrerseits weder den Sparmaßnahmen noch dem Rechtsruck etwas entgegenzusetzen zu können. Die stalinistisch-nationalistische Kommunistische Partei KKE hat den Ausstieg aus der EU sowie die „Befreiung des griechischen Volks von den Monopolen“ als oberstes Ziel. Ihre Straßenpolitik besteht entweder aus pseudomilitanten Aktionen in Absprache mit der Polizei oder sogar in der direkten Übernahme polizeilicher Aufgaben, wie der Schutz des griechischen Parlaments durch ihre „Spezialeinheiten“ im letzten Generalstreik im Oktober 2011 zeigte.<sup>2</sup> Die zweite große linke Partei ist SYRIZA, eine Art griechisches Äquivalent zur Linkspartei. Zentrales Merkmal sind hier reformistische Forderungen, kombiniert mit radikaler Rhetorik - Naomi Klein mit hoch dosiertem, linkem Populismus.

Links von der Linken gibt es in Griechenland bekanntermaßen das anarchistisch/ antiautoritäre Spektrum, das sich zwar durch gesunde Staatsfeindlichkeit, aber auch zahlreiche politische Verkürzungen auszeichnet. Motive des – von ihnen fast fanatisch bekämpften - Marxismus-Leninismus, wie z.B. Antiimperialismus oder Personifizierung gesellschaftlicher Verhältnisse, werden meist unverändert übernommen, militante Politik verfällt oft in illusorische Kriegserklärungen gegen die Sicherheitskräfte.

Die sog. Aganaktismenoi (griechisch: „die Empörten“) erreichten ihren Höhepunkt im Sommer 2011, als sie sich jeden Sonntag massenhaft an großen Plätzen Griechenlands versammelten, um gegen die „korrupten Politiker“ zu demonstrieren. Sie stellten ein Amalgam aus allen möglichen politischen Spektren dar; von Anarchist\_innen, die endlich einen richtigen Kontakt zum Volk herstellen zu können glaubten, und anderen Linken, bis zu unpolitisierten Menschen und sogar Nazis. Das Meer griechischer Nationalfahnen sowie die offene Duldung von Nazis waren ein klares Zeichen dafür, dass die Empörten sich zum größten Teil als von ihrem Vaterland ignorierte oder verratene Kinder fühlten, die über die Betonung ihrer nationalen Identität die Wiederaufnahme ins Staatskollektiv forderten.

Das Gemeinsame aller o.g. Strömungen ist der mehr oder weniger positive Bezug auf das griechische Volk. Das mag besonders bei den Anarchist\_innen überraschen, die sich die Gegnerschaft zu Grundkategorien kapitalistischer Vergesellschaftung wie Nation und Staat auf ihre schwarzen Fahnen schreiben, gehört aber gleicher zur Tradition mangelnder Ideologiekritik der griechischen Linken. In diesem Kontext werden z.B. rassistische Ausbrüche „einfacher Menschen“ als Verblendung entschuldigt, da Ideologie als reine Manipulation „durch die Bonzen“ interpretiert wird.

Ein kleiner Wandel in der Beziehung der griechischen Linken zu ihrem Volk begann nach dem Pogrom im September 2004, bei dem albanische Migrant\_innen landesweit angegriffen und sogar umgebracht wurden. Dieses Pogrom kam natürlich nicht aus heiterem Himmel, es war der Höhepunkt der nationalen Mobilisierung nach der Olympiade 2004 in Athen, in deren Rahmen der Großteil der griechischen Bevölkerung als „direkte Abkömmlinge Aristoteles“ noch stolzer wurde. Antifaschismus war bis zu der Zeit ein uraltes Wort, verbunden mit dem zweiten Weltkrieg und dem damaligen Widerstand gegen die Deutschen. Natürlich gab es Auseinandersetzungen der Anarchist\_innen mit Nazis, sie blieben aber angesichts der kleinen Zahl organisierter Nazis eher ein seltener Genuss im Kampfleben der griechischen Genoss\_innen. Das, was mensch heute als griechische Antifa kennt, begann sich damals aus Teilen des anarchistisch/ antiautoritären Spektrums zu formieren.

Zentral in diesem Prozess war die Demonstration im Herbst 2006 in Amarynthos, einem Dorf in der Nähe von Athen, nachdem dort eine junge Migrantin von mehreren griechischen Mitschülern vergewaltigt worden war. Die Schulleitung bestrafte sowohl die Täter als auch das Opfer mit einem Schulverweis (!), die örtliche Bevölkerung solidarisierte sich eindeutig mit „ihren Jungs“, die stigmatisierte Schülerin musste samt Familie das Dorf verlassen. Die Demonstration, an der sich mehrere antifaschistische Gruppen beteiligten, thematisierte den Täterschutz durch die Einwohner\_innen und wurde von der „friedlichen“ Dorfgemeinschaft zügig und massiv angegriffen. Das Skandalöse daran war jedoch die anschließende Entsolidarisierung seitens der restlichen radikalen Linken. Mensch darf nicht einfach die Leute im eigenen Dorf beschimpfen, so die Argumentation.

Bis heute stellen die antinationalen Gruppen in Griechenland eine Minderheit des anarchistisch/antiautoritären Spektrums dar. In den aktuellen Protesten gegen die Sparmaßnahmen konzentrieren sie sich eher auf die regressiven und nationalistischen Tendenzen, im Gegensatz zur übrigen Linken, die ständig aufständische Volksmassen prophezeit. Eine Analyse ums Ganze müsste aber sowohl die wohlverdiente Kritik der Proteste als auch den Versuch, eigene Akzente zu setzen, beinhalten.

Die Veranstaltungen in Köln, Berlin, Frankfurt und Thessaloniki mit UG-Gruppen und GenossInnen aus Griechenland (Terminal 119) und Frankreich (Tiqun) waren ein erster Schritt im Rahmen der Vernetzung und des gegenseitigen Austausches zwischen antinationalen Gruppen aus verschiedenen Ländern. Die Weiterentwicklung von Formen politischer Kollektivität, die die nationalen Spaltungslinien zuverlässig überbrücken, ist das Ziel.

Maria Bakuminomarxopoulidou



[1] Das universitäre Asyl gilt an allen griechischen Hochschulen und verbietet der Polizei den Zugang zu akademischen Einrichtungen. Einzige Ausnahme ist, wenn einen entsprechenden einstimmigen Beschluss gibt, den ein Kollegialorgan fällen muss. Als Konsequenz der am 17. November 1973 erfolgten blutigen Niederschlagung studentischer Proteste gegen die damalige Militärdiktatur (1967-1974) gilt das verfassungsmäßig verankerte akademische Asyl politisch als „heilige Kuh“.

[2] Ein weiteres Betätigungsfeld der KKE ist der oft nicht mal als Antizionismus verkleidete Antisemitismus. Ein Beispiel hierfür ist die öffentliche Schändung des Holocaust-Mahnmals 2006 in Thessaloniki ([www.terminal119.gr/show.php?id=477](http://www.terminal119.gr/show.php?id=477)) Leider ist der Antisemitismus aber kein Alleinstellungsmerkmal der KKE, sondern weit verbreitet in der griechischen Linken.

## M31-AUFRUF

# IT'S NOT ENOUGH TO BE ANGRY! FIGHT CAPITALISM 100%

Ein Untoter geht um in Europa – der Untote Neoliberalismus. Mit Ausbruch der Banken- und Finanzkrise schien diese Form des Kapitalismus erledigt. Protestbewegungen, bürgerliches Feuilleton, ja selbst liberale und konservative Wirtschaftsideologen beklagten plötzlich massive Fehlentwicklungen und „Exzesse des Marktes“.

**D**och: die geforderte Kurskorrektur blieb aus. Der Neoliberalismus lebt auf eigentümliche Art und Weise fort. Er ist irgendwie nicht totzukriegen.

## **MIT VOLLDAMPF WEITER RICHTUNG ABGRUND**

Angesichts des Zusammenbruchs der autoritären staatssozialistischen Regime schien das neoliberale Programm lange alternativlos. Privatisierung, Liberalisierung, Flexibilisierung, Deregulierung – diese Kampf Begriffe galten bis zum Crash 2007/08 als gesellschaftliche Allheilmittel. Heute will niemand mehr mit ihnen in Verbindung gebracht werden. Der Glaube, ein „freier Markt“ bzw. eine liberalisierte „soziale Marktwirtschaft“ könnte noch „Wohlstand für alle“ (Erhard) garantieren, ist dahin. Der untote Neoliberalismus macht kein glänzendes Zukunftsversprechen mehr, seinen Horizont schmücken keine „blühenden Landschaften“ (Kohl).

Doch wer hoffte, die Blamage des Neoliberalismus münde in eine generelle Kritik kapitalistischer Verwertung und Ausbeutung, wurde enttäuscht. Der Kapitalismus und seine Ideologien erwiesen sich einmal mehr als enorm wandlungsfähig. Die gigantische Aufblähung der globalen Finanzmärkte über die vergangenen Jahrzehnte wurde und wird nicht als Ausdruck einer strukturellen Krise des Weltkapitalismus entziffert. Verantwortlich für die riesigen Kredit- und Schuldenpyramiden, für ihre Instabilität und ihren Crash seien der Profitwahn

raffgieriger Manager und die Maßlosigkeit staatlicher „Defizitsünder“. Solche schrillen moralistischen Deutungen überblenden selbst naheliegende sozialpolitische Überlegungen: Ob nicht etwa faktischer Lohnverzicht und die steuerliche Begünstigung höherer Einkommen zur Verschärfung der Krise beigetragen haben. Vollends aus dem Blick gerät die epochale Perspektive auf den Niedergang des „fordistischen“ Produktionsbooms nach dem Zweiten Weltkrieg, auf die Erschöpfung seiner Renditen, die wenigstens zeitweise für Vollbeschäftigung und bescheidenen Massenwohlstand gesorgt hatten.

Statt den beknackten kapitalistischen Zwang zum Schuldenmachen, zum schuldenfinanzierten Wachstum abzuschütteln, wird behauptet, Staaten und Menschen hätten einfach „über ihre Verhältnisse gelebt“ und es sich zu gut gehen lassen. Durch diese ideologische Deutung lassen sich die massiven Folgen der Krise auf die konjunkturschwachen und abhängigen Staaten der europäischen Peripherie und auf Lohnabhängige abwälzen.

## **TINA\* VS OCCUPY**

Mit dem Crash der neoliberalen Ideologie hat der Kapitalismus zwar seine offizielle Utopie verloren. Doch sein Verwertungszwang besteht weiter. Daher wird nun mit leidenschaftslosem Pragmatismus und unter der alten Parole der „Alternativlosigkeit“ wild zusammengewürfelt, was einem so an ökonomischen Rezepten unter die Finger kommt. Der Neoliberalismus existiert in Form verschärfter Sparprogramme und Privatisierungsmaßnahmen fort. Er wird hier und da um eine Schuldenbremse oder einen Rettungsschirm ergänzt. Seine Institutionen, Regeln und Eigentumsverhältnisse werden wie selbstverständlich beibehalten und ausgebaut. Über allem schwebt das Mantra der „Wettbewerbsfähigkeit“: Unternehmen und Standorte sollen sich weiter rastlos auskonkurrieren, bis ans Ende aller Tage.

Wo bloß noch vermeintliche Sachzwänge befolgt werden, erübrigen sich die gewohnten parteipolitischen Geschmacksrichtungen von national-chauvinistisch über konservativ, liberal, grün-alternativ und sozialdemokratisch bis staatssozialistisch. In Italien und Griechenland regieren deshalb inzwischen sogenannte „Technokratinnen“ und „Spezialistinnen“. Die können krisenpolitische Maßnahmen – in Europa maßgeblich von Deutschland mitbestimmt – ohne

Rücksicht auf die nächsten Wahlen durchsetzen, losgelöst von den Legitimationsprinzipien selbst der bürgerlichen Demokratie.

Doch die autoritäre Fortsetzung des Immergleichen bleibt nicht unwidersprochen. Gegen die kapitalistischen Zumutungen hat sich vor allem im letzten Jahr einiges an Widerstand geregt. Zum Symbol dafür sind vielerorts die öffentlichen Platzbesetzungen und Zeltstädte geworden, die Assembleas und die Occupy-Bewegung. Aus unterschiedlichsten Gründen gingen Menschen auf die Straße, die mit dem Zustand ihrer Gesellschaft nicht einverstanden sind. Was diese spontane, mittlerweile wieder etwas abgeschwächte Protestbewegung auszeichnete, war ihr internationaler Charakter und ihr Anspruch, die kapitalistische Ordnung als Ganze zu hinterfragen. Problematisch war häufig die Staatsfixiertheit ihrer Forderungen und eine oft moralisierend verkürzte, nationalistisch und verschwörungstheoretisch unterlegte Kapitalismuskritik.

## **THE NEXT EPISODE ...**

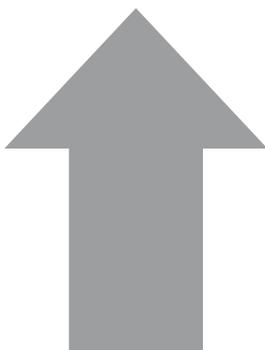
Mit einem europäischen Aktionstag am 31. März 2012 – „M31“ – wollen wir nun eine neue Phase der Krisenproteste einläuten. Zusammen mit politischen Initiativen in Deutschland und mit Genoss\*innen aus anderen europäischen Ländern rufen wir zu zeitgleichen Demos und Aktionen auf. Wir wollen dabei an Kämpfe vor Ort anknüpfen, und gleichzeitig die nationale Beschränktheit der bisherigen Proteste überwinden. Der Kapitalismus und seine Krisen sind schon global, unser Widerstand muss es noch werden.

Gegen die autoritäre Maßnahmenpolitik der Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) setzen wir eine emanzipatorische Perspektive: Eine Gesellschaft jenseits der verrückten Sachzwänge kapitalistischer Verwertung, Ausbeutung und Konkurrenz. Der deutsche Krisennationalismus mit seiner Hetze gegen „Pleite-Griechen“ und seiner Opferbereitschaft für den Standort gehört auf den Müll. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die vielfältigen Bedürfnisse aller im Mittelpunkt stehen. Und wir wollen sie offensiv erstreiten – zusammen mit Lohnabhängigen, Erwerbslosen, Migrant\*innen und Menschen in Ausbildung all over Europe. Uns ist klar, dass das einen langen Atem verlangt. M31 endet nicht am 31. März. Wir vernetzen uns

### **M31**

## **Europäischer Aktionstag gegen den Kapitalismus**

**31. März 2012**  
**Frankfurt am Main**  
**[march31.net](http://march31.net)**



Deutschland ist als größte europäische Volkswirtschaft selbst Teil der Krisen an-derer Länder. Mit faktischem Lohnverzicht bei enormer Produktivität und radikaler Exportorientierung hat Deutschland kapitalistische Wachstumsimpulse in der europäischen Peripherie abgewürgt. Wachstum beruhte dort wesentlich auf hochspekulativen Anlagemodellen, die mit der Krise zusammengebrochen sind. Ohnehin benachteiligt, müssen diese Länder bzw. ihre Unternehmen nun u.a. bei deutschen Banken zu hohen Zinsen leihen. Die Mittel dafür werden den heimischen Lohnabhängigen abgeknöpft und postwendend ins Ausland transferiert. Diese Austeritätspolitik stößt natürlich irgendwann an ihre Grenzen: Wo nichts mehr gedeiht, bricht auch die Nachfrage nach deutschen Exporten ein, und der Euro wird zur Belastung für die Deutschland-AG.

für eine langfristige Zusammenarbeit und werden auch in Zukunft gemeinsame Sache machen gegen Staat, Nation und Kapital. Wir rechnen mit vielen Diskussionen und auch Streitpunkten, aber wir wollen politische Differenzen konstruktiv austragen. Der 31. März ist ein Startpunkt für weitere Kämpfe, die wir in Zukunft auch auf europäischer Ebene organisieren werden.

Für den 31. März rufen wir zu einer bundesweiten Demonstration in Frankfurt auf. Frankfurt ist Sitz der EZB, hier verhandelt die Troika über Kürzungsprogramme und Reformauflagen. Als europäische Notenbank ist die EZB keine Geschäftsbank wie die Deutsche Bank oder die Commerzbank. Mit ihren währungspolitischen Befugnissen ist sie ein zentrales Instrument der Euro-Zone zur Sicherung und Steigerung ihrer globalen Wettbewerbsfähigkeit, und damit der Vormachtstellung Europas. Gleichzeitig stützt die EZB die konkrete Maßnahmenpolitik der EU gegen angeschlagene Staaten, z.B. über den Kauf (oder Nichtkauf) von Staatsanleihen, und über die Vergabe (oder Nichtvergabe) von Geldmitteln an Geschäftsbanken. Es geht uns also nicht um Banken-Bashing. Im Zentrum unserer Kritik steht der systemische Charakter anonymer Verwertungszwänge im Kapitalismus, das sinnlose Fortleben eines untoten Regimes.

So let's shake things up! Wir möchten Unruhe stiften, im befriedeten Zentrum des europäischen Kapitalismus. Wir demonstrieren gegen die Zumutungen der Politik von EU-Kommission, EZB und IWF, gemeinsam und solidarisch mit allen die in anderen Ländern für eine befreite Gesellschaft kämpfen.

**FÜR EINEN INTERNATIONALEN  
ANTINATIONALISMUS!  
FÜR DEN KOMMUNISMUS!**

\* „TINA“ steht für „There Is No Alternative“, „Es gibt keine Alternative“ – das Totschlagargument der britischen Premierministerin Thatcher für die neoliberalen Reformen der 1980er Jahre.

mehr @ share:

 facebook.com/againstcapitalism

 twitter.com/#!/m31dayofaction

 identi.ca/m31dayofaction



**IT'S NOT  
ENOUGH TO  
BE ANGRY**



**FIGHT CAPITALISM 100%**

**M31 – EUROPEAN DAY OF ACTION AGAINST CAPITALISM  
31. MÄRZ 14 UHR HAUPTBAHNHOF FRANKFURT AM MAIN**

## INTERVIEW: MICHAEL HEINRICH

## »... ABER DAS IST NOCH LANGE KEINE SYSTEMKRISE«

Über Krise, die „Neue Marx-Lektüre“ und Perspektiven für eine antikapitalistische Linke.

*Auf dem umsGanze! Kongress in Bochum im Dezember 2010 hast du in deinem Beitrag betont, die Krise besäße zwar eine außergewöhnliche Qualität und sei mehr als normale Konjunkturkrise. Allerdings könntest Du noch nicht erkennen, dass es sich dabei um eine „Systemkrise“ des Kapitalismus handele. Mittlerweile ist über ein Jahr vergangen: mehrere EU Staaten stehen immer noch vor dem Staatsbankrott, mit Ausnahme Deutschlands sind in den meisten Ländern das BIP eingebrochen und die Arbeitslosigkeit in die Höhe geschwellt. Teilst Du deine Einschätzung von damals heute noch und wie lässt sich die Krise Anfang 2012 treffend charakterisieren?*

Von einer „Systemkrise“ könnte man nur sprechen, wenn der Fortbestand des Kapitalismus, d.h. der auf dem Wert und der beständigen Verwertung des Werts beruhenden Produktionsweise in Frage gestellt wäre. Dass in vielen Ländern die Arbeitslosigkeit zugenommen hat, verschlechtert zwar ganz erheblich die Lebensbedingungen vieler Menschen, aber der Zweck des Kapitals ist nicht uns ein gutes Leben zu verschaffen sondern die Produktion von Profit. Und Profit wird nicht nur in Deutschland noch immer jede Menge produziert. Sicher, auch kapitalistische Unternehmen gehen pleite, aber das ist Ausdruck kapitalistischer Konkurrenz: in der Konkurrenz erfolgreich ist derjenige, der seine Konkurrenten ruiniert. Ein allzu ruinöser Wettbewerb – nicht nur zwischen einzelnen kapitalistischen Unternehmen sondern auch zwischen den Staaten – mag vielleicht zu einer Stagnation führen, geringeren Wachstumsraten, Einbrüchen des BIP, aber das ist noch lange keine Systemkrise.

*Welche Rolle spielt Deutschland derzeit innerhalb der EU? Wie hängen der deutsche Handelsbilanzüberschuss und die positive Leistungsbilanz auf der einen Seite und das Handelsbilanzdefizit bzw. die negative Leistungsbilanz in Ländern der europäischen Peripherie auf der anderen Seite zusammen?*

Entsprechend dem kleinen Einmaleins der Saldenmechanik steht jedem Leistungsbilanzüberschuss zwingend ein genauso großes Leistungsbilanzdefizit an anderen Stellen gegenüber. D.h. Überschussländer kann es nur geben, wenn es gleichzeitig auch Defizitländer gibt. Während der Überschuss aber gefeiert wird – „Exportweltmeister“ gilt gerade in Deutschland fast so viel wie „Fußballweltmeister“ – sollen die Defizitländer sehen wie sie mit ihrem Defizit klarkommen. Sie sollen ihre „Wettbewerbsfähigkeit“ verbessern, was in der Regel bedeutet staatliche Sozialleistungen zu kürzen und den Lebensstandard der Lohnabhängigen zu drücken. Da stimmt dann auch das nationale Kapital der Defizitländer gerne zu. Bereits daran sieht man, dass es sich nicht einfach um unterschiedliche „nationale“ Interessen handelt. Auf einer politischen Ebene erscheint „Deutschland“ (präziser: die deutsche Regierung) heute dominanter zu sein als vielleicht jemals in der Geschichte der EU: deutsche Anti-Inflationspolitik und deutsche Schuldenbremse wird auch in der EU zum unbezweifelbaren Dogma erhoben. Dies ist aber nur möglich, weil dies auch den Interessen zumindest eines Teils des Kapitals in den anderen Ländern dient.

*Heute hört man immer wieder, durch die Einführung der Eurozone hätten gerade die weniger produktiven Länder ein Werkzeug verloren – etwa durch Abwertung ihrer nationalen Währungen – ihre eigene Wirtschaft zu schützen. Dies hätte den Ländern eigentlich ja vor dem Beitritt zur Eurozone bekannt sein müssen. Warum ist der Beitritt zur Eurozone dennoch für viele Länder so attraktiv gewesen bzw. ist es noch? (Das können ja nicht komplett irrationale Motive sein).*

Dass die Möglichkeit zur Abwertung verloren ging, ist halt nur die Hälfte der Geschichte. Der starke Euro verbilligt auch die Importe, was in der Vergangenheit insbesondere angesichts eines (in Dollar) stark steigenden Ölpreises wichtig war. Vor allem aber ging die Einführung des Euro gerade in diesen Ländern mit einer deutlichen Senkung des Zinsniveaus einher, was für viele Unternehmen aber auch für viele Regierungen, die sich billiger verschulden konnten, sehr wichtig war. Die Einführung des Euro brachte für die ökonomisch schwächeren Ländern nicht nur Nachteile sondern auch Vorteile mit sich. Und schließlich ist zu berücksichtigen, dass es einen gewaltigen Unterschied macht, ob Länder wie z.B. Griechenland oder Portugal ihre eigene Währung haben, während alle anderen europäischen Länder ebenfalls ihre eigene Währung haben, der europäische Währungsraum also fragmentiert ist, oder ob sie ihre eigene Währung haben, während der Währungsraum der EU durch den Euro weitgehend vereinheitlicht ist. Auch wenn Griechenland der Eurozone nicht beigetreten wären, den Vor-Euro-Zustand hätte sie damit trotzdem nicht aufrecht erhalten können.

*In Folge der ‚Neuen Marxlektüre‘ hat sich viel getan, was die Rekonstruktion des Marxschen Werkes und seiner zentralen Begriffe angeht. Was konkrete, empirisch fundierte Analysen des aktuellen Kapitalismus angeht, ist es in den letzten Jahren hingegen eher still gewesen. So mancher Marxologe wurde vom Ausbruch der Krise ebenso überrascht wie die Apologeten des Kapitals. Eine marxistische Auseinandersetzung mit Derivaten, Credit Default Swaps oder ‚Wetten auf fallende Kurse‘ etc. scheint erst mit der aktuellen Krise so richtig angelaufen zu sein. Was kann man mit dem Marxschen Kapital heute dennoch über die Krise sagen und wo siehst du die größten Defizite in der Forschung?*

Eure Ausgangsthese hängt davon ab, wie weit oder eng man jetzt die „Neue Marx-Lektüre“ fasst. Klar gibt es Leute, die sich auf einer wissenschaftlichen Ebene vor allem mit dem Marxschen Werk auseinander setzen und sich nicht gleichzeitig mit aktuellen Krisendiagnosen beschäftigen. Aber niemand kann gleichzeitig zu allen Themen arbeiten, zumindest wenn man etwas tiefer bohren will. Vor allem aber denke ich, dass manche Einsichten der „Neuen Marx Lektüre“ durchaus fundiert sind. Sicher, es gibt noch jede Menge Leute, die meinen, sie könnten jede Krise auf den „tendenziellen Fall der Profitrate“ zurückführen. Dass Finanzmärkte nicht mehr bloß als ein nebensächliches oder bloß zur Produktion hinzuaddiertes Phänomen angesehen werden, dass man einsieht, dass ein auf der Kapitalverwertung beruhender Reproduktionsprozess ohne Kreditverhältnisse gar nicht möglich ist, dass damit auch die Akkumulation von Kapital ohne Ausdehnung der Kreditverhältnisse nicht möglich ist etc., hat sicher nicht allein, aber eben auch mit einer neuen Marx-Lektüre zu tun.

Allerdings ist auch zu berücksichtigen, dass das Marxsche „Kapital“, egal ob mit einer alten oder einer neuen Lektüre, die konkrete Analyse einer bestimmten krisenhaften Entwicklung nicht ersetzen kann. Das „Kapital“ liefert gewisse Grundkategorien, wobei diese zum Teil aber noch gar nicht so fertig bestimmt sind, wie das viele Leute meinen. Manche dieser Kategorien und Analysen, die man bei Marx findet, muss man erst mal einer kritischen Betrachtung unterziehen, bevor man mit ihnen weiterarbeiten kann (ich denke z.B. an die Rolle der Geldware oder an die überaus fragmentarische Analyse des Kreditsystems und der Krisentheorie im dritten Band). Trotzdem ist das, was Marx an Analysen geliefert hat, ein unverzichtbarer Ausgangspunkt – aber eben auch nur ein Ausgangspunkt und noch längst nicht die fertige Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse, in die man lediglich noch ein paar aktuelle statistische Daten einsetzen müsste.

*Seit der Pleite von Lehman Brothers hat eine bemerkenswerte Wende im öffentlichen Diskurs eingesetzt. Während zu Beginn vom „Versagen der Märkte“ gesprochen und die „Zockerei“ und „Habgier“ von Bankern und Managern geißelt wurden, werden jetzt die Stimmen wieder lauter, nicht die Märkte sondern die Staaten hätten versagt. Und obwohl der Neoliberalismus mit der Krise für tot erklärt wurde, erscheinen die aktuellen Sparprogramme und Strukturmaßnahmen der Troika genau seiner Agenda zu entspringen. Wie beurteilst du diese Entwicklung?*

Mit der Finanzkrise von 2008/2009 hat man den Neoliberalismus etwas vor schnell für tot erklärt. Was er seit dieser Krise verloren hat, ist eher seine utopische Kraft, das Glücksversprechen, das ihn bis weit in linksliberale Kreise hinein attraktiv gemacht hatte: Weniger Staat wurde ja als weniger Bevormundung durch einen zentralen Apparat und mehr Markt, als mehr persönliche Entfaltungsmöglichkeit verkauft. Damit ist jetzt erstmal Schluss, das heißt aber noch lange nicht, dass mit der entsprechenden Politik Schluss ist. Diese Politik wird jetzt lediglich anders begründet: als zwar sehr harte, aber alternativlose Antwort auf die Krise. Womit dann auch praktischerweise unerwähnt bleibt, was alles hinter der so kritisierten Staatsverschuldung steht: die staatliche Bankenrettung der Jahre 2008/09 und die neoliberale Steuersenkungspolitik der letzten 25 Jahre.

*Von einigen Ausnahmen abgesehen, erscheint die Linke in der aktuellen Situation wie paralysiert. Die Gewerkschaften, Unternehmen und Staat sind in Deutschland eher zusammengerückt. In vielen Ländern gab es eine Zunahmen von Rassismus und Sozialchauvinismus. Das kommunistische Projekt ist durch die Erfahrung des Realsozialismus diskreditiert. Wo siehst Du die wichtigsten Eingreifpunkte für eine antikapitalistische Linke?*

Die Erfahrungen des Realsozialismus sollte man in der Tat sehr ernst nehmen: nicht nur sein rein ökonomisches Scheitern, sondern auch sein Scheitern als gesellschaftliches Emanzipationsprojekt. Er hat eben nicht Befreiung, sondern neue Formen von Herrschaft und Unterdrückung hervorgebracht. Und ebenfalls ernst

zu nehmen ist die Tatsache, dass manche Linken glaubten (manche glauben es noch heute), sie müssten dieses System schönreden, weil es doch so antikapitalistisch gewesen sei.

Womit wir bei der nächsten angeschnittenen Frage sind, was heißt denn überhaupt „antikapitalistische Linke“? Was für ein Antikapitalismus, was für eine Überwindung des Kapitalismus ist damit gemeint? Da sehe ich schon den ersten Punkt, über den eine Debatte zu führen wäre. Und die hätte auch einen direkten politischen Impetus: Zweifel am kapitalistischen System sind zwar weitverbreitet, allerdings sind die Zweifel, dass es irgendeine Alternative zu diesem System geben könne noch viel weiter verbreitet.

Da wir (vermutlich) noch eine Weile im Kapitalismus leben werden, müssen wir aber auch die notwendigen Abwehrkämpfe diskutieren. Selbstverständlich sollte man jedem Korporatismus entgegentreten, denn dieser läuft letztlich darauf hinaus, die Position der Herrschenden zu stärken und die eigene Lage auf Kosten anderer subalternen Gruppen und Klassen zu verbessern. Dabei haben wir hierzulande im Moment aber eine besondere Situation: der deutsche Staat und ein großer Teil des deutschen Kapitals gehören eindeutig zu den Gewinnern der Krise. Daher halten sich auch die Zumutungen, welche die Lohnabhängigen hier zu tragen haben, im Vergleich mit denen in Griechenland oder Spanien, bis jetzt jedenfalls noch in Grenzen und das Mantra der herrschenden Politik – Griechenland, Spanien etc. sind alle selber schuld an ihrer miesen Lage, sie haben eben „über ihre Verhältnisse gelebt“ – stößt auf Zustimmung. Hier ist erst mal simple Aufklärung notwendig, gleichzeitig auch die Kritik jedes angeblich „linken“ Nationalismus, sowohl in der Krisenerklärung wie auch in den Alternativvorschlägen zum Umgang mit der Krise.

*Bitte vervollständige diesen Satz: Mit dem Kapitalismus sollte endlich Schluss gemacht werden, weil...*

... es reicht, dass die ganze Ökonomie und damit ein Großteil unseres Lebens dem Ziel „Profitmaximierung“ untergeordnet wird, weil es reicht, dass auf dem Altar der „Wettbewerbsfähigkeit“ – also der Fähigkeit den Konkurrenten fertig zu machen – alles andere geopfert, letzten Endes: weil ein einigermaßen „gutes Leben“ (in den vielen Bedeutungen, die dieser Ausdruck hat) nur in einem gesellschaftlichen Zusammenhang realisiert werden kann, der nicht mehr den kapitalistischen Zurichtungen unterliegt.

**Michael Heinrich** ist Redakteur von PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft und Autor u.a. von Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung (Stuttgart: Schmetterling Verlag, 10. Aufl. 2012), weitere Texte auf [www.oekonomiekritik.de](http://www.oekonomiekritik.de)

## BÜNDNISPOLITIK

# UND IMMER WIEDER DIE GLEICHE FRAGE: WER MIT WEM?

Ein Dauerbrenner – nicht nur in der radikalen Linken – ist die Frage des „Wer mit wem?“, also der Bündnisse und Organisation. Also wer spielt mit wem und aus welchem Grund sollte man sich überhaupt bundesweit und darüber hinaus organisieren? Einige Möglichkeiten und Überlegungen dazu von der Basisgruppe Antifaschismus aus Bremen [BA].

## 1. DIE MEISTEN BÜNDNISSE, GERADE WENN SIE INNERHALB DER „SZENE“ GESCHLOSSEN WERDEN, SIND NUR EINPUNKT-ORIENTIERT.

Bewegung mehr schlecht als recht simulierend, hangelnd sich ein recht überschaubarer Kreis von Leuten von Kampagne zu Kampagne. Ist diese dann abgeschlossen, bleibt oft nicht mehr übrig als ein schales Gefühl wie am Morgen danach: Spätestens beim nächsten Bündnis sehen wir uns ja wieder. Das ... ums Ganze! – Bündnis will, wenn nicht alles anders, dann doch es besser machen.

Wie viel ist da wirklich dran? ... ums Ganze hat den Anspruch aus der Vergangenheit und ihren Fehlern zu lernen. Das ist zwar kein brüllend neuer Anspruch, aber einer an dem es gemessen werden kann. Ein zentraler Fehler des großen Organisationsversuchs der 90er Jahre, der Antifaschistischen Aktion / Bundesorganisation (AA/BO) war das die inhaltliche Klammer so groß war, dass der Anspruch sich erst zusammen zu tun und dann sich gemeinsam auf Inhalte zu verständigen, scheiterte. Das ... ums Ganze-Bündnis versucht dies umzudrehen – allerdings ohne dabei vollkommen Handlungsunfähig zu sein. Verbindliche Organisation benötigt eine fortschreitende inhaltliche Verdichtung möglichst vor, oder im Laufe, dieser. Sie ist überhaupt die Voraussetzung erst für eine (Anti-) Politik, die ihren Beitrag zur erfolgreichen revolutionären Überwindung der herrschenden Verhältnisse beitragen kann. Dies halten wir für den zentralen Punkt in der Arbeit von ...ums Ganze Aus dieser inhaltlichen und organisatorischen Verbindlichkeit heraus ergibt sich eine Stärke die es ermöglicht auch Positionen die im aktuellen gesellschaftlichen Kräfteverhältnis, auch innerhalb der Linken, eher marginal sind, wie die der kategorialen Kritik von Staat, Nation und Kapital, wahrnehmbarer zu machen. Um aber auch alle an diesem Organisationsprozess Beteiligten, sowohl Gruppen mit vielen Personen als auch Gruppen mit wenigen, gleichermaßen einzubinden, ist es nötig diesen Prozess

immer wieder aufs Neue mit einander zu reflektieren und auf die Tauglichkeit für die eigenen Ansprüche hin zu untersuchen. Die in ihm entstehenden Hierarchien müssen in diesem Rahmen immer wieder transparent gemacht werden. Dies findet innerhalb von ...ums Ganze! aber aktiv statt und hat bis jetzt zu einem guten Verhältnis geführt in dem alle ihre Fähigkeiten mit einbringen(können). Auch wenn „die Szene“ das manchmal anders sieht – auch die radikale Linke, egal wie herrschaftsfrei ihr Anspruch und Lebensgefühl sein mag, hat natürlich ihre informellen, Wissens- und Altershierarchien, ihre Stars und Sternchen. Wenn mensch solche Tendenzen auf dem Schirm hat, lässt sich damit aber auch produktiv bzw. gegensteuernd umgehen.

## 2. NAJA, DAS KLINGT JETZT ZWAR NICHT SCHLECHT, ABER WIRKLICH NEU IST DAS ALLES NICHT, ODER?

Was hab ich denn jetzt davon, wenn ich mir als Gruppe den Stress einer bundesweiten oder darüber hinaus gehenden Organisation antue? Die Möglichkeit Themenschwerpunkte zu setzen und diese mittels der weiter oben beschriebenen Möglichkeiten in die radikale Linke und in die Gesellschaft zu bringen. Ganz so wie es mit der Broschüre „Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit“ schon bisher geschehen ist. Und dies ist nur die publizistische Ebene. Die Mobilisierungen zu den Protesten gegen die Feierlichkeiten der deutschen Nation in Berlin und Bremen, dem G8 Gipfel in Heiligendamm 2007 und die beiden ...ums Ganze! Kongresse sind Beispiele hierfür. Bei alle dem lag der Schwerpunkt immer in dem Versuch auch der nicht-akademischen radikalen Linken unsere Inhalte, Analysen und Kritiken erfolgreich zu vermitteln Die ...ums Ganze! Aktivitäten und Kampagnen eröffnen auch neue Perspektiven für die Politarbeit vor Ort: Durch den überregionalen inhaltlichen Verweis und organisatorischen Bezugsrahmen, erfährt die lokale Arbeit so eine erhöhte Wirkungsmächtigkeit und wird aus ihrer (oftmals) Vereinzelung gerissen.

## 3. ABER INTERESSIERT DAS DENN ALLES ÜBERHAUPT JEMANDEN? WIE RELEVANT IST DENN ÜBERHAUPT DAS ...UMS GANZE!-BÜNDNIS IN DER RADIKALEN LINKEN?

Zugegebenermaßen: Das ist schwer einzuschätzen. Beobachtbar ist aber in jedem Fall, wie sich gerade im Antifa oder Post-Antifa Spektrum in den letzten Jahren verstärkt eine Auseinandersetzung um eine kategoriale Gesellschaftskritik stattfindet: Anstatt sich nur über die Zumutungen von Staat, Nation, Kapital und Lohnarbeit zu beschweren, werden sie selber in Frage gestellt. Innerhalb dieser Debatte ist ...ums Ganze! glaube ich schon als relevanter und auch überregional die radikale Linke mitprägender Pol zunehmend in Erscheinung getreten. Die Kunst aber ist es, nicht nur die Kritik der Verhältnisse auf die Höhe der Zeit zu bringen, sondern diese auch massenwirksam organisatorisch verbindlich zu wenden, damit die Verhältnisse irgendwann materiell gestürzt werden können. Klar ist aber natürlich auch, das wir – im besten Fall – damit erst ganz am Anfang stehen.

## 4. STICHWORT „GANZ AM ANFANG“: WAS WÜRDET IHR IN ZUKUNFT IN DIESEM ORGANISIERUNGSPROZESS AM ALLERLIEBSTEN VERMEIDEN?

Vor allem, dass sich das Spannungsverhältnis bundesweite Aktionen und eigenständiger Praxis vor Ort nicht einseitig in ...ums Ganze! Aktionen auflöst. Denn tatsächlich kann ja zu bestimmten Anlässen etwas vor Ort wichtiger sein als im Zusammenhang mit der aktuellen Kampagne von ...ums Ganze!. Vermeiden würden wir außerdem gerne identitäre Abgrenzungen gegenüber oder von anderen linken Spektren.

## 5. ...UMS GANZE! IN EINEM SATZ:

Inhaltliche Verdichtung & Praxisanspruch ist die notwendige Voraussetzung zur Schaffung linker Wirkungsmächtigkeit – und zum Gelingen einer Revolution.

## INTRODUCING

## MARX-HERBSTSCHULE

2012 wird ein besonderes Event seinen fünften Geburtstag feiern: die Marx-Herbstschule. Das Format ist in mehrfacher Hinsicht besonders.

### **1. DIE RÜCKKEHR DER KAPITALISMUSKRITIK, DIE NEUE MARX-ANEIGNUNG UND DER ORT DER THEORIEARBEIT**

Im Zuge der aktuellen Krise des Kapitalismus ist allseitig von Marx' Rückkehr die Rede. Allerdings wird Marx' von Fürsprecher\_innen wie Gegner\_innen meist eine Kapitalismuskritik unterstellt, die allenfalls noch auf den traditionellen Marxismus zutreffen mag. Dadurch gehen sie oft an Marx selbst vorbei, und zwar nicht nur am „eigentlichen Original“, sondern am aktuellen Marx, denn die eigentliche Rückkehr ist gar nicht der gegenwärtigen Krisensituation geschuldet. Die eigentliche Rückkehr hängt mit einer neuen Marx-Aneignung zusammen, die Mitte der 60er Jahre im Zuge der Neuen Sozialen Bewegungen in den meisten (westlichen, z.T. aber auch in den realsozialistischen) Industrienationen anhub. Ihr ist es zu verdanken, dass Marx' Kapitalismuskritik von den Verkürzungen befreit wurde, die sie sowohl von Seiten des traditionellen Marxismus als auch von dessen Kritiker\_innen erhalten hatte. Diese Erneuerung ist einer Theoriearbeit geschuldet, die meist außerhalb der Uni oder nur in ihren Nischen stattfand und von politischen Zusammenhängen, Lesegruppen und Einzelpersonen betrieben wurde. In diese Theoriearbeit will sich die Marx-Herbstschule einreihen.

### **2. THEORIEARBEIT ALS ORT ZUM ZUSAMMENKOMMEN UND DES SCHLIESSENS VON LÜCKEN**

Die Marx-Herbstschule soll nicht einfach nur diese Theoriearbeit organisieren, sie soll auch zwei „Lücken“ schließen.

Erstens soll die Lücke geschlossen werden zwischen „Marx-Expert\_innen“ auf der einen Seite und Interessierten sowie politisch Aktiven auf der anderen. Die Lücke soll zum einen aufseiten der Veranstalter\_innen geschlossen werden, die sich aus Organisationen und Gruppen „beider Seiten“ zusammensetzt, und zum anderen natürlich durch die Herbstschule selbst.

Zweitens geht es darum, die Lücke für all diejenigen zu schließen, die bereits eine

erste Bekanntschaft mit der Marx'schen Kritik hinter sich haben, aber darüber nicht hinaus gelangt sind, weil gerade für diesen nächsten Schritt Angebote fehlen. So gibt es zwar mittlerweile ein breites Angebot für einen Einstieg in die Marx'sche Gesellschaftskritik, etwa durch entsprechende Literatur oder durch Einführungsveranstaltungen und Kapital-Lesekurse in und außerhalb der Universität. Es fehlen dagegen weiterführende Angebote, obwohl das Bedürfnis danach da ist (und ja nicht zuletzt durch die genannten Einführungen und Lesekreise geweckt wird). Obwohl die Marx-Herbstschule natürlich offen ist für alle, und einführenden Charakter hat, richtet sie sich daher durch die Textauswahl und die Art der Durchführung vor allem an diejenigen, die über eine erste Einführung hinaus gelangen wollen.

### **3. DIE MARX-HERBSTSCHULE**

Doch was genau ist nun die Marx-Herbstschule? Die Herbstschule ist ein Lektüre-Seminar, das auf ein Wochenende angelegt ist und immer Ende Oktober stattfindet. Die gemeinsame Lektüre wird in Arbeitsgruppen mit verschiedenen Vorkenntnissen aufgeteilt; alle AGs lesen aber dieselben, vorher ausgewählten Marx-Texte, angeleitet und begleitet von pro AG zwei erfahrenen Teamer\_innen aus dem Kreis der Vorbereitungsgruppen sowie aus den sog. Kapital-Lesekreisen der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ziel ist, in gemeinsamer Lektüre und Diskussion ein genaueres Verständnis der zentralen Problemstellungen der Marx'schen Kapitalismuskritik zu erarbeiten.

Die ersten drei Herbstschulen haben – naheliegenderweise – die ersten drei Bände des Kapitals durchgenommen, natürlich nur Anhand zentraler Passagen. Fortan werden ausgewählte Themen behandelt: 2011 war „Der Fetischismus“ dran, 2012 wird es um die „sog. ursprüngliche Akkumulation“ gehen, die ja u.a. durch die Arbeiten von David Harvey (der für die nächste Herbstschule angefragt wird) wieder verstärkt diskutiert wird.

Das Wochenendseminar wird zudem von einem Rahmenprogramm begleitet: am Freitagabend gibt es stets eine Einführungsver-

anstaltung in das anstehende Schwerpunktthema der Herbstschule, am Samstagabend findet eine große öffentliche Podiumsveranstaltung mit anschließender Party statt, und am Sonntagmorgen gibt es noch eine Extra-AG für Frühaufsteher und im Anschluss eine gemeinsame Abschlussveranstaltung, die sich meist mit der Wirkungs- und Ideengeschichte des jeweiligen Schwerpunktthemas beschäftigt.

Organisiert wird die Herbstschule von der Gruppe Theorie.Organisation.Praxis und dem Ums-Ganze!-Bündnis, der Hellen-Panke Berlin und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Marx-Gesellschaft e.V. und dem Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition sowie den Teamer\_innen. Die Herbstschule hat zwischen 80 und 120 Teilnehmer\_innen.

*Die nächste Marx-Herbstschule findet wieder am letzten Oktoberwochenende in Berlin statt. Thema ist die „sog. ursprüngliche Akkumulation“, die Marx im Kapital und in den Grundrissen thematisiert und die bis heute intensiv diskutiert wird - auch, weil Marx hier eine historisch keineswegs abgeschlossene Phase beschreibt.*



**Mehr Informationen:**  
www.marxherbstschule.net

[facebook.com/umsganze](https://facebook.com/umsganze)

[umsganze.org](https://umsganze.org)